G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Paul Oehlke
Großbritannien nach den Wahlen

Wilhelm M. Breuer
Vermögensbildung? Zur Konzeption der sozialliberalen Koalition für ein Vermögensbeteiligungsgesetz

Bernd Güther und Jan Priewe
Zur wirtschafts- und energiepolitischen Lage in der BRD

Martin Hall
Zur Lage in den USA

Karin Priester
Aktuelle Tendenzen auf dem Gebiet der „politischen Bildung"

Christoph Kievenheim
Marxistische Klassentheorie und Intelligenz

Von der Junta verfolgte, verhaftete oder ermordete Ärzte und andere Angehörige des chilenischen Gesundheitswesens

3'74

März 1974 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

März 1974

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 1974 217

KOMMENTARE UND BERICHTE

Großbritannien nach den Wahlen . . . . . *Paul Oehlke* 220

Kontroverse Standpunkte in Wien . . . . . *Konstantin Borissow* 224

Zur Initiative für einen Weltabrüstungstag . . . . . *Klaus Ehrler* 226

HAUPTAUFSÄTZE

Vermögensbildung? Zur Konzeption der sozialliberalen Koalition für ein Vermögensbeteiligungsgesetz . . . *Wilhelm M. Breuer* 228

Zur wirtschafts- und energiepolitischen Lage in der BRD . . . . . *Bernd Güther und Jan Priewe* 237

Zur Lage in den USA . . . . . *Martin Hall* 254

Aktuelle Tendenzen auf dem Gebiet der „politischen Bildung" . . . . . *Karin Priester* 260

Zu Fragen der marxistischen Klassentheorie und zur Analyse der Stellung der Intelligenz im entwickelten Kapitalismus . . . . . *Christoph Kievenheim* 280

Sozialwissenschaftliche Nachschlagewerke. Ein Literaturbericht . . . . . *Reinhard Kühnl* 294

MEDIENKRITIK

Genres und Gebrauchswert (3: Ist Alfred ein Ventil?) . . *Günter Giesenfeld* 306

BÜCHER

Hans Werner Engels, Gedichte und Lieder deutscher Jakobiner. — Alfred Körner, Wiener Jakobiner. — Gerhard Steiner, Jakobinerschauspiel und Jakobinertheater. — Walter Grab, Leben und Werke norddeutscher Jakobiner . . . . . *Dietfrid Krause-Vilmar* 307

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 310

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Aktionsprogramm für wirtschaftliche Zusammenarbeit, beschlossen auf der Konferenz der blockfreien Länder vom 4. bis 9. September 1973 in Algier (Wortlaut) 311

Von der Junta verfolgte, verhaftete oder ermordete Ärzte und andere Angehörige des chilenischen Gesundheitswesens 317

Dokumente zur Initiative für einen Weltabrüstungstag am 17. Juni von 1975 an 321

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Neunzehnter Jahrgang · Heft 3/1974

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Februar 1974

1. 2. — E G. Der Pressedienst der EG-Kommission veröffentlicht eine „Erklärung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Lage der Gemeinschaft" vom 31. Januar 1974. Die Analyse beginnt mit der Feststellung, Westeuropa mache gegenwärtig eine „schwere Belastungsprobe" durch. Dazu heißt es dann weiter: „Europa in der Belastungsprobe müßte das Bild gemeinsamer Entschlossenheit bieten. Seit einigen Wochen haben dagegen Rückschritte oder Mißerfolge Verwirrung gestiftet und Zweifel am Willen der Regierungen, die europäische Sache voranzutreiben, und an der Fähigkeit der Institutionen, ihre Aufgabe zu erfüllen, aufkommen lassen. So ist der Europäische Fonds für regionale Entwicklung — Symbol der Solidarität — trotz der in Paris und Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen, ihn bis Ende 1973 einzusetzen, noch immer nicht geschaffen, und der nach langem Widerstreben gefaßte Beschluß, den Weg einer gemeinsamen Energiepolitik zu beschreiten, noch immer nicht in die Praxis umgesetzt. So ist der Übergang zur nächsten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ausgesetzt, während das Ausscheren des französischen Franc aus dem gemeinschaftlichen Währungsverband einen neuen Rückschritt gegenüber dem 1972 erreichten Punkt bedeutet. So hat die Gemeinschaft bisher noch nicht ihre Haltung nach außen in einigen wichtigen Verhandlungen — so in den Verhandlungen mit den Ländern des Mittelmeerraumes — festlegen können."

3. 2. — Kuba/UdSSR. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, beendet einen „offiziellen Freundschaftsbesuch" in Kuba (28. 1. — 3. 2.). In einer umfangreichen sowjetisch-kubanischen Deklaration über die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KP Kubas, Ministerpräsident Fidel Castro, werden die gemeinsamen Standpunkte zu Problemen der internationalen Politik niedergelegt.

3.—5. 2. — USA/UdSSR. Außenminister Gromyko unterbricht die Rückreise von Havanna zu Konsultationen mit Außenminister Kissinger in Washington. Als Themen nennt ein gemeinsames Kommuniqué die bilateralen Beziehungen, die Lage im Nahen Osten, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die in Wien geführten Verhandlungen über eine Truppenverminderung in Mitteleuropa. Abschließend heißt es: „Es wurde vereinbart, daß Außenminister Kissinger in der zweiten März-Hälfte die UdSSR besuchen wird, um im Sinne der Vereinbarungen vom Juni 1973 (Text in „Blätter", Heft 7/1973, S. 781 ff.) einen Besuch von Präsident Nixon in der UdSSR vorzubereiten."

4. 2. — Naher Osten. In einem Lagebericht an den UN-Sicherheitsrat erklärt Generalsekretär Waldheim, die „Entflechtung" der ägyptischen und israelischen Truppen gehe reibungslos und ohne wesentliche Zwischenfälle vonstatten. — Am 5. 2. wird die zweite Phase und am 13. 2. die dritte Phase des Teilrückzuges der israelischen Truppen aus bestimmten Gebieten entsprechend der ägyptisch-israelischen Vereinbarung vom 18. Januar 1974 beendet. — Am 10. 2. beginnt in Port Said die Räumung des seit dem „Juni-Krieg" von 1967 gesperrten Suez-Kanals. — Am 25. 2. tritt US-Außenminister Kissinger eine neue Reise in den Nahen Osten an. In Washington heißt es, Ziel der Reise sei eine Vereinbarung zwischen Israel und Syrien über eine Truppenentflechtung. — Am 27. 2. begibt sich der sowjetische Außenminister Gromyko ebenfalls in den Nahen Osten.

6. 2. — RGW. Anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (gegründet im Januar 1949) äußert sich dessen Generalsekretär Nikolai Fadejew zu den Beziehungen zwischen dem RGW und den Europäischen Gemeinschaften. Fadejew erklärt, seine Vorschläge für eine Kontaktaufnahme seien von den EG zunächst positiv aufgenommen worden, eine Antwort stehe jedoch noch aus: „Wir sind geduldig und werden warten. Das ist alles, was ich derzeit sagen kann.

7. 2. — Grenada. Die Antillen-Insel Grenada (344 qkm = 0,11 Mill. Einw. — Hauptstadt St. Georges) erlangt die Unabhängigkeit von Großbritannien, verbleibt aber mit dem Status einer konstitutionellen Monarchie unter der britischen Krone. Das Auswärtige Amt in Bonn gibt am gleichen Tag die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem neuen Staat bekannt.

9. 2. — Chile. Der Führer der Junta, General Augusto Pinochet, erklärt in Santiago auf einer Pressekonferenz, die Militärregierung wolle noch mindestens vier bis fünf Jahre im Amt bleiben. Die Ausgangssperren und das Kriegsrecht sollten vorläufig nicht aufgehoben werden. Der General fügt hinzu, er habe auf einer zehntägigen Inspektionsreise durch den Norden des Landes den Arbeitern zu verstehen gegeben, daß in den nächsten Jahren mit Wahlen nicht zu rechnen sei.

10. 2. — DDR. Auf einer Parteidelegiertenkonferenz nimmt SED-Sekretär Erich Honecker zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR nach Abschluß des Grundlagenvertrages Stellung: „Alle aufgetretenen Schwierigkeiten sind ausschließlich auf das Konto jener Kreise in der BRD zurückzuführen, die, gestützt auf die Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts, einen ordnungsgemäßen völkerrechtsgültigen Vertrag in eine innerdeutsche Klappermühle umwandeln wollen ... Die Regierung der BRD steht vor der Aufgabe, die abgeschlossenen Verträge nach Geist und Buchstaben zu erfüllen. Dazu gehört auch das Vierseitige Abkommen über Westberlin, das kein Bestandteil der BRD ist, nicht von ihr regiert wird. Mit dem Umweltbundesamt möchte die BRD ihre Präsenz in Westberlin erweitern, statt sie den Forderungen des Vierseitigen Abkommens gemäß abzubauen, das heißt zu reduzieren." — Am 20. 2. kündigt Honecker, der sich an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation in Kuba aufhält (20.—26. 2.) in einer Rede in Havanna neue Vorschläge an, die „unter

Berücksichtigung beiderseitiger Standpunkte die Möglichkeit bieten, entsprechend dem abgeschlossenen Grundlagenvertrag den Normalisierungsprozeß zwischen der DDR und der BRD einen guten Schritt voranzubringen."

11.—13. 2. — Energiekonferenz. Auf Einladung der Vereinigten Staaten halten in Washington die Vertreter von 13 Staaten eine Konferenz über Energieprobleme ab; Teilnehmer sind die USA, die neun Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften sowie Kanada, Japan und Norwegen. Sprecher der EG-Mitgliedstaaten ist der amtierende Ratspräsident, Bundesaußenminister Scheel. Wegen der Meinungsverschiedenheiten zwischen der französischen Delegation unter Leitung von Außenminister Jobert und der Mehrzahl der übrigen Delegationen muß die Konferenz mehrfach unterbrochen und um einen Tag verlängert werden. Es wird beschlossen, eine „Koordinierungsgruppe unter Führung leitender Beamten einzusetzen", zu deren Aufgaben u. a. „die Vorbereitungen für eine Konferenz von Verbraucher- und Erzeugerländern" (Einberufung „zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt") gehören sollen. Frankreich stimmt diesem Beschluß und anderen wichtigen Punkten des Schlußkommuniqués nicht zu.

14. 2. — UNO. Am Sitz der Vereinten Nationen in New York wird bekanntgegeben, der Antrag Algeriens zur Abhaltung einer Sondersitzung der UN-Generalversammlung habe die Unterstützung von 70 Mitgliedstaaten erhalten; erforderlich ist die Zustimmung von 68 der 135 Mitgliedstaaten. — Am 26. 2. beruft Generalsekretär Waldheim die 6. Sondersitzung der Generalversammlung zum 9. April 1974 nach New York ein. Einziger Punkt der Tagesordnung: Studium der Probleme der Rohstoffe und Entwicklung.

19. 2. — Abrüstung. Nach einer Pause von drei Monaten beginnt in Genf eine neue Runde der zweiten Phase der „Strategic Arms Limitation Talks" (SALT II). Die Delegationen werden unverändert von US-Botschafter Alexis Johnson und dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Wladimir Semjonow geleitet. Die Sitzungen sind geheim.

20. 2. — Kernwaffen. Der Bundestag ratifiziert in namentlicher Abstimmung mit 355 gegen 90 Stimmen (Westberliner Abgeordnete: 15 gegen 7 Stimmen) den „Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen" vom 1. Juli 1968 (Text in „Blätter", Heft 7/1968, S. 767 ff.). Die Mehrzahl der Nein-Stimmen kommt aus den Reihen der CSU-Abgeordneten. Der Bundestag billigt außerdem das Übereinkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 5. April 1973, das die Sicherheitskontrollen nach Art. III des Kernwaffensperrvertrages regelt.

21.—23. 2. — Lateinamerika. In Tlatelolco bei Mexiko City treten die Außenminister von 24 Staaten Lateinamerikas und der USA zu einer Inter-Amerikanischen Außenministerkonferenz zusammen. Die Beratungen, die vom mexikanischen Präsidenten Echeverria Alvarez mit einer Ansprache eröffnet werden, sind vor allem wirtschaftlichen Themen gewidmet. Außeminister Kissinger erklärt am Rande der Konferenz, mit einer Aufhebung des 1964 eingeführten amerikanischen Embargos gegenüber Kuba und einer Normalisierung der diplomatischen Beziehungen sei „zum gegenwärtigen Zeitpunkt" nicht zu rechnen.

22. 2. — Pakistan / Bangladesh. Der pakistanische Premierminister Ali Bhutto teilt anläßlich der Eröffnung der „islamischen Gipfelkonferenz" (22.—24. 2.) in Lahore mit, er habe sich „auf den Rat befreundeter Länder und im Interesse Pakistans entschlossen, den Staat Bangladesh anzuerkennen."

28. 2. — Großbritannien. Bei den Neuwahlen zu dem am 7. 2. vorzeitig aufgelösten Unterhaus verliert die regierende Konservative Partei ihre bisherige absolute Mehrheit; die Labour Party verzeichnet einen Zuwachs an Mandaten, verfehlt aber ebenfalls die absolute Mehrheit. Zusammensetzung des Unterhauses: Labour 301 (1970: 287), Konservative 296 (330), Liberale 14 (6), Übrige (u. a. Abgeordnete aus Nordirland und Schottland sowie Unabhängige) 24 (7) Mandate.

— Ägypten / USA. Staatspräsident Sadat gibt nach einer Unterredung mit Außenminister Kissinger die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern bekannt.

Kommentare und Berichte

Großbritannien nach den Wahlen

Wie schon bei den Unterhauswahlen 1970, haben sich die Meinungsforschungsinstitute gründlich getäuscht, die diesmal einheitlich einen klaren Sieg der Regierung Heath voraussagten. Statt des prognostizierten Vorsprungs von etwa 60 Mandaten verloren die Konservativen 27 Sitze, während Labour 14 hinzugewann. Wilsons Partei liegt mit 301 Sitzen knapp vor den Konservativen (296), die allerdings — vergleichbar der Labour Party bei den Wahlen 1951 — einen höheren Stimmenanteil (38,1 %) als Labour (37,2 %) erlangten. Gegenüber den verringerten absoluten Wählerstimmen der beiden großen Parteien konnten die Liberalen ihren Wähleranhang mehr als verdoppeln. Dieser sich schon bei dem Gewinn einiger Nachwahlen abzeichnende Erfolg ließ sich allerdings nicht in eine entsprechende Zahl von Unterhaussitzen umsetzen. Unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechtes, bei dem faktisch nur die Stimmen des siegreichen Kandidaten zählen, schlug sich der Anteil der Liberalen von etwa 20 % der Wählerstimmen bei einem Gewinn von 14 der insgesamt 635 Wahlkreise nur in 2 % der Sitze nieder. Da keine Partei über die absolute Mehrheit verfügt, können die Liberalen zusammen mit den protestantischen Extremisten in Nordirland (11) und den schottischen und walisischen Nationalisten (9) sowie einigen anderen Abgeordneten (4) dennoch eine Rolle als Zünglein an der Waage spielen. Vermutlich wird es noch im Verlauf dieses Jahres zu Neuwahlen kommen.

Angesichts des Patts der großen Parteien wird nicht nur in der britischen Presse von einer Erschütterung des traditionellen Zweiparteiensystems gesprochen, dessen Stabilität durch das undemokratische Mehrheitswahlrecht garantiert zu sein schien. Es schirmt die etablierten Parteien vor politischer Konkurrenz ab und bietet einen institutionellen Rahmen, um vor allem in gesellschaftlichen Krisen die anwachsende Zahl der sozial Unzufriedenen bei „Ihrer Majestät" Opposition systemkonform aufzufangen.

Dieser politische Mechanismus kann freilich nur solange funktionieren, wie Labour-Regierungen nicht über soziale Korrekturen an der privatkapitalistischen Eigentumsordnung hinausgehen. Dagegen ist die gegenwärtige Krise des politischen Herrschaftssystems durch die verschärften Klassenauseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und der konservativen Regierung ausgelöst worden, deren Handlungsspielraum sich angesichts der verschlechterten Kapitalverwertungsbedingungen zunehmend verengt hat. Die Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse ist letztlich durch die strukturelle Krisensituation des britischen Imperialismus bedingt, was hier allerdings nur angedeutet werden kann.

Der überkommene Widerspruch zwischen hegemonialem Anspruch und beschränktem ökonomischen Potential trat immer wieder in der prekären Rolle des Pfund Sterling als internationalem Zahlungsmittel und regionaler Reservewährung in Erscheinung. Den periodischen Währungskrisen und chronischen Zahlungsbilanzdefiziten lagen die überseeischen Rüstungsausgaben und hohen Kapitalexporte zugrunde, die wiederum zu den relativ niedrigen Investitionsquoten beitrugen. Dadurch wurde die fällige Modernisierung der britischen Industrie verzögert, der Produktivitätszuwachs und das wirtschaftliche Wachstum vermindert, während die übermäßigen Militärausgaben die Geldentwertung be-

schleunigten, die über die steigenden Exportpreise die internationale Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie verringerte. Als die Defizite in der Handelsbilanz, die stagnativen und inflationären Tendenzen (Stagflation) immer weniger durch konjunktur- und finanzpolitische Maßnahmen behoben werden konnten, gingen die britischen Regierungen seit Mitte der 60er Jahre unverhüllt zur Schwächung der Arbeiterklasse und Stärkung der monopolistischen Großunternehmer über. Auf der einen Seite wurde die Zentralisation des Kapitals durch steuerpolitische Mittel beschleunigt und der Anschluß an den Gemeinsamen Markt vorbereitet, auf der anderen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zugunsten einer Erhöhung der unternehmerischen Profite verschlechtert. Der in der Phase relativer Vollbeschäftigung stärker gewordenen Arbeiterklasse wurde auf verschiedenen Ebenen der Kampf angesagt — auf betrieblicher Ebene in einer Intensivierung der Arbeit, auf wirtschaftspolitischer Ebene in einkommenspolitischen Maßnahmen und auf staatlich-hoheitlicher in einer antigewerkschaftlichen Gesetzgebung, ferner im Abbau sozialstaatlicher Leistungen und erhöhten Arbeitslosenzahlen (vgl. „Blätter", 4/1971).

Bei der Verschlechterung der sozialen Lage der britischen Arbeiter und Angestellten begannen sich die sozialen Auseinandersetzungen zu verschärfen, wie schon ein Blick auf die Streikstatistik zeigt. Die Zahl der Streiktage wuchs von 2,4 Mio 1966 auf 6,8 Mio im Jahre 1969 und bis 1972 auf 24 Mio kontinuierlich an. Im Verlauf der steigenden Kampfbereitschaft kam es zu einer schrittweisen Stärkung der britischen Arbeiterklasse — von den spontanen betrieblichen Kampfstreiks um Lohn- und Kontrollforderungen über massive Lohnbewegungen auch von bisher streikunerfahrenen Arbeitergruppen bis zu politischen Massenstreiks gegen die antigewerkschaftliche Gesetzgebung, die schließlich eine Phase einheitlicher Klassenaktionen mit militanten Kampfformen, wie Betriebsbesetzungen in schottischen Werften und in der Metallindustrie, wie Massenstreikposten im Bergarbeiterstreik 1972 und die Vorbereitung eines Generalstreiks zur Freilassung inhaftierter Hafenarbeiter einleiteten. Bei der etappenweisen Entwicklung der Klassenkämpfe wurde die kleine Kommunistische Partei mit ihren etwa 30 000 Mitgliedern zu einem entscheidenden Integrationsfaktor, der über die großen Arbeiterorganisationen wie zunächst die Transport- und Metallarbeitergewerkschaften wirkte. Dieser Trend erfaßte schließlich den Gewerkschaftsbund (TUC) und auch die Labour Party, die mit der Bildung einer antikapitalistischen Programmatik selbst zu einem politisierenden Faktor in der britischen Arbeiterklasse wurde (vgl. „Blätter", 7/1973).

Ein neuer Höhepunkt der Klassenauseinandersetzungen bahnte sich im Herbst 1973 an, als neue Lohnforderungen der Bergarbeiter mit der konservativen Einkommenspolitik kollidierten. In den Kämpfen der britischen Bergarbeiter um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen läßt sich die jüngste Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung in exemplarischer Weise fassen. So entsprechen dem seit den 60er Jahren beschleunigten Verfall des Bergbaus der strukturelle Niedergang des britischen Kapitalismus, den sich in diesem Zeitraum verschlechternden Reproduktionsbedingungen der Bergarbeiter eine Gefährdung der sozialen Lage der britischen Arbeiterklasse insgesamt, der gegen Ende der 60er Jahre zunehmenden Kampfkraft der Kumpel eine anwachsende Streikbewegung in der britischen Industrie, der Stärkung des linken Flügels und der Mobilisierung der Bergarbeitergewerkschaft eine weitreichende Politisierung der britischen Arbeiterbewegung. Insofern spielten die Bergarbeiter von Anfang an eine

Schlüsselrolle in den Auseinandersetzungen um die dritte Phase der einkommenspolitischen Maßnahmen der Regierung Heath. Diese wurden in einer Resolution der Bergarbeitergewerkschaft, die ihr neuer kommunistischer Vizepräsident McGahey durchgesetzt hatte, mit Nachdruck zurückgewiesen.

Trotz der beträchtlichen Lohnerhöhungen nach dem erfolgreichen Streik von 1972 verdienen die 1957 noch an der Spitze der Lohnskala liegenden Bergleute weitaus weniger als andere Arbeitergruppen in der Industrie, die zudem größtenteils unter besseren Arbeitsbedingungen bei kürzeren Arbeitszeiten arbeiten. Als die Bergarbeiter bei dem unzureichenden Lohnangebot der Kohlenbehörde am 12. November 1973 die Leistung von Überstunden verweigerten und damit die Produktion um ein Drittel drosselten, reagierte die Regierung mit Notstandsverordnungen, Stromsparmaßnahmen und dem Gebot einer dreitägigen Arbeitswoche für die Industrie, um in dem Klima einer durch die Verknappung des Ölangebotes noch hochgespielten Energiekrise die Streikbereitschaft der Bergarbeiter und die Solidarität der britischen Arbeiterklasse unter dem publizistischen Trommelfeuer der bürgerlichen Presse zu brechen. Als jedoch Anfang Februar in einer Urabstimmung 81 % der Bergarbeiter, in einigen Kohlenrevieren wie Wales und Yorkshire sogar eine überwältigende Mehrheit von über 90 %, für nationale Streikaktionen stimmten, blieb der Regierung Heath nichts anderes mehr übrig, als mit der Ansetzung von Neuwahlen für Ende Februar die Flucht nach vorn anzutreten.

Die Konservativen konzentrierten ihren Wahlkampf von Anfang an auf die klassenbewußten Teile der britischen Arbeiterklasse, insbesondere auf die streikenden Bergarbeiter und ihre militanten Kader. Unter der Losung „Wer regiert Großbritannien?" sollte der Kampf der Gewerkschaften um die Wahrung des Lebensstandards ihrer Mitglieder als Angriff auf das parlamentarische System diffamiert werden. Mit diesem Trick hat die in Bedrängnis geratene herrschende Klasse stets versucht, unter dem Deckmantel der Verteidigung der „reinen Demokratie" eine Politik zugunsten des Kapitals und auf Kosten der Klasse der Lohnabhängigen durchzusetzen. Dazu gehörte auch eine antikommunistische Hetzkampagne, die durch eine von der großen Industrie finanzierte Plakataktion mit dem Konterfei Stalins hinter einer heruntergezogenen Maske unterstützt wurde. Den Konservativen gelang es aber weder, die Kommunisten zu isolieren, noch die Arbeiterklasse zu desorientieren oder gar die Gewerkschaften für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen, die schließlich im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen sollten. Denn das Defizit in der Zahlungsbilanz war nach dem Beitritt zum Gemeinsamen Markt innerhalb eines Jahres auf 2,5 Mrd Pfund angestiegen und die Lebensmittelpreise während dieses Zeitraumes um 20 %, in der gesamten Ära Heath um mehr als 50 %. Während die erforderlichen Investitionen zur Behebung der Arbeitslosigkeit ausblieben, stieg der Kapitalexport auf rund 1 Mrd Pfund. Angesichts dieser Europa-, Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik traten Widersprüche in den eigenen Reihen der Konservativen auf. Der für den Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft agitierende Enoch Powell forderte seine Anhänger zur Wahl der Labour Party auf, und der Generalsekretär des Unternehmerverbandes CBI plädierte für die Abschaffung des durch den anhaltenden Widerstand der Gewerkschaften nur noch bedingt anwendbaren Arbeitsgesetzes. So müssen die Konservativen mit dem Wahlausgang vollends das Scheitern ihrer Politik zur Kenntnis nehmen. Angesichts dieses offenkundigen Tatbestands stellt sich freilich die Frage, war-

um die Labour Party nicht einen überzeugenden Wahlsieg erringen konnte und warum die Liberalen einen derartigen Zuwachs an Wählerstimmen verbuchten.

In der Labour Party haben mit der Politisierung der Gewerkschaften zwar die linken Kräfte an Einfluß gewonnen, doch konnten die Ansätze einer sozialistischen Zielsetzung in dem neuen Parteiprogramm noch nicht in eine konkrete und verbindliche politische Strategie umgesetzt werden. Daß die von der Parteiführung im Wahlkampf geforderten Preiskontrollen, Subventionen für Nahrungsmittel, Rentenerhöhungen, Kinderbeihilfen usw. nur bei zentralen Eingriffen in das privatkapitalistische Wirtschaftssystem erfolgreich durchgeführt werden können, wurde allenfalls von Mitgliedern der Tribune-Gruppe in der Labour Party unter Michael Foot, insbesondere aber von der Kommunistischen Partei akzentuiert. Statt von den bevorstehenden Klassenkämpfen, sprach der Parteiführer Wilson von Klassenharmonie und Sozialpartnerschaft, indem er die eine große Familie, die eine Nation und sogar einen „sozialen Vertrag" beschwor: „Entweder wir wählen einen großen sozialen Vertrag zwischen Regierung, Industrie und Gewerkschaften, mit der Bereitschaft aller drei sozialen Gruppen, Opfer zu bringen, um eine Strategie zur Bekämpfung der Preiserhöhungen zu erreichen; oder wir akzeptieren die verheerenden Folgen einer endlosen Inflation." So hatte die Labour Party weder eine kohärente Taktik, noch eine personelle Alternative anzubieten, da Harold Wilson als Premierminister der Labour-Regierungen 1964—1970 für eine Reihe von arbeiterfeindlichen Maßnahmen verantwortlich war, an denen er ebenso scheiterte wie die nachfolgende Regierung Heath. Was sollte der Wähler von Parteien halten, die gerade hinsichtlich der im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehenden Einkommenspolitik jeweils eine vollständige Kehrtwendung vollzogen hatten. Was die Tories 1970 prinzipiell ausschlossen, priesen sie nun als einziges Heilmittel gegen die Inflation an; was die Labour-Führung einst emphatisch gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchsetzte, verfiel jetzt der Ächtung. Dieser jedermann offenbare prinzipienlose Opportunismus konnte von einem großen Teil potentieller Wähler der Labour Party nicht als der widersprüchliche Prozeß des Übergangs der Arbeiterpartei von einem Rationalisierungsinstrument der herrschenden Klasse zu reformistischen Positionen mit sozialistischen Elementen verstanden werden. Darin liegt der Grund für die überraschende Scheinblüte der Liberalen Partei, die ihre wirtschaftspolitischen Konzeptionen zwischen den beiden großen Parteien ansiedelte, indem sie ein durch und durch unpraktikables System von Zwangsabgaben auf Lohnforderungen und Preise konstruierte.

Die verschiedenen Kräfte in der britischen Arbeiterbewegung stehen vor der schwierigen Aufgabe, bis zu den Neuwahlen eine eindeutige politische Strategie zu konzipieren, die sich an den grundlegenden Positionen des neuen Parteiprogramms orientieren kann. Statt kurzfristiger Palliativmittel gegen Arbeitslosigkeit, Geldentwertung und Zahlungsbilanzdefizite muß die vorgesehene Nationalisierung von etlichen Industriezweigen und eines Teils des Finanzsektors sowie von monopolartigen Großunternehmen in der verarbeitenden Industrie sichergestellt werden, um im Zusammenhang mit erweiterten Arbeiterkontroll- bzw. Mitbestimmungsrechten eine effektive Investitionslenkung und Preiskontrolle durchführen zu können. Erst auf dieser materiellen Basis kann eine demokratische Planung des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses mit den anstehenden sozialen Reformen Erfolg versprechen.

Paul Oehlke

Kontroverse Standpunkte in Wien

Seit dem 30. Oktober 1973 wird in Wien über einen Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa verhandelt. Die 19 Partnerländer der Gespräche haben sich das Ziel gesetzt, die militärische Konfrontation im Herzen des Kontinents, wo mächtige Militärgruppierungen mit allen Arten moderner Waffen, einschließlich nuklearer, stationiert sind, zu vermindern.

Die grundsätzliche Haltung der Sowjetunion hinsichtlich eines Abbaus der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa, der auch die Einstellung der anderen in Wien vertretenen sozialistischen Länder entspricht, ist aus der Rede Breschnews auf dem Moskauer Weltkongreß der Friedenskräfte vom 26. Oktober 1973 bekannt und läuft darauf hinaus, daß der Abbau keinen der Gesprächspartner in Vorteil setzt, daß sein Ziel vielmehr die Festigung der allgemeinen Sicherheit und des Vertrauens zueinander sein soll.

In dem von der sowjetischen Delegation im Namen der UdSSR, der DDR, der VR Polen und der CSSR eingebrachten Entwurf wird vorgeschlagen, die Verpflichtung der UdSSR, der DDR, der VR Polen, der CSSR, der USA, Englands, der BRD, Kanadas, Belgiens, Hollands und Luxemburgs zum Abbau ihrer Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa festzulegen, und zwar in einem Raum, der die Territorien der DDR, der VR Polen, der CSSR, der BRD, Belgiens, Hollands und Luxemburgs einbeziehen würde. Bei dieser Verpflichtung handelt es sich darum, die fremden und nationalen Streitkräfte und Rüstungen, einschließlich der Nuklearwaffen, in diesem Raum zu reduzieren.

Die sozialistischen Länder haben beantragt, den Abbau in drei Phasen vorzunehmen. In der ersten Phase (1975) sollen die USA, England, Kanada, die BRD, Belgien, Luxemburg und Holland ihre Truppen um 20 000 Mann mitsamt den entsprechenden Waffen und sonstigem Kampfmaterial herabsetzen. In derselben Zeit würden auch die UdSSR, die DDR, die VR Polen und die CSSR ein gleiches tun.

Das wäre freilich in gewisser Hinsicht nur ein symbolischer Schritt, der aber großes politisches und praktisches Gewicht hätte, da er die Bereitschaft der beteiligten Staaten, eine reale Reduzierung ihrer Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa vorzunehmen, verdeutlichen und überdies das gegenseitige Vertrauen festigen würde. Ferner würde eine solche Reduzierung bestimmte Erfahrungen vermitteln und eine gute Basis für weitere Reduzierungen abgeben.

In der zweiten Phase (1976) soll jeder Partnerstaat seine Streitkräfte und Rüstungen um 5 % reduzieren: weitere 10 % sind für die dritte Phase (1977) vorgesehen.

Der Abbau der fremden und nationalen Streitkräfte und Rüstungen soll auf ausgewogener Basis erfolgen: Reduziert werden sollen Einheiten der gleichen Art und des gleichen Typs, z. B. Panzer- und Panzergrenadierverbände (Division, Brigade) und -einheiten (Regiment, Bataillon), Luftwaffenverbände (Regiment, Geschwader, Staffel), Artillerie-, Raketen- und Fliegerabwehreinheiten, Versorgungseinheiten (Regiment, Bataillon, Abteilung) sowie Einheiten und Abteilungen mit Kernwaffen; alle diese sollen abgezogen bzw. aufgelöst werden.

Die gekürzten Kontingente der fremden Staaten sollen mit allen Waffen und sämtlichem Kampfmaterial ins eigene Hoheitsgebiet zurückgenommen werden. Es würde untersagt sein, diese Rüstungen der fremden Truppen im Abbaugebiet einzulagern.

Gleichzeitig sollen die Mannschaften der aufgelösten Einheiten und Ver-

bände der nationalen Streitkräfte demobilisiert und ihre Rüstungen aus der Iststärke der nationalen Streitkräfte gestrichen werden.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder gehen davon aus, daß eine Ausführungskontrolle durchaus mit Hilfe nationaler Kontrollmittel gewährleistet werden kann. Man könnte ferner vorsehen, daß die Partnerstaaten einander offiziell über Start und Ende der Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa informieren werden. Außerdem würde es jedem Partner freistehen, bi- oder multilaterale Konsultationen zwischen den interessierten Seiten und wenn nötig auch Konsultationen aller Partnerstaaten zu verlangen, um die Realisierung des Abkommens zu gewährleisten.

Selbstverständlich dürfen die Partnerstaaten eines Abkommens über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa keine konträren internationalen Verpflichtungen übernehmen.

Dieser Entwurf gewährleistet die strikte Einhaltung des Prinzips der gleichen Sicherheit für alle Staaten. Laut Entwurf würde ein solcher Abbau die Zahl der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa um Zehntausende von Soldaten, Tausende von Panzern, Hunderte von Flugzeugen und sonstiges Kampfmaterial reduzieren. Von ausnehmender Bedeutung wäre die Verringerung der Kernwaffenbestände in diesem wichtigen Gebiet Europas.

Die vorgeschlagene Reduzierung ist keineswegs gegen andere Länder und deren Sicherheit gerichtet. Im Gegenteil, sie entspricht den Interessen aller Länder, denn sie würde die politische Entspannung in Europa durch militärische Entspannungsschritte perfekt machen.

Die westlichen Anträge hingegen basieren auf dem Prinzip der „Ausgewogenheit" oder „Asymmetrie", wonach die sozialistischen Länder ihre Truppen und Rüstungen in weitaus größerem Umfang als die USA und deren militärische Verbündete abbauen sollen. Außerdem plädieren die westlichen Länder für eine ausschließliche Reduktion der Bodentruppen und setzen sich über die Verbände mit Kernwaffen und die Luftwaffe hinweg. Sie möchten in der ersten Phase einen Abbau lediglich der sowjetischen und amerikanischen Truppen, und zwar wiederum „asymmetrisch". Was die zweite Phase angeht, so wird in allgemeinen Worten von einer eventuellen Truppenreduzierung der anderen Länder in Mitteleuropa gesprochen, ohne konkrete Fristen und Prozeduren anzugeben.

Zur Begründung ihres Standpunkts führen die westlichen Länder den geographischen Faktor (die unterschiedliche Entfernung der UdSSR und der USA vom Abbaugebiet) an sowie eine „zahlenmäßige Überlegenheit" der Streitkräfte des Warschauer Vertrags und deren „offensive" Orientierung gegenüber der NATO. Wir wollen auf diese Argumente eingehen.

Bisher haben viele prominente Sprecher der US-Regierung wiederholt zugegeben, daß in Europa ein Kräftegleichgewicht besteht und daß eine Veränderung nach der einen oder anderen Seite hin unerwünschte Folgen haben kann. So erklärte Robert McNamara, Verteidigungsminister in den Regierungen Kennedy und Johnson, bereits 1968: „Ich finde, daß die NATO und der Warschauer Vertrag ungefähr die gleichen Chancen in bezug auf die Bodentruppen besitzen." Ähnlich äußerte sich am 6. April des gleichen Jahres der damalige Verteidigungsminister der USA, Richardson: „Wenn wir anerkennen, daß zur Zeit eine Ausgeglichenheit im Bereich der Kernwaffen besteht, wenn wir anerkennen, daß in Mitteleuropa ein Gleichgewicht der Kräfte besteht, so wäre es zweckmäßig, daß jede Seite die Stabilität aufrecht-

erhält, doch bei einem niedrigeren Stand der Investitionen in Waffen, Material und Mannschaften."

Zur gleichen Einsicht gelangten auch viele amerikanische Wissenschaftler. Diese und ähnliche Äußerungen widerlegen glattweg die Argumente der Anhänger einer „Asymmetrie".

Auch die Hinweise darauf, daß der geographische Faktor für die UdSSR und die USA von unterschiedlicher Bedeutung sei, hält keiner Kritik stand. Tatsache ist, daß die modernen Transportmittel für Truppen und Waffen diesen Faktor beträchtlich entkräftet haben. Was die Behauptungen von einer „offensiven" Orientierung der Truppen der sozialistischen Länder betrifft, so ist das ein unverhohlener Versuch, die Sache auf den Kopf zu stellen, die NATO als eine Verteidigungsorganisation und den Warschauer Vertrag als einen potentiellen Aggressor zu deklarieren.

Die Vorschläge der Westmächte bezwecken unverkennbar, der NATO militärische Vorteile zu sichern. Dafür spricht z. B. die Ausklammerung der Luftwaffe und der Kernwaffen durch den Westen. Dabei machen diese bekanntlich in hohem Grade die Schlagkraft der NATO aus. Nach dem westlichen Entwurf sollen die nationalen Streitkräfte der Partner zumindest in der ersten Phase nicht reduziert werden, obwohl die Bundeswehr der BRD allein 467 000 Mann mit modernem Kampfmaterial hat. Auch einige andere NATO-Länder verfügen über ansehnliche Streitkräfte. Vom Abbau ausgenommen werden sollen ferner die in der BRD stationierten Truppen Englands, Kanadas, Belgiens und Hollands. All das deutet darauf hin, daß die Annahme der westlichen Vorschläge das Kräfteverhältnis in Mitteleuropa zugunsten der NATO verändern und damit der Sicherheit der sozialistischen Länder Abbruch tun würde.

Lösungen können sich nur dann anbieten, wenn alle Partnerstaaten Realismus und Bereitschaft zur Zusammenarbeit für die Festigung der europäischen Sicherheit an den Tag legen. Die Wiener Gespräche spielen sich nicht im luftleeren Raum ab: Sie sind Teil der gemeinsamen Bemühungen vieler Staaten um Entspannung in Europa, in der ganzen Welt. Die auf diesem Gebiet bereits erzielten positiven Veränderungen sind ein überzeugender Beweis dafür, wie real die gestellte Aufgabe ist, die Kriegsgefahr in Europa zu vermindern, Europa zu einem Gebiet zuverlässiger Sicherheit und beiderseits vorteilhafter Zusammenarbeit zu machen.

Konstantin Borissow, Moskau

Zur Initiative für einen Weltabrüstungstag

Der Moskauer Weltkongreß der Friedenskräfte hat den organisierten Friedensverbänden und Friedensarbeitern in aller Welt Ende Oktober 1973 in dem Abschlußbericht seiner Arbeitskommission VI („Abrüstung") die konkrete Empfehlung gegeben, von 1975 an den 17. Juni als Weltabrüstungstag zu veranstalten. Ausgehend von der traditionsreichsten, mit Erfolg respektiert gebliebenen Teilabrüstungsmaßnahme der Geschichte, dem Genfer Giftgas-Verbotsprotokoll vom 17. Juni 1925, soll der internationalen Abrüstungsdiplomatie vom 50. Jahrestag der Unterzeichnung dieses bedeutsamen Dokuments jeweils an diesem Tag jedes Jahres die deutlich demonstrierte Unterstützung der Friedenskräfte in aller Welt zuteil werden. Ohne Diplomatie keine Abrüstungsverhandlungen, ohne breite und regelmäßige Unterstützung aus der Weltöffentlichkeit keine friedenspolitisch effektive Abrüstungsdynamik.

Zur konzeptionellen Erläuterung und publizistischen Verbreitung ihrer Abrüstungsforderungen und -vorstellungen werden in der Zeit vom 22. bis 28. April 1974, also in wenigen Wochen, die an der Arbeit des Moskauer Kongresses der Friedenskräfte beteiligten Organisationen eine Internationale Abrüstungswoche durchführen. Bei dieser Gelegenheit geht es auch um die Vorbereitung des ersten Weltabrüstungstages, des 17. Juni 1975.

Eine Westberliner Studentenzeitschrift charakterisierte die Dringlichkeit eines solchen internationalen Aktionstages so: „Ob Energiekrise, Umweltbedrohung oder Entwicklungshemmungen zur Sprache kommen: — immer erweisen sich die Tatsachen und Umstände der zu hohen Militär-Rüstungen als Hauptbremsen des Wünschenswerten. Um der Abrüstung als wichtigster allgemeiner Friedensfrage koordiniert und massenwirksam zuleibe zu rücken, soll der 50. Jahrestag des Genfer Giftgasverbots ... zum Start-Tag dieses ‚1. Mai der Abrüstung' werden. Wie der 8-Stunden-Tag nicht ohne 25 Jahre Mai-Demonstrationen gekommen, d. h. durchgesetzt worden wäre, so wird auch der entscheidende Dreh der Weltentwicklung zur Abrüstung nicht ohne rhythmisch klaren Forderungsdruck der Massen aktueller und potentieller Opfer von Rüstung geschafft werden können."

Die Initiative zur Einführung des 17. Juni als Weltabrüstungstag von 1975 an ging von einer internationalen Tagung der Sub-Kommission für Abrüstung der Christlichen Friedenskonferenz im Mai 1973 in Bremen aus. Bei der Westberliner Friedenswoche im Juni 1973 wurde der Vorschlag durch Bischof Scharf, Prof. Helmut Gollwitzer und Prof. Johan Galtung (Friedensforschungs-Institut Oslo) der Öffentlichkeit bekanntgegeben und unterstützt. Im Herbst 1973 stellte das Generalsekretariat der Vereinten Nationen die Übereinstimmung der Initiative zur Einführung des Weltabrüstungstages mit den Prinzipien und den Beschlüssen der aktuellen UNO-Arbeit fest.

Ende Oktober 1973 schließlich erhielt der Gedanke durch das Forum des Moskauer Weltkongresses der Friedenskräfte seine größte Unterstützung und weiteste Verbreitung.

Jetzt geht es unter anderem noch darum, den Weltabrüstungstag auch zu einer UNO-offiziellen Veranstaltung auszubauen. Dazu bedarf es der Initiative mindestens eines Mitgliedsstaates der UNO im Rahmen ihrer Generalversammlung. Die Internationale Abrüstungswoche im April 1974 sollte dazu genutzt werden, möglichst aus allen Regionen und politischen Lagern Regierungen von UN-Mitgliedsländern zu gewinnen, die die Initiative zur Einführung des 17. Juni von 1975 an als Weltabrüstungstag auch der Vereinten Nationen mitzutragen bereit sind. Die Christliche Friedenskonferenz, aus der der erste Impuls dieser Initiative hervorging, will mit dem Weltkirchenrat in Genf durch Erarbeitung einer ökumenischen Abrüstungs-Liturgie zur Unterstützung der Weltabrüstungsbewegung auch im Rahmen des traditionellen kirchlichen Lebens beitragen, das ja von Erfolg oder Mißerfolg der Abrüstungspolitik ebenso mit betroffen ist wie alle Bereiche des menschlichen und sozialen Lebens. Der Weltabrüstungstag gibt allen Friedenskräften die Chance, die Gemeinsamkeit und die Stärke ihrer Argumente und Konzepte gezielt zu artikulieren, zu demonstrieren und schrittweise zur Geltung zu bringen.

Die verschieden motivierten und organisierten Friedenskräfte auch der BRD sind dazu aufgerufen, ihren notwendigen Beitrag zu dieser friedenswichtigen Aktion zu leisten. (Siehe auch den Dokumenten-Teil.)

Klaus Ehrler

Regierungskoalition beabsichtigte Vermögenspolitik. Das offizielle Bekenntnis zum Primat des „Interesses der Unternehmen" bedeutet eine entschiedene Absage an alle, auch sozialliberale, Kräfte, die für konsequente gesellschaftliche Reformen eintreten. Es ist bezeichnend, daß vom SPD-Vorstand bereits wenige Tage nach den Koalitionsbeschlüssen auf administrativem Wege der Versuch unternommen wurde, mit dem schon bekannten großen Knüppel der „Parteiräson" innerparteiliche Kritik zu verhindern. In einem Brief Holger Börners an alle Landes- und Bezirksverbände, Unterbezirke und Ortsvereine der Partei hieß es: „Verzettelt Euch nicht in der Kritik an Einzelpunkten. Vertretet diesen Erfolg geschlossen nach außen, mit allen Mitteln!" [28]) Ob diese Mittel zur innerparteilichen Disziplinierung reichen, scheint allerdings fraglich — zumindest müssen alle an demokratischen Veränderungen interessierten Kräfte die Hoffnung hegen, daß das Vermögensbildungsmodell der Koalition auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen wird. Gewiß ist die Vermögensbildung auch in den Gewerkschaften ein umstrittenes Thema — doch auch die Kräfte, die im Frühjahr 1973 mit einer äußerst knappen Mehrheit im Bundesausschuß des DGB eine vermögenspolitische Fonds-Konzeption durchsetzen konnten [29]), werden sich gegen das Regierungsmodell wenden müssen, da es in allen seinen Bestandteilen einer konsequenten Gewerkschaftspolitik widerspricht.

Zur wirtschafts- und energiepolitischen Lage in der BRD

Von Bernd Güther und Jan Priewe

In der politischen Diskussion um die gegenwärtige Wirtschaftslage der BRD wird systematisch von zwei grundlegenden Tatbeständen abgelenkt: erstens befindet sich die BRD in einer sich beschleunigenden Abschwungsphase des Krisenzyklus, die sich unabhängig von den Maßnahmen der erdölfördernden arabischen Länder vollzieht; zweitens existiert in der BRD bereits seit langem eine Krise der gesamten nationalen Energiewirtschaft, die freilich zur Zeit besonders akut ist. In der Öffentlichkeit werden mit großem Geschick die schweren inneren ökonomischen Widersprüche dieser Gesellschaft projiziert auf äußere Widersprüche zwischen „aggressiven Terrormaßnahmen" der Erdölländer und der BRD, um so eine scheinheilige Interessengemeinschaft des Volkes zum Wohle der Nation heraufzubeschwören. Den Blick zurückzulenken auf die realen ökonomischen Widersprüche in der BRD ist Intention dieses Artikels.

[28]) Veröffentlicht als SPD-Pressemitteilung Nr. 33/74, 25. 1. 1974.
[29]) „Für Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen", „DGB-Nachrichten-Dienst", Bundespressestelle des DGB, 5. 4. 1973, abgedruckt in: Modelle zur „Vermögensbildung", a. a. O., S. 3. Dieser Beschluß wurde im Bundesausschuß mit 55 gegen 52 Stimmen angenommen — gegen die Vertreter der IG Metall, der ÖTV, der GEW, der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft Leder, die zusammen die Mehrheit der DGB-Mitglieder stellen.

I. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise

1. Die gesamtwirtschaftliche Situation in der BRD

Der 5. Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft setzte mit der Überwindung der Krise 1966/67 ein. Der kräftige Boom, initiiert durch Staatsinvestitionen und wachsende Exportnachfrage, war begleitet durch einen bis heute sich beschleunigenden Inflationsprozeß. Der „Schwindelblüte" der Hochkonjunktur folgte eine ungewöhnlich lange, dafür freilich ungewöhnlich milde Flaute 1971/72, die erstmals in der BRD ganz im Zeichen der Stagflation stand, also der Koinzidenz von stagnierendem Wachstum und Inflation. Ende 1972 induzierte eine Nachfrageflut aus dem Ausland den sprunghaften Aufschwung zum 6. Zyklus, der mit einer forcierten Kapitalakkumulation in der Investitionsgüterindustrie begann.

Charakteristisch für die ersten Phasen dieses Zyklus ist zum einen der von Beginn an vorhandene hohe Inflationssockel, zum anderen der steile, aber außerordentlich kurze Boom, der sich schon Mitte 1973 deutlich abschwächte. Dieser frühzeitig gekappte Boom ist vor allem Resultat einer Konjunkturpolitik, die mittels extrem restriktiver Globalsteuerung auf eine Eindämmung der Inflation und die Verhinderung einer ungezügelten Überakkumulation abzielte. Indes wäre es verfehlt, in der staatlichen Restriktionspolitik die Ursache des Konjunkturumschwungs zu sehen; dieser ist lediglich zeitlich vorgelagert worden.

Die Konjunkturwende drückte sich aus in einer Abschwächung der ohnehin schwachen Binnenkonjunktur, vor allem im Nachlassen der Verbrauchsgüterproduktion, sowie im geringfügig verringerten Wachstum der Exporte, die allerdings die entscheidende Konjunkturstütze blieben. Hingegen waren die Inlandsbestellungen bei typischen Investitionsgüterbranchen, z. B. dem Maschinenbau, im September und Oktober 1973 kaum höher als im Vorjahr; die Industrieproduktion insgesamt verlangsamte sich beträchtlich [1]). Nahm das Bruttosozialprodukt 1973 real um 6 % zu, so wuchs der reale Verbrauch nur um 4 % [2]). Für langlebige Verbrauchsgüter wie Hausrat, Wohnbedarf, Elektrogeräte und optische Erzeugnisse gaben die privaten Haushalte nur 4,5 % bzw. 2,5 % mehr aus als 1972, obwohl der Anteil dieser Güter am gesamten Warenkorb steigt [3]). Ab Frühjahr 1973 ging auch die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen zurück. Für Bekleidung, Wäsche und Schuhe gaben die Haushalte 1973 knapp 3 % mehr aus, „ohne damit auch nur den realen Verbrauch des Vorjahres aufrecht erhalten zu können" [4]). Der Rückgang in der Nachfrage nach langlebigen Verbrauchsgütern ist ein früher Indikator der sinkenden Massenkaufkraft. Die Auftragsreserven der Verbrauchsgüterindustrien waren im Oktober 1973 um 7,5 % geringer als im Oktober 1972 [5]). Die Nettoproduktion sinkt hier seit Oktober 1973. Insgesamt verläuft das Akkumulationstempo in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich; so waren z. B. im Oktober 1973 die Auftragsreserven in den Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien um 80,5 %, in den Investitionsgüterindustrien um 20 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres, während die Auftragsbestände in den Verbrauchsgüterindustrien rückläufig sind [6]).

---

1) „Monatsbericht der Deutschen Bundesbank", Dezember 1973, S. 11, S. 6.
2) Gutachten des Sachverständigenrats 1973, Bonn, S. 13.
3) Ebd., Ziffer 78.
4) Ebd., Ziffer 78.
5) „Tagesnachrichten des Bundesministers für Wirtschaft", Bonn, v. 10. 12. 1973.
6) „Tagesnachrichten des Bundesministers für Wirtschaft", Bonn, v. 29. 12. 1973.

Die ungewöhnlich starken sektoralen Disproportionen kommen auch im Produktionsrückgang der Bau- und Textilindustrie zum Ausdruck. Die Bauindustrie ist erstens stark von Staatsaufträgen abhängig, die im Zeichen restriktiver Finanzpolitik häufig zurückgestellt wurden; zweitens sind Bauinvestitionen wegen der hohen Umschlagszeit und der verbreiteten Kreditfinanzierung extrem zinsreagibel, so daß das hohe Zinsniveau durchaus durchschlägt, sofern die Zinsen nicht auf die Wohnungspreise bzw. Mieten aufgeschlagen werden können; drittens läßt die private Wohnungsnachfrage infolge steigender Wohnungs- und Mietpreise nach. In der Textil- und Bekleidungsindustrie macht sich vor allem der nachlassende Massenkonsum bemerkbar, hinzu kommt die chronische Strukturkrise in dieser Branche.

Infolge der starken Auslandsnachfrage ergab sich für 1973 ein Exportüberschuß von ca. 30 Mrd DM, dem höchsten in der Geschichte der BRD, der selbst den von 1968, dem Jahr der Exportoffensive (Exportüberschuß: 18,4 Mrd DM), bei weitem übertrifft. Dieser Exportüberschuß ist besonders deshalb erstaunlich, weil mit der de-facto-Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar — seit Beginn des „Block-Floating" im Frühjahr 1973 — um ca. 19 %, gegenüber den am Gruppenfloating beteiligten EG-Ländern um 8 % [7]) sich die Exportmöglichkeiten der BRD verschlechtert haben müßten. Da dies offenbar nicht zutrifft, bleibt zu konstatieren: 1) Auf- und Abwertung bleiben zumindest mittelfristig ohne erhebliche Wirkungen auf Im- und Exporte; 2) die westdeutschen Exporte sind wegen der geringeren BRD-Inflationsrate im internationalen Konkurrenzkampf in guter Position, wenngleich sich die Preiskonkurrenz im Zeichen internationalisierter Inflation ohnehin abschwächt; 3) sollten dennoch im Exportgeschäft Erlöseinbußen eintreten, so können diese durch Preiserhöhungen im Inland kompensiert werden [8]). Der Exportüberschuß in Verbindung mit spekulativen Devisenzuflüssen auf Grund des hohen inländischen Zinsniveaus war eine wesentliche Inflationsquelle, die durch geldpolitische Maßnahmen nicht zum Versiegen gebracht werden konnte.

Das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung, die schärfste monetäre Restriktionspolitik der Bundesbank in der BRD, haben die Inflationsraten nicht mindern können. In diesem Krisenzyklus erfaßte der Inflationsprozeß die Verbraucherpreise von Anfang an, dehnte sich dann auch auf die Produkte der Erzeugerstufe aus, wodurch eine neue Preiswelle bei den Verbrauchsgütern angekündigt wird, die durch die monopolistischen Erdölpreissteigerungen nur noch verschärft wird [9]). Besonders starke Preissteigerungen gelten für staatlich administrierte Preise, aber auch für Nahrungsmittelpreise, die gemäß den EWG-Agrarmarktordnungen staatlich reguliert werden.

Durch die langsam fortschreitende rezessive Entwicklung erhöhte sich die Arbeitslosenquote auf den höchsten Stand seit dem Krisenjahr 1967. Waren es im Mai 1967 636 000 registrierte Arbeitslose, so im Dezember 1973 486 000 (Arbeitslosenquote 2,2 %), im Januar 1974 621 000 (Arbeitslosenquote 2,8 %); die Zahl der Kurzarbeiter rückte mit 268 000 im Januar 1974 näher an den Rekordstand vom Februar 1967 mit 350 000. Die Zahl der offenen Stellen hat sich sprunghaft auf 292 000 im Dezember 1973 verringert und liegt damit zum erstenmal seit 1966 wieder unter der Zahl der Arbeitslosen. Am stärksten betroffen sind ältere Arbeitskräfte, Frauen mit einer Teilzeitbeschäftigung sowie in zunehmendem Maße

7) Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 1/1974, S. 10.
8) Jahresgutachten, a.a.O., Ziffer 389.
9) Preissteigerung bei Rohöl im November 1973 gegenüber November 1972: 58,2 %, bei Rohölprodukten 186,6 %, „Wirtschaftswoche", 3/74.

Angestellte [10]). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen erfaßt allerdings nicht jene, die frühzeitig aus dem Beruf ausscheiden müssen, ferner nicht die Schulabsolventen, die keine Lehrstelle bekommen, und auch nicht die ausländischen Arbeiter, die in ihre Heimatländer zurückkehren. Sektoral gesehen, betreffen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vor allem die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Automobilindustrien. In strukturschwachen Regionen und Gemeinden mit einseitiger Industriestruktur steigt die Arbeitslosigkeit mitunter in zweistellige Zahlen [11]). Damit hat die Entwicklung des Beschäftigungsstandes ein Ausmaß erreicht, das dem der bislang schwersten Nachkriegsrezession von 1966/67 kaum nachsteht; überdies gibt es keinerlei Anzeichen dafür, daß der Konjunkturtiefstand bereits überwunden ist. Die Hinweise der offiziellen Stellen, daß die wesentlichen Komponenten des niedrigen Beschäftigungsstandes in saisonalen Faktoren sowie in einer unvermeidbaren, wachstumsfördernden strukturellen Arbeitslosigkeit liegen, verharmlosen das Problem: saisonale Verschärfungen betreffen nur wenige Branchen, sie waren zudem auch 1967 wirksam; die strukturelle Arbeitslosigkeit ist zwar chronisch, doch bricht sie vor allem in Krisensituationen stark hervor und kann daher von der konjunkturellen Arbeitslosigkeit getrennt werden: beide Formen der Arbeitslosigkeit verbinden sich immer stärker.

Mit Hilfe dieser Daten kann der 6. Krisenzyklus der BRD gekennzeichnet werden 1) durch einen hohen Inflationssockel, der in der Stagflation 1971/72 nicht reduziert werden konnte; 2) durch eine überaus kurze Aufschwungphase mit frühzeitig gekapptem Boom; 3) durch eine kaum entwickelte Binnenkonjunktur und eine übersteigerte Exportlastigkeit seit Beginn des Aufschwungs; damit wird die endogene Abschwungstendenz überlagert vom Phänomen der „gespaltenen Konjunktur", der Divergenz von binnenwirtschaftlicher Stagnation und nur langsam sich abschwächender Exportkonjunktur [11a]); 4) durch verstärkte sektorale und regionale Disproportionen. Die sich abzeichnende Rezessionstendenz drückt Momente einer „klassischen" Überproduktionskrise aus, die im Widerspruch von überakkumuliertem Kapital und zurückgebliebener gesellschaftlicher Konsumkraft hervortritt. Ist der krisenhafte Kernprozeß „klassisch", so liegen doch Spezifikationen und Modifikationen jeder einzelnen Phase des Zyklus vor, wie Stagflation, Strukturdisproportionen, neue Kapitalentwertungsformen, verschärfte internationale Kapital- und Währungskonkurrenz, Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktion und Konsumtion durch monopolistische Preissteigerungen seitens der internationalen Erdölkonzerne.

2. *Außenwirtschaft und Währungskrise*

Im Unterschied zur Situation 1966/67 verlaufen die Zyklen der wichtigsten kapitalistischen Länder relativ synchron: der Aufschwung nach einer weltweiten Stagnationsphase begann in den USA, Japan und den meisten Ländern der EG Ende 1972 und war von einem internationalen Inflationsprozeß begleitet, der monetär durch die gewaltige Aufblähung der Währungsreserven der IWF-Länder alimentiert wurde; die Währungsreserven der IWF-Länder wuchsen von Ende 1969 bis Mitte 1973 auf fast das Zweieinhalbfache [12]). Verstärkend wirkten hier internationale Stützungsabkommen, die Schaffung der Sonderziehungsrechte sowie die Geldschöpfung auf dem Euro-Dollar-Markt. Seit dem Sommer 1973 ver-

[10]) Jahresgutachten, a.a.O., Ziffer 92.
[11]) „Der Spiegel" v. 17. 12. 1973, Nr. 51, S. 26.
[11a]) Vgl. H.-J. Höhme, Die BRD-Wirtschaft im Jahre 1973, „IPW-Berichte", 1/1974, S. 16.
[12]) Jahresgutachten, a.a.O., Ziffer 4.

langsamte sich die internationale Konjunktur, wobei die nun folgenden Abschwungsphasen stärker durch die nationalen Besonderheiten der jeweiligen Wirtschaftspolitiken charakterisiert waren [13]).

Im März 1973, nachdem die DM um 3 % aufgewertet worden war, zerbrach das schon längst aus den Fugen geratene Weltwährungssystem von Bretton-Woods vollends, indem fixe Wechselkurse zwischen dem Dollar und den westeuropäischen und der japanischen Währung abgeschafft wurden zugunsten flexibler, auf den Devisenmärkten sich selbst regulierender Wechselkurse. Damit war die Interventionspflicht der Notenbanken aufgehoben. In der Öffentlichkeit betrachtete man die Bildung eines „Floating-Blocks" der EG-Länder, zwar mit Ausnahme der extrem zahlungsbilanzkranken Länder Italien und Großbritannien, als erfolgreich bestandene Feuerprobe des Auftakts zu einer westeuropäischen Währungsunion. Die innerhalb enger Bandbreiten festen Wechselkurse zwischen den beteiligten EG-Ländern können aber nur dauerhaft gesichert werden, wenn die realwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklung wenigstens einigermaßen synchron verläuft.

Intention des „Block-Floating" ist, die riesigen Devisenzuflüsse, die mit jeder Spekulations- und Dollarkrise verbunden waren, von den EG-Ländern fernzuhalten, so daß eine eigenständige nationale Wirtschaftspolitik, insbesondere eine koordinierte Stabilisierungspolitik, bei abgesicherter außenwirtschaftlicher Flanke betrieben werden kann. Man war der Ansicht, daß feste Wechselkurse die internationale Inflationsübertragung begünstigen, da die Existenz von Leistungsbilanzdefiziten resp. -überschüssen tendenziell einen Ausgleich der nationalen Preissteigerungsraten bewirken. Doch tatsächlich hat das „Block-Floating" weder Währungskrisen noch den Inflationsimport verhindert: bislang sind keine „richtigen" Wechselkurse auf den Devisenmärkten gefunden worden, sondern die Wechselkurse schwanken innerhalb einer Bandbreite von ca. 30 %, ohne zu einem Gleichgewicht zu gelangen. Zudem können Erwartungen über Kursänderungen zu massiven spekulativen Geldbewegungen führen, die der Spekulation Tür und Tor öffnen. In Abwertungsländern verteuern sich die Importe, wodurch die Inflationsrate steigt und sich demnach die Exportfähigkeit verschlechtert; dies provoziert eine erneute Abwertung, die so in einem kumulativen Prozeß landet. In Aufwertungsländern — wie der BRD — verbilligen sich zwar die Importe, doch werden die Verbilligungen wegen der Preisstarrheiten nicht in den Preisen weitergegeben. Verschlechterungen im Exportgeschäft werden durch Preiserhöhungen für Inlandsgüter wettgemacht. Im übrigen ist die Elastizität der Ein- und Ausfuhren in bezug auf Wechselkursänderungen so gering, daß selbst eine beträchtliche Aufwertung der DM noch mit einer Exportsteigerung einhergehen kann. Gleichwohl ist zu erwarten, daß in längerfristiger Perspektive die Aufwertung letztlich doch auf die Exportmengen durchschlägt.

Das System der flexiblen Wechselkurse ist äußerst empfindlich und reagibel; in Zeiten internationaler Hochkonjunktur, wo die Preiskonkurrenz bei weltweiter Inflation nahezu ausgeschaltet ist, vermag dieses System ohne allzu große Eklats zu funktionieren — allerdings wird die internationale Inflationsübertragung genauso wenig verhindert wie bei festen Wechselkursen. Beginnt allerdings der Abschwung, eine weltweite Krise oder Rezession, so setzt unweigerlich eine heftige Abwertungskonkurrenz ein, es sei denn, politisches Management kann hier beschwichtigen. Mit der plötzlichen Verschärfung der internationalen Konkurrenz

[13]) Zur Reform des Weltwährungssystems siehe: „IPW-Berichte", 12/1973, S. 50 ff.

versucht sich jedes Land durch Abwertungen Exportvorteile zu verschaffen und so die drohende Krise und Arbeitslosigkeit auf die „Partner"-Länder abzuwälzen. Diese „beggar-my-neighbour-policy" führte in den 30er Jahren in einen „Abwertungswettlauf", der in eine scharfe Einschränkung des Welthandels mündete. Neben die Exportverbesserung tritt in den Abwertungsländern natürlich die Importverteuerung, welche die Inflation wiederum verstärkt. Unversehens sehnt sich so mancher entschiedene Verfechter flexibler Wechselkurse in solchen Situationen nach einer staatlichen, politisch garantierten Fixierung der Wechselkurse. Eine Abwertungskonkurrenz würde also zu „Wechselkurskriegen" führen, die nur Ausdruck der verschärften Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten sind.

Anläßlich der Verteuerung der Ölimporte ergeben sich Zahlungsbilanzprobleme in vielen kapitalistischen Ländern. Zudem wird die Sicherung und Erweiterung der Exportmärkte angesichts der rezessiven Tendenzen angestrebt. In dieser Situation hatte Japan — trotz flexibler Wechselkurse — den Dollar durch Notenbankinterventionen gestützt, um die Yen-Aufwertung gegenüber dem überbewerteten Dollar abzuschwächen. Damit begann Japan den ersten Schritt im Abwertungswettlauf [14]). Sodann zeigten sich Widersprüche im „Floating-Block" der EG: Der Kurs des französischen Franc sank an den Devisenmärkten, die Bundesbank mußte den Franc stützen, bis am 20. Januar 1974 die französische Regierung beschloß, den Franc auch gegen die EG-Länder floaten zu lassen, was zu einer de-facto-Abwertung des Franc führte. Freilich ist die offizielle Begründung der Kursfreigabe durch die gestiegenen Ölpreise und die dadurch verschärfte Zahlungsbilanzsituation fadenscheinig; denn die Franc-Abwertung wird die Ölimporte weiter verteuern. Tatsächlich jedoch wird eine Verbesserung der französischen Exportposition angestrebt, deren Konkurrenzfähigkeit gegenüber der BRD und den Benelux-Ländern verbessert werden soll. Zu berücksichtigen sind ferner die relativ höhere französische Inflationsrate und die innenpolitischen Konsequenzen, die eine scharfe Rezession mit erheblicher Arbeitslosigkeit ohne Zweifel nach sich ziehen würde. Damit brechen schon zu Beginn der Rezession die Widersprüche innerhalb der EG offen auf; die anvisierte Währungsunion ist ferner denn je, im „Floating-Block" sind nun lediglich noch die BRD, die Benelux-Staaten und Dänemark, ferner sind Schweden und Norwegen assoziiert.

Für die BRD wäre eine Verringerung der Exporte schon infolge der längerfristigen Anpassung an die veränderten Wechselkurse zu erwarten. Exportiert werden vornehmlich Produktions-, Grundstoff- und Investitionsgüter. Rund 40 % des Exports konzentrieren sich auf die EG-Länder, knapp 9 % gehen in die USA, ca. 6 % in die sozialistischen Länder [15]). Die Wucht des Abschwungs in der BRD hängt daher entscheidend davon ab, inwieweit das Kapital die Exportmärkte halten kann bzw. die neuen Möglichkeiten der Ostkooperation genutzt werden.

3. Strukturkrisen: neue Form chronischer Kapitalentwertung

Strukturwidersprüche zeigen sich in längerfristig anhaltenden disparitären Produktivitätsentwicklungen, chronischen Kapazitätsunterauslastungen, Lohnniveaudifferenzierungen, Ballungs- und Verödungstendenzen u. ä. Zwar existieren und entwickeln sich derartige Widersprüche unabhängig vom Krisenzyklus, jedoch

[14]) Vgl.: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 9. 1. 1974.
[15]) Jahresgutachten, a.a.O., eigene Berechnung nach Tabelle S. 260.

brechen sie im Krisenstadium in aller Schärfe hervor. Regionale und sektorale Strukturschwächen werden durch staatliche Restriktionspolitik entscheidend verschärft.

Dem durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt erzwungenen Strukturwandel widersetzt sich die zunehmende Fixierung des Kapitals; wird die Anlage eines großen Kapitalvolumens entsprechend den kurzfristigen Verwertungsinteressen des Einzelkapitals bestimmt, so wird die sektorale und regionale Mobilität und Flexibilität eingeschränkt. Dies gilt um so mehr, als in der BRD nicht einmal eine „indikative" Planung des Strukturwandels seitens des Staates betrieben wird, vielmehr vertraut man blind der Strukturflexibilität des Kapitals, ohne die durch die zunehmende organische Zusammensetzung des Kapitals und die damit verbundene Fixierungstendenz zu registrieren. So heißt es im Strukturbericht der Bundesregierung von 1969 apodiktisch: „In der Marktwirtschaft vollziehen sich der Strukturwandel und die Anpassung an veränderte Marktbedingungen grundsätzlich durch den Wettbewerb und in eigener Verantwortung des Unternehmens [16])." Die kapitalistische Lösungsform des Widerspruchs zwischen Kapitalfixierung und notwendiger Kapitalmobilität liegt in der permanenten Strukturkrise, mittels derer die chronische Kapitalentwertung vonstatten geht. Damit lassen sich Strukturkrisen einerseits als neue, wichtige Formen der Kapitalentwertung außerhalb des Zyklus charakterisieren. Zum anderen sind sie notwendiger Ausdruck des Strukturwandels. Die „klassische" zyklische Krise verschärft die Strukturkrisen und forciert somit den Strukturwandel. Damit erhält die zyklische Krise für den Prozeß der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine neue Funktion.

Die zunehmende Kapitalfixierung erweist sich letztlich als relative Schranke der Kapitalentfaltung; das Kapitalverhältnis gerät mit seiner ihm inhärenten Akkumulationstendenz in permanenten, nicht nur zyklisch wiederkehrenden Widerspruch. Nur durch staatlich organisierte Kapitalent- und -verwertung (z. B. Verstaatlichungsmaßnahmen, Subventionen, staatlich organisierte Brachlegung von Kapital, Warenaufkauf durch den Staat etc.) läßt sich die Kapitalakkumulation fortführen [17]).

Der Grundtatbestand von Strukturkrisen liegt vor, wenn infolge neuer Technologien neue Produktionsmittel, seien es Arbeitsmittel, sei es Arbeitsgegenstand, in kurzer Zeit unter dem Druck der Konkurrenz eingeführt werden müssen. Folgewirkungen sind in der Regel niedrige Kapazitätsauslastungen, Freisetzung von Arbeitskräften, teilweise Brachlegung von Kapital, gewaltige Zentralisationstendenzen (z. B. in der Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Textilindustrie). Häufig sind Branchenkrisen mit Regionalkrisen eng verknüpft, besonders bei einseitiger Industriebesiedlung. Dies tritt kraß zutage in der Textilbranche und im Steinkohlenbergbau [18]).

4. Stagflation: neue Form des Konjunkturabschwungs

Brachte der traditionelle Zyklus im Abschwung sowie in der Depression einen allgemeinen Preisverfall, nachdem im Zuge der flotten Konjunktur die Preise gestiegen waren, so scheinen die heutigen Formen der Rezession nicht mehr zum Preisabfall auszureichen; im Gegenteil: der Preisanstieg verlangsamt sich

16) Strukturbericht 1969 der Bundesregierung, Bonn, BT-Drucksache V/4564, S. 4.
17) Vgl.: R. Katzenstein, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: „Probleme des Klassenkampfs", H. 8—9/1973, S. 8 ff.
18) Vgl. J. Goldberg, Wie sicher sind die Arbeitsplätze? In: „Marxistische Blätter", 1/1974, S. 30.

kaum noch, trotz gesunkener Nachfrage. Die Ursachen sind vielfältig: 1) Da die Überakkumulation von Kapital sich nur noch selten in der Überproduktion von Waren äußert, statt dessen aber die Kapazitäten unterdurchschnittlich ausgelastet werden, werden die Fixkosten der nicht ausgelasteten Kapazitäten auf die Ölpreise aufgeschlagen, somit monopolistisch überhöht; 2) freilich kann dies nur gelingen bei entsprechender Vermachtung und Monopolisierung der Produktion, wodurch die Preiskonkurrenz zunehmend zurückgedrängt wird. Da ein Großteil der Märkte in der BRD „oligopolisiert" ist, d. h. nur eine geringe Anzahl von Anbietern vorhanden ist, bedarf es nicht einmal traditioneller Kartellvereinbarungen, um Monopolpreise setzen zu können. Diese „altmodische" Verhaltensweise der Monopole ist längst durch flexiblere, sogenannte oligopolistische Preisstrategien wie Preisführerschaft, abgestimmtes Verhalten, Parallelverhalten, Marktinformationssysteme etc. ersetzt, die wettbewerbsrechtlich de facto nicht kontrollierbar sind [19]). 3) Die kapitalistische Wirtschaftspolitik ist jedoch — je nach politischer Couleur — mehr oder minder darauf bedacht, das Ausmaß des Abschwungs und der Krise in politisch tragbaren Grenzen zu halten. So werden die endogenen Depressionstendenzen, die auf eine relative Inflationsabschwächung hin tendieren, vorzeitig abgebrochen, indem der Staat in eigener Regie Investitionsprogramme ankurbelt. Freilich vermag der Staat dadurch nicht die für die Akkumulation notwendige Kapitalentwertung aus der Welt zu schaffen; er tauscht nur die eine Form der Kapitalentwertung, die des absoluten Produktionsrückgangs, aus gegen andere Formen chronischer Kapitalentwertung (z. B. Geldentwertung, teilweise Brachlegung von Kapital während des gesamten Zyklus etc.). 4) Existiert ein fortwährender, vom Zyklus relativ abgehobener Inflationsprozeß, so impliziert dies die Notwendigkeit eines über den gesamten Krisenzyklus verstetigten Kampfes der Arbeiterklasse zur Sicherung und Erhöhung der Reallöhne. Ließen sich einst nur merkliche Lohnsteigerungen im Boom erkämpfen, während im Abschwung und in der Depression die Reservearmee der Arbeitslosen das Lohnniveau drückte, so ist heute zum einen die Kampfkraft der Arbeiterklasse gestiegen, zum anderen ist die zeitliche Verzögerung zwischen Anstieg der Profite und Nachziehen der Löhne gewachsen. So steigt noch in der Abschwungsphase infolge gewerkschaftlich erkämpfter Lohnzugeständnisse der Druck auf die Profitrate, so daß das monopolisierte Kapital in der Stagnation bestrebt ist, Preiserhöhungen durchzusetzen.

Stagflationserscheinungen existierten in ausgeprägter Form erstmals in den USA 1969/70 und in Großbritannien 1969—71. In der BRD stieg der Verbraucherpreisindex in den ersten fünf Zyklen kontinuierlich an, freilich folgte der Preisabfall stets dem Konjunkturabschwung, hingegen immer schwächer und mit wachsender zeitlicher Verzögerung. Die erste ausgeprägte Stagflation herrschte in der BRD 1971/72 [20]).

Die Stagflation als eine typisch staatsmonopolistische Form des Abschwungs und der Krise — allerdings nicht die einzige — straft all jene Lügen, die im täuschenden Strudel liberalistischer Gedankengänge Inflationsprozesse mit Angebots-Nachfrage-Funktionen analysieren und demgemäß Inflation beharrlich auf übermäßige Nachfrageexpansion zurückführen, sei es private, sei es staatliche. Indessen ist die Stagflation klarer Ausdruck durchgängiger, in allen Phasen des Zyklus vorhandener monopolistischer Preispolitik, die selbst bei rückläufiger Nachfrage betrieben wird.

---

[19]) Vgl. den Bericht des Bundeskartellamts über seine Tätigkeit im Jahre 1970, BT-Drucksache VI/2380 v. 28. 5. 1971, S. 10 f.
[20]) Vgl. H.-J. Schmahl, Erstmals Stagflation in der BRD — Ursachen und Konsequenzen. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 1972, S. 127 ff.

5. Stabilitätsprogramme der Bundesregierung: Widersprüche der Globalsteuerung

Ihrem Anspruch nach soll die Globalsteuerung der Wirtschaftspolitik — in ihren Bereichen als Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik — das globale Niveau der Wirtschaft gemäß den gesamtwirtschaftlichen Zielen Geldwertstabilität, Wachstum, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht regulieren. Die Widersprüchlichkeit der Globalsteuerung tritt besonders im gegenwärtigen Zyklus, also bei anhaltend galoppierender Inflation, hervor: wird im Aufschwung expansiv gesteuert, erhöht sich die Inflationsrate, restringiert man, so schwächt man die endogenen Wachstumsprozesse. So sollten das 1. und 2. Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom Frühjahr 1973 den Preisauftrieb abschwächen, obwohl der Aufschwung kaum ausgereift war. Die Verteilungswirkungen der Stabilisierungsmaßnahmen betrafen vornehmlich die Arbeiterklasse, aber auch nichtmonopolistische Zwischenschichten und mittelständische Industrien. Soweit die Restriktionspolitik das Großkapital betraf, z. B. über die Investitionssteuer, konnten die Mehrbelastungen in der Regel auf die Preise überwälzt werden. Neben der Verschärfung der ohnehin latent vorhandenen Branchen- und Regionalkrisen förderten die Stabilitätsprogramme den Zentralisationsprozeß des Kapitals — indes wurde der Preisauftrieb überhaupt nicht gemindert. Sofern die „Bremsen" wirklich griffen, etwa in der Bau- und Textilindustrie, beeinträchtigten sie den Wachstumsprozeß und trugen so zur Verkürzung des Booms bei. Insgesamt läßt sich konstatieren, daß die Stabilitätsprogramme, deren einschneidendste Maßnahmen am 19. Dezember 1973 unter dem Eindruck der Energiekrise, der verstärkten sektoralen Disproportionen und der allgemeinen Abschwungstendenz von der Bundesregierung zurückgenommen wurden, dem Großkapital relative Verteilungsvorteile beschert haben, gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozesse abschwächten und den Inflationsprozeß zügellos vorantraben ließen [21]).

Noch eklatanter wird das Dilemma der Globalsteuerung in der Stagflation: die zur Initiierung des Aufschwungs notwendigen staatlichen Expansionsmaßnahmen widersprechen dem Ziel der Inflationseindämmung, der Zielkonflikt zwischen Inflation und Wachstum scheint unlösbar — die Globalsteuerung ist in der Stagflation absolut untauglich. In dieser Situation ist die Regierung darauf bedacht, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zumindest in bestimmten Grenzen expandieren zu lassen, um wenigstens die schlimmsten Folgen der Rezession zu verhüten; freilich soll dies nicht auf Kosten der Profitrate gehen, also nicht durch Erhöhung der Massenkaufkraft mittels Lohnsteigerungen, sondern mittels Erhöhung der Staatsausgaben [22]). Zudem müssen geld- und steuerpolitische Entlastungen für das Kapital geschaffen werden [23]). Dem Staat obliegt hier also die objektive Funktion, den Kotau vor der Sicherung und Festigung der Profitraten zu organisieren, und zwar durch Einkommenspolitik zur Reduzierung der Lohnforderungen und durch geld- und steuerpolitische Maßnahmen zugunsten der Unternehmer. So stehen in der Stagflation alle Zeichen auf Einkommenspolitik: ökonomischer und politischer Druck auf die Lohnforderungen mit dem Ziel der Stagnation oder Senkung der Reallöhne. In dieser Situation allseits verschärfter ökonomischer Klassenkämpfe befindet sich die BRD zu Beginn 1974. Hier wird die Nibelungentreue zwischen Kapital und Regierung auf die Bewährungsprobe gestellt, hier verstärken sich die Bemühungen, die Funktion der Gewerkschaften zu pervertieren, sie zum „Ordnungsfaktor" zu mißbrauchen.

[21]) Vgl. J. Goldberg, Zum Stabilitätsprogramm der Bundesregierung. In: „Marxistische Blätter", 4/1973, S. 1 ff.
[22]) Jahresgutachten, a.a.O., siehe Ziffer 363, Ziffer 373.
[23]) Vgl. J. Goldberg, Wie sicher sind die Arbeitsplätze?, a.a.O., S. 27.

6. Perspektiven der Verteilungskämpfe

In den ersten vier Monaten 1974 laufen für ca. 12 Mio Arbeitnehmer, d. h. rund die Hälfte der Arbeitnehmer in der BRD, die Lohn- und Gehaltstarifverträge aus[24]). Für 1973 lag der Anstieg der Brutto-Löhne und -Gehälter bei ca. 12,5 %, die Netto-Einkommen stiegen um rund 9 %[25]). Bei einer 8%igen Inflationsrate und einem Produktivitätszuwachs von 6,8 % ergibt sich für den durchschnittlichen Arbeitnehmer ein Reallohnzuwachs von ca. 1 %; Inflationsgewinner waren die Unternehmerseite und vor allem der Staat vermittels überhöhter Steuereinnahmen. Es zeigte sich also ein deutlicher Verteilungsrückstand für die Lohnabhängigen, der auch nicht im Boom wettgemacht werden konnte. Überdies sind in diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt die durch sozialstrukturelle Änderungen erfolgte Vergrößerung der Zahl der Arbeitnehmer sowie die starke soziale Differenzierung innerhalb der „Arbeitnehmer". Für die Arbeiter, insbesondere die unteren Lohngruppen, haben sich durchaus Reallohnkürzungen ergeben. Die Schere zwischen Brutto- und Netto-Löhnen zeigt, daß viele Bezieher kleiner Einkommen inzwischen in die Progressionsstufe bei der Lohnsteuer hineingewachsen sind; so hat sich der Anteil der Lohnsteuer am Brutto-Einkommen von 1969 bis 1973 von 10 auf 15 % erhöht[26]). Diese Steigerung drückt sich vor allem in der sogenannten steuerlichen Grenzbelastung aus, also im Anteil der Abgaben am zusätzlich erkämpften Einkommen. Für einen ledigen Arbeitnehmer mit durchschnittlichem Einkommen wird heute schon mehr als die Hälfte des Einkommenszuwachses weggesteuert[27]).

Die Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen 1973 um ca. 10 %, netto laut Sachverständigenrat um nur 6 %[28]). Hierin wie im Vergleich der Profitentwicklung zwischen 1. und 2. Halbjahr 1973 mag sich schon die beginnende Abschwungstendenz ausdrücken. Freilich verschleiern die den Berechnungen des Sachverständigenrates zugrunde liegenden offiziellen Bilanzangaben die reale Profitentwicklung; insbesondere wird mit der Angabe von Durchschnittswerten die starke Streuung etwa zwischen Einkommen selbständiger Handwerker und dem des Großkapitals völlig aus dem Blick verloren[29]). Ebenso müßte der Rückgang der Zahl der Selbständigen berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen ist die einkommenspolitische Argumentation auf der simplifizierenden Basis Lohnquote kontra Gewinnquote wenig aufschlußreich. Überdies verleitet die Betrachtung kurzfristiger Veränderungen der Verteilung dazu, die grundsätzlichen, seit dem Bestehen der BRD existenten Einkommensdisparitäten in den Hintergrund zu rücken. In einer Untersuchung zur Einkommenskonzentration stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fest: „Die Einkommenskonzentration hat seit 1950 mehr als zehn Jahre lang abgenommen, dann ist sie wieder gestiegen. 1970 war die Verteilungsdisparität etwa genauso groß wie 1950, obwohl es in den Einkommensschichtungen homogener sozialer Gruppen in der Berichtszeit deutliche Nivellierungstendenzen gab. Die Disparität zwischen den einzelnen Gruppen hat indes merklich zugenommen, weil das Durchschnittseinkommen der Selbständigen-Haushalte — vor allem seit 1960 — erheblich stärker gestiegen ist als das der übrigen sozialen Gruppen[30])." Im Jahre 1972 verdiente ein „Selbständiger" monatlich netto 3770

[24]) „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 12/1973, S. 7.
[25]) „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", Januar 1974, S. 69.
[26]) Jahresgutachten, a.a.O., Ziffer 119.
[27]) Ebd., Ziffer 121.
[28]) Ebd., Ziffer 131.
[29]) Siehe: „Die Profite der Aktiengesellschaften der BRD-Industrie 1961—1969", in: „DWI-Berichte", 10/1971.
[30]) „DIW-Wochenbericht", 25/1973, S. 226.

D-Mark, ein Angestellter 1365 DM, ein Arbeiter 1035 DM (ohne Einkommen aus Vermögen), ein Rentner erhielt durchschnittlich 780 DM. Damit verfügen Selbständige über mehr als dreimal so hohe Einkommen wie Arbeitnehmer [31]).

Die antagonistischen Verteilungsinteressen der beiden Hauptklassen, die Macht, mit der aktuell die Kämpfe um die Primärverteilung geführt werden, beweisen, daß „im Lohn nach wie vor die gegensätzlichen Interessen von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse am unmittelbarsten und beständigsten aufeinanderprallen" [32]). Der Kampf um die Erhöhung und Verbesserung des gesellschaftlichen Konsums der Arbeiterklasse über die staatliche Sekundärverteilung hat seine Voraussetzung im Kampf um eine Primärverteilung zugunsten der Arbeiterklasse. Primär- und Sekundärverteilung dürfen ebenso wenig gegeneinander ausgespielt werden wie der Kampf für individuelle und gesellschaftliche Konsumtion. Beide Ziele dienen der einheitlichen Aufgabe, den Anteil der Arbeiterklasse am Wertprodukt zu erhöhen.

In diesen Verteilungskämpfen zeigt sich, daß die ökonomische Kraft des Großkapitals gewachsen ist: seit Mitte der 60er Jahre befindet sich das BRD-Kapital in einer umfangreichen Zentralisationswelle, der dritten in der Geschichte des deutschen Imperialismus [33]). Vollzog sich die erste um die Jahrhundertwende zu Beginn des Imperialismus, die zweite in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, so zeichnet sich die gegenwärtige Welle vor allem durch die starke Internationalisierung der Zentralisation und die zunehmenden staatlichen Förderungsmaßnahmen aus. Dieser verschärften Machtzusammenballung muß die Arbeiterbewegung mit neuen Kampfzielen entgegentreten: allein zur bloßen Sicherung des Reallohns sind die traditionellen Tarifkämpfe unzureichend; Preisstopps und Preiskontrollen — das zeigen die Erfahrungen aus anderen kapitalistischen Ländern — sind nur sinnvoll bei demokratischer Kontrolle der Investitions- und Preispolitik durch die Organisationen der Arbeiterklasse. Eine wirksame Machteinschränkung des Großkapitals, somit eine Bekämpfung der Inflation und des Drucks auf die Reallöhne und eine Zurückdrängung der politischen Macht des Monopolkapitals, liegt allerdings allein im Kampf um die Verstaatlichung und demokratische Kontrolle der Großkonzerne.

II. Die Krise in der Energieversorung

1. Die aktuellen Auswirkungen der „Ölkrise" auf Lohnarbeit und Kapital

Nirgendwo tritt die Berechtigung der Forderung nach Preisstopp, Preiskontrolle, Verstaatlichung, demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung stärker zutage als in der gegenwärtigen sogenannten „Ölkrise". Die rapiden Preissteigerungen für Heizöl und Benzin sowie Gas, dessen Preise in monopolistischer Vertragsmanier an die des schweren Heizöls automatisch gekoppelt sind, vergrößern die oben analysierte Einkommensschere zwischen Arbeit und Kapital. Diese Verteuerung der Lebenshaltung ist für die Lohnabhängigen auch deshalb gravierend, weil sie in der Mehrzahl auf diese Ölprodukte nicht verzichten noch auf Substitute zurückgreifen können. Nachdem die nationale Kohleproduktion mit Hilfe aller Bundesregierungen durch die internationalen Ölmonopole niederkonkurriert und durch Installation von Ölheizungen in den Haushalten der innere Markt ge-

31) „DIW-Wochenbericht", 49/1973, S. 452.
32) F. Rische, Reallöhne und Profite in den gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen. In: „Marxistische Blätter", 1/1974, S. 22.
33) H. Tammer, BRD-Monopole auf Kurs zu internationalen Dimensionen. „IPW-Forschungsheft", 4/1973, S. 12 ff.

schaffen worden war, sah das Ölkartell, obwohl es zunehmend am gesamten Energiegeschäft Teil hat, keinen Anlaß, etwaige Substitutionsmöglichkeiten im Konsum der diversen Energieträger zu garantieren. Zweitens können die Lohnarbeiter nicht auf ihr Automobil verzichten, weil das unzureichende und teure öffentliche Nahverkehrssystem keine Alternative für die Gewährleistung der notwendigen (räumlichen und zeitlichen) Mobilität der Arbeitskräfte vom Wohnort zur Arbeitsstätte und zurück darstellt. Auch hierbei zeigt sich, daß der Kampf um Lohnerhöhungen und für Preisstopp sowie der Kampf um Erhöhung und Verbesserung des gesellschaftlichen Konsums (z. B. Verkehrswesen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen) zwei untrennbare Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse sind.

Wie wirkt sich die sogenannte „Ölkrise" auf das Kapital aus? Wirkt sie verschärfend auf den zyklischen Abschwung ein? Tritt sie in den einzelnen Branchen in unterschiedlichem Ausmaß in Erscheinung? Inzwischen ist jedem Bundesbürger klar geworden, daß es keine reale Verknappung im Ölhandel zwischen den Ölförder- und -verbraucherländern gegeben hat, wohl aber eine künstliche Zurückhaltung des Ölangebots durch die „Sieben Schwestern", die internationalen Ölmonopole. In einem Gespräch zwischen Bundeswirtschaftsministerium und den Vertretern von Aral, Esso, Texaco, Shell, Gelsenberg, BP, Elf, Agip u. a. wurde dies am 21. November 1973 eingestanden:

„Ausgangspunkt der Gespräche war die Tatsache, daß — entgegen den bisher bekannt gewordenen Zahlen und Meldungen — sowohl im Oktober als auch im November die Belieferung der Bundesrepublik mit Rohöl, und zwar sowohl aus deutschen wie aus ausländischen Häfen, fast völlig normal war [34])."

Der britische „Economist" vermeldet im Dezember, daß aufgrund eigener Recherchen in arabischen Ölhäfen keine Boykottaktionen festzustellen seien. Vielmehr lasse sich eine Steigerung des Ölumschlags von ca. 40 % gegenüber dem Vorjahr feststellen [35]).

Somit wirkt sich die „Ölkrise" nicht direkt in einer realen Versorgungsknappheit auf die Kapitalverwertung aus, sondern in den Ölpreissteigerungen, die den Ölmonopolen Extraprofite gegenüber dem übrigen Kapital garantieren (der Sachverständigenrat nennt diese „Knappheitsrenten", die er unverblümt eingesteht). Die Preiserhöhungen tangieren die Industriezweige in unterschiedlichem Maße. Wenn auch die Energiekosten einen durchschnittlichen Anteil von 4,2 % an den Gesamtkosten ausmachen, so beeinflussen sie die energieintensiven Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien ungleich stärker. Diese wachstumsintensiven Industriezweige, darunter die Stahlindustrie und die Chemieindustrie, welche Öl nicht nur als Brenn- und Wärme-, sondern als Rohstoff benötigt, absorbieren rund drei Viertel des gesamten Energieverbrauchs [36]).

„Eine Sachverständigengruppe der EWG ermittelte eine durchschnittliche Energiekostenbelastung aller Wirtschaftszweige der Bundesrepublik von 4,2 % im Jahre 1960. In einzelnen Bereichen, wie beispielsweise in der eisenschaffenden Industrie (20,9 %), in der Chemie (12,2 %), in der NE-Metallindutsrie (10,3 %), in der Industrie der Steine und Erden und in der Glasindustrie (14,4 %) hat der Kostenfaktor Energie jedoch ein bedeutend stärkeres Gewicht, wodurch sich auch sein Einfluß auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit entsprechend erhöht [37])."

[34]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 22. 11. 1973.
[35]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 18. 12. 1973.
[36]) Siehe K. Koch / R. Krengel, Der Kostenfaktor Energie in der westdeutschen Industrie, Berlin (West) 1962, S. 11.
[37]) J. Kruse, Energiewirtschaft, Westberlin - München 1972, S. 45.

Freilich ist nicht allein der Kostenaufwand für den Energieverbrauch insgesamt entscheidend, sondern in der augenblicklichen konjunkturellen Abschwungsphase der prozentuale Anteil der Ölkosten an den Gesamtkosten der Branchen. Dieser Kostenanteil ist wiederum sehr verschieden in den jeweiligen Branchen:

Endenergie- und Heizöl S-Verbrauch ausgewählter Industriezweige lt. Energiebilanz

Eisenschaffende Industrie	*1960*	*1965*	*1970*
Endenergieverbrauch insgesamt 1000 t SKE	*26 462*	*26 108*	*31 401*
davon Heizöl S in %	*5,8*	*12,6*	*14,9*
Steine und Erden			
Endenergieverbrauch insgesamt 1000 t SKE	*8 675*	*10 549*	*10 470*
davon Heizöl S in %	*14,0*	*33,6*	*46,5*
Chemische Industrie			
Endenergieverbrauch insgesamt 1000 t SKE	*11 454*	*13 193*	*16 721*
davon Heizöl S in %	*11,9*	*27,1*	*24,4*
Zellstoff-, Papier-, Pappeerzeugung			
Endenergieverbrauch insgesamt 1000 t SKE	*2 294*	*2 612*	*3 343*
davon Heizöl S in %	*24,1*	*38,6*	*54,8*

Quelle: Die Mineralölindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Institut für Bilanzanalysen, Frankfurt/M 1972, S. 24.

Somit wirken sich Preissteigerungen beim Heizöl äußerst unterschiedlich auf die Branchen aus, in dieser Tabelle insbesondere auf die Gruppe zwei und vier. Freilich werden diese Zahlen wiederum dadurch relativiert, daß die Eisenschaffende und die Chemische Industrie einen hohen absoluten Energieverbrauch aufweisen, der sich in der Kostenstruktur des vorgeschossenen Kapitals stärker bemerkbar machen kann als in weniger energieintensiven Branchen. Trotz des durchschnittlich relativ geringen Kostenanteils der Energie und des — gemessen am Wachstum der Industrieproduktion — rückläufigen Anteils des Energieverbrauchs in der Industrie insgesamt bleibt doch die Tatsache bestehen, daß zum einen in einigen Wachstumsindustrien der spezifische Energieverbrauch nur wenig zurückgegangen ist und daß zweitens für die aktuelle Konjunkturlage folgende Erschwerung der Kapitalverwertung hinzukommt, die auch schon in der Rezession 1966/67 wirkte:

„So stieg der spezifische Energieverbrauch der verarbeitenden Industrie im Jahre 1967 — erstmals seit 1953 — an. Da in diesem Jahr die Produktion rückläufig war, läßt sich vermuten, daß in einigen Industriegruppen in gewissem Umfang ein fixer Energiebedarf unabhängig davon besteht, inwieweit die Produktionsanlagen tatsächlich ausgelastet sind" [38]).

Es muß also festgehalten werden, daß in einer Periode tatsächlichen Null-Wachstums, der Brachlegung von Kapital und nicht ausgelasteter Kapazitäten die

38) Sieben Berichte, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom RKW, Erster Band, Frankfurt/M 1970, S. 69.

Profitrate des insgesamt überakkumulierten Kapitals durch einen fixen Energiekostenanteil bei unterschiedlicher Betroffenheit der Branchen weiter sinken wird. Gleichzeitig entstehen inflationäre Prozesse infolge der Weitergabe der Preiserhöhungen des Rohöls an die Endprodukte sowie durch die energetische Substitutionskonkurrenz, zumal die ökonomische Verflechtung der Erdöl-Monopole mit den Gas- und Atomenergieerzeugern z. B. solche Maßnahmen nahelegt.

„Aber höhere Preise für Erdöl bedeuten auch höhere Preise für Erdölprodukte. Teuerer werden dann z. B. Synthese-Fasern für die Textilproduktion, Kunststoffe für die Elektroindustrie, Synthese-Kautschuk für die Automobilindustrie, Kunstharze für die Farbenindustrie, Verpackungen im Einzelhandel, Düngemittel für die Landwirtschaft und Kosmetika. Erdöl und Erdölprodukte stehen in Konkurrenz zu anderen Waren: das Erdöl zur Kohle, die Kunstfaser zur Wolle, der Kunststoff zu Holz oder Gummi. Der Mangel an Erdöl und Erdölprodukten und die steigenden Preise für diese Waren führen zu einer Verlagerung der Nachfrage auf die Substitutionsgüter, deren Preise dadurch ebenfalls angehoben werden [39])."

Im Übergang von der Primär- zur Sekundärenergie im Industrialisierungsprozeß nach 1945 sind die indirekten Energiekosten gestiegen, d. h. die Bedeutung jener mittels des Öls (als Wärmeenergieträger) oder aus Öl (als Rohstoff) hergestellten Produkte ist gestiegen, die als Vorleistungen in den Produktionsprozeß eingehen und aufgrund von Rohölpreissteigerungen kumulative Wirkungen auf das gesamte Preisgefüge der kapitalistischen Warenwelt zeitigen.

2. Die Entwicklung des Energiesektors in der BRD

Als in den 50er Jahren der Siegeszug des Erdöls auf dem Weltenergiemarkt begann, fanden die internationalen Erdölmonopole zwei günstige Bedingungen in der BRD vor. Erstens war die Steinkohle in der BRD wie in Großbritannien der Hauptenergieträger auf dem westdeutschen Markt; da die Steinkohlenförderung sich zunehmend verteuerte und diese Teuerung u. a. sich auf den gerade einsetzenden Wechsel von der Primär- zur Sekundärenergieproduktion im Gefolge des Übergangs von der extensiv zur intensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals auswirkte, fand das überproduzierte billige Erdöl einen aufnahmebereiten Markt vor. Zweitens wurde der von Zechenstillegungen und Massenentlassungen von Bergarbeitern begleitete ruinöse Konkurrenzkampf durch eine „liberalistische" Wirtschaftspolitik der Bonner Regierungen begünstigt.

Der Energieverbrauch in der BRD nach ausgewählten Energieträgern

(in 1000 t SKE)	*1950*	*1960*	*1969*
Steinkohlen	*98 678*	*128 352*	*101 690*
Mineralöl	*6 285*	*44 376*	*160 391*
Kernbrennstoff	—	—	*1 698*
Erdgas, Erdöl-, Gruben- und Klärgas	*18*	*877*	*13 118*
(in %)			
Steinkohlen	*72,8*	*60,7*	*32,3*
Mineralöl	*4,6*	*21,0*	*50,9*
Erdgas, Erdöl-, Gruben-Kernbrennstoff	—	—	*0,5*
und Klärgas	*0,0*	*0,4*	*4,2*

Quelle: J. Kruse, Energiewirtschaft, Berlin (West)-München 1972, S. 36.

Das, was als wirtschaftlich vernünftig und unabwendbar erklärt wurde — nämlich das Zechensterben und die Abkehr von einer planmäßigen nationalen Energieversorgungspolitik —, diente der gezielten Förderung der Profite der Erdölkonzerne. Mit Stillegungsprämien und Konzentrationsförderungen, die ihren Höhepunkt in der Bildung der Ruhrkohle AG 1968 fanden, einerseits und hohen Heizölsteuern und dem staatlichen Gebot freiwilliger Selbstbeschränkungen der Expansionsgelüste der Erdölmonopole andererseits glaubte man, der Energieversorgung Herr werden zu können. Die Mineralölsteuer des BRD-Staates macht ca. 60 % des Erdölpreises aus. 14 % der gesamten Steuereinnahmen des Bundes bzw. 14,23 Mrd DM werden aus der Mineralölsteuer gewonnen [40]). Eine weitere angebliche Schutzmaßnahme für die einheimische Kohleförderung bestand in der Importbeschränkung der im Tagebau billiger produzierten US-Kohle sowie in dem Versuch, ein auf freiwilliger Basis beruhendes Kohle-Öl-Kartell 1959 zu gründen, das eine beide Energieträger begünstigende Koordination von Angebot und Nachfrage zu gewährleisten hatte [41]). Dieses Kartell flog sofort auf, als die erste Bewährungsprobe anstand. Dadurch, daß die Bundesregierungen lediglich über die Preisregulierung auf die Energieträger einzuwirken versuchten und weder an Verstaatlichungen noch an den Plan einer einheitlichen Energieversorgung durch ein Verbundsystem einander ergänzender und/oder substituierender Energieträger dachten, war von vornherein das kurzfristige Profitinteresse einzelner Monopole im Energiesektor garantiert. Somit ist Biedenkopf zu einem gewissen Grad recht zu geben, wenn er schreibt:

„Die Entscheidung der Bundesregierung, das Absatzproblem der Kohle durch Schutzmaßnahmen und nicht durch eine Anpassung der Förderung an die Nachfrage zu lösen (was natürlich bei privatkapitalistischer Förderung und fehlender staatlicher Planung genauso anarchisch wäre — d. Verf.), war von grundsätzlicher Bedeutung. Sie bestimmte die Entwicklung der Kohle- und Energiepolitik der vergangenen neun Jahre und die zum Schutz der Kohle ergriffenen zusätzlichen Maßnahmen. Zugleich brachte sie die Bundesregierung in ein ‚policy dilemma', aus dem sie sich bis heute nicht befreien konnte. Es beruht im wesentlichen auf dem Versuch, den Absatz der Kohle zu sichern, ohne den Energiemarkt insgesamt, insbesondere ohne den Markt der Substitutionsenergien zu regeln [42])."

Noch das im September — also vor der „Ölkrise" — veröffentlichte Energieprogramm der Bundesregierung, das den Namen Programm nicht verdient, hatte eine schrittweise Senkung der Kohleförderkapazität auf 83 Mio Tonnen im Jahre 1978 vorgesehen. Daneben existieren Schutzmaßnahmen gegen ausländische Energielieferanten und -produzenten in einer Meldepflicht (und nicht mehr!) für Raffinerie- und Rohr-Leitungsbauten sowie eine Lizenzpflicht für Ölimporte. Die sogenannten Verstromungsgesetze sehen eine Förderung des Baus von Kohleheizwerken vor, so daß der Kohle 50 % der Erzeugung elektrischer Energie gesichert sein sollen. Hinzu kommen Gesetze über eine Mindestvorratsbildung für Ölimporte. Wie nach jeder Krise tauchen wie Phönix aus der Asche aufwendige Pläne zur Neuordnung des Energiesektors von seiten der Bundesregierung und des Kapitals auf, deren Realisierung stets ungewiß bleibt. Um die Stückwerkpolitik auch dieser Konzepte zu demonstrieren, sollen nur einige

39) Sondergutachten des Sachverständigenrates „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise", Bundestags-Drucksache 7/1456, Ziffer 13.
40) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 26. 1. 1974; vgl. Die Mineralölindustrie . . ., a.a.O., S. 5.
41) Vgl. hierzu ausführlicher: W. Pruskil, Geographie und staatsmonopolistischer Kapitalismus, Gotha/Leipzig 1971.
42) K. H. Biedenkopf, Thesen zur Energiepolitik, Heidelberg 1967, S. 16; vgl. A. Jaumann, Die Rolle der Energiewirtschaft für unsere wirtschaftliche Entwicklung, o. O. 1973, S. 21 f.

Kernpunkte skizzenhaft dargestellt werden, um ihnen ein an den Interessen und Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung orientiertes antimonopolistisches Energieprogramm gegenüberzustellen.

3. Die energiepolitischen Pläne der Bundesregierung und die antimonopolistischen Forderungen

Die offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung laufen auf folgendes hinaus:

1) Im neuen sogenannten „Entwicklungshilfe-Steuergesetz" sollen steuerliche Erleichterungen von privaten Kapitalinvestitionen in der Dritten Welt auf Ölförderländer ausgedehnt werden.

2) Das staatliche Garantie- und Bürgschaftsinstrumentarium zur Absicherung von Krediten des Finanzkapitals an politisch „instabile" Länder soll neben der reinen Exportfinanzierung stärker die Rohstoff- und Energieprojekte einschließen.

3) Die sogenannte „Entwicklungshilfe" soll stärker als bisher „im Dienste der Rohstoffsicherung" stehen, d. h. es werden Kapitalhilfen vorzugsweise in politisch „stabilen" Ländern wie im Iran gewährt, die nicht primär dem Aufbau der einheimischen Industrie dienen, sondern nur mittels westdeutscher Kapitalbeteiligung eingesetzt werden.

4) Die staatlichen Betriebe bzw. Betriebe mit staatlicher Aktienmehrheit, wie die jüngst aufgekaufte Gelsenberg AG, die VEBA und Salzgitter AG, sollen stärker ins Energiegeschäft einsteigen, freilich als Juniorpartner der multinationalen Energie-Monopole. Wie sehr die nationalen Erdölversorgungsgesellschaften von der Bundesregierung benachteiligt werden und den internationalen Monopolen ausgeliefert werden, schildert der Vorsitzende der „Deminex", in der acht bundesrepublikanische Erdölgesellschaften zusammengeschlossen sind, um den Aufschluß, den Erwerb oder die Mitbeteiligung an Erdöl- und Erdgaslagerstätten zu koordinieren. Zunächst war eine staatliche Investitionsförderung im Ausland vorgesehen. Als jedoch ein Viertel des staatlich zugesagten Darlehens gezahlt worden war, wurde der Rest 1966 ersatzlos gestrichen. „Dem System unserer marktwirtschaftlichen Ordnung entsprechend hat die Bundesregierung auf die Gründung einer Staatsgesellschaft verzichtet. Ebensowenig wurde die Schaffung einer sogenannten ‚Einheitsgesellschaft' angestrebt. Den geeigneten Weg zur Erreichung ihrer Ziele sah die Bundesregierung vielmehr in einer verstärkten Mitwirkung der unabhängigen deutschen Mineralölindustrie [43])."

5) Das erst im September 1973 verabschiedete „Energieprogramm" der Bundesregierung soll angesichts der veränderten Versorgungslage überprüft werden. Das Programm geht von einem auch 1985 kaum veränderten Anteil des Mineralöls an dem Energieverbrauch von 54 % aus [44])! Es sollen die Kernenergie,

[43]) Die Mineralölindustrie . . ., a.a.O., S. 40 f.

[44]) Solche Prognosen sind auf Sand gebaut, wenn man bedenkt, daß weder eine klare Programmatik hinsichtlich der staatlichen Beeinflussung und Koordinierung langfristiger Entwicklungstrends in der Energieproduktion vorliegt noch die Unterstützung des israelischen Imperialismus und der ökonomische, politische und ideologische Kampf der BRD gegen die nationalrevolutionären Staaten und Befreiungsbewegungen in den Ölförderländern aufgegeben wird, so daß stets eine Versorgungsunsicherheit auftreten muß. Wie stark die Energie-Prognosen den ökonomischen Profitgesetzen des Kapitals ausgeliefert sind, demonstriert anschaulich das 1961 vorgelegte Gutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Institute in ihrer „Untersuchung über die Entwicklung der gegenwärtigen und zukünftigen Struktur von Angebot und Nachfrage in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung des Steinkohlenbergbaus", Berlin (West) 1962, S. 236, wo von einer viel zu niedrigen Quote des Ölkonsums für 1975 ausgegangen wird.

Kohlevergasungsverfahren, Erdgasbohrungen sowie die Suche nach und Nutzung von nationalen Ölressourcen gefördert werden. Aber diese Maßnahmen bleiben Einzelpläne, sie fügen sich in kein rationales „Langzeitprogramm" ein.

6) Die Genehmigungs- und Prüfungsfristen für Energieinvestitionen sollen vereinfacht und verkürzt werden. Wörtlich: „Friderichs kritisiert seit geraumer Zeit — aber jetzt mit mehr Resonanz — die Mißstände sowohl im Raffinerie- wie im Kernreaktorbereich, wo Anträge zum Bau oder zur Erweiterung einer Anlage zum Teil jahrelang unbearbeitet bleiben" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26. 11. 1973).

7) Schweres Heizöl soll durch Kohle ersetzt werden. Das betrifft vor allem die Stahlindustrie und die Elektrizitätswerke, langfristig evtl. die Petrochemie.

8) Die 10%ige Investitionssteuer wurde für die Energiewirtschaft ausgesetzt.

9) Höchstpreise werden für Öl nicht festgesetzt. Die Bundesregierung sieht sich außerstande, die Ölkonzerne in ihrer Preis-, Beschaffungs- und Verteilungspolitik zu kontrollieren, geschweige denn zu beeinflussen.

Dagegen erkennen immer mehr Gewerkschafter, fortschrittliche Sozialdemokraten und Kommunisten die Notwendigkeit eines einheitlichen Kampfes für die Sicherung einer nationalen Energieversorgung auf der Grundlage eindeutig antimonopolistischer Forderungen, von denen hier nur einige zentrale genannt werden können [45]).

1) Preisstopp für alle Energieprodukte, Reduzierung der Heizölpreise auf den Stand vom Oktober 1973.

2) Verstaatlichung der Energiewirtschaft (nationale Erdöl- und Erdgas- sowie Kohlelagerstätten, Pipelines, Raffinerien, Tankanlagen) bei demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften.

3) Maximale und optimale Nutzung der nationalen Energiequellen ohne den mit der Profitwirtschaft verbundenen Raubbau an der Natur.

4) Kohle muß stärker als bisher anstelle von Heizöl und Erdgas zur Erzeugung von Wärme und Elektrizität in der Industrie sowie in Kraft- und Heizwerken eingesetzt werden. Dort wird gegenwärtig ein Viertel des Heizöls verfeuert. Erdgas und Mineralöl müssen vorwiegend als Rohstoffe in der chemischen Industrie und als Kraftstoffe im Verkehrswesen sowie als Brennstoffe in den Haushalten Verwendung finden. Denn in diesen Bereichen würde der Einsatz von Kohle für die Bevölkerung zu untragbaren Mehrbelastungen führen bzw. technisch nicht durchführbar sein.

5) Herstellung und Entwicklung stabiler freundschaftlicher Beziehungen zu den Exportländern von Energie, zu den jungen Nationalstaaten und den sozialistischen Ländern.

6) Der Import von Mineralöl und Erdgas muß unter Ausschaltung der Ölkonzerne erfolgen. Die Nationalstaaten sind in ihrem Versuch zu unterstützen, sich vom Einfluß internationaler Monopole zu befreien.

---

45) Diese demokratischen Forderungen sind im Kern im Grundsatzprogramm des DGB ebenso enthalten wie in Erklärungen der IG Bergbau und Energie, wenn auch nicht immer konsequent genug. Auf ihrem jüngsten Bundeskongreß haben die Jungsozialisten als Arbeitsgemeinschaft in der SPD die Verstaatlichung der Ölkonzerne gefordert. Das bislang einzige ausführliche Programm hat die DKP am 15. Dezember der Öffentlichkeit vorgelegt; siehe „Für eine Energiepolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung! Energiepolitisches Programm der DKP. Entwurf" sowie die Diskussionsmaterialien der Konferenz.

Zur Koordinierung einer nationalen Energiepolitik der verstaatlichten Energiewirtschaft sollte eine Nationale Energie-Kommission gebildet werden. Sie müßte paritätisch besetzt sein aus Vertretern der Belegschaften der Energiebetriebe und der Gewerkschaften einerseits und aus Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen andererseits. Ihre Aufgabe wäre, eine planmäßige, rationelle, soziale und demokratisch zu organisierende und zu koordinierende Energiepolitik zu verfolgen.

Zur Lage in den USA

Von Martin Hall, Los Angeles

Alle äußeren Anzeichen scheinen auf einen baldigen Showdown zwischen Präsident Nixon und dem Kongreß hinzudeuten. Der Skandal wegen der Tonbänder, deren Aushändigung an den Sonderbevollmächtigten Jaworski Nixon noch immer verweigert, hat inzwischen geradezu lächerliche Ausmaße angenommen. Da waren zunächst die nach wie vor aus unerklärlichen Gründen fehlenden 18 Minuten auf der wichtigen Bandaufnahme von einer Unterhaltung des Präsidenten mit seinem damaligen Anwalt Dean. Dann wurde bekannt, daß es Haldeman lange nach seinem erzwungenen Rücktritt erlaubt worden war, eine Anzahl Tonbänder mit nach Haus zu nehmen und sie für einige Tage zu behalten. Schließlich — als wären das noch immer nicht genug Enthüllungen — wurden vier Tonbänder, die sowohl von Jaworski als auch vom Untersuchungsausschuß des Senats angefordert und auch beiden versprochen worden waren, ganz plötzlich als „nicht existent" bezeichnet. Ein paar Tage später gab man seitens der Central Intelligence Agency (CIA) zu, eine große Anzahl Dokumente und Tonbänder vernichtet zu haben, die mit der Watergate-Untersuchung in Verbindung standen.

Und schließlich blieb eine von Oberrichter Ringer erlassene Anordnung für die Dauer von 10 Tagen auf der Post liegen. In ihr war der Präsident unter Strafandrohung aufgefordert worden, zur Voruntersuchung und danach zur Hauptverhandlung gegen seinen früheren Spitzenberater John D. Ehrlichman und gegen zwei Mitglieder der sogenannten „Klempner-Gruppe", die seinerzeit in die Zentrale der Demokraten im Watergate-Gebäude eingebrochen waren, persönlich zu erscheinen. Diese erste an einen Präsidenten gerichtete richterliche Anordnung der amerikanischen Geschichte war nicht einmal als Eingeschriebener Brief abgeschickt worden; ebensowenig hatte man eine Empfangsbestätigung verlangt. Für die verspätete Zustellung gab es keinerlei Erklärung.

Mittlerweile haben Anwälte des Weißen Hauses wissen lassen, der Präsident werde „aus verfassungsrechtlichen Gründen" der richterlichen Anordnung nicht Folge leisten. Außerdem teilten sie Jaworski mit, die von ihm verlangten zusätzlichen Dokumente und Tonbänder würden ihm nicht ausgehändigt, da sie für etwa geplante Anklageerhebungen nicht „wesentlich" seien.

Zum Teil in Reaktion auf diese jüngsten Entwicklungen hat das Repräsentantenhaus mit der überwältigenden Mehrheit von 410 gegen 4 Stimmen beschlossen, seinem Rechtsausschuß — dieser Ausschuß muß die ersten Schritte zur Einleitung eines Absetzungsverfahrens unternehmen — die unbeschränkte Befugnis zu erteilen, das Erscheinen eines jeden Bürgers vor Gericht unter Strafandrohung anzuordnen, sofern vermutet wird, daß der Betreffende über einschlägige Informationen verfügt. Der Watergate-Ausschuß des Senats, der jedes weitere öffentliche und im Fernsehen übertragene Hearing für unbestimmte Zeit verschoben hatte, hat jetzt beschlossen, alle seine Untersuchungsakten dem Rechtsausschuß zu übergeben. Diese Vertagung weiterer Hearings durch den Erwin-Ausschuß war jedoch nur eins von vielen Anzeichen dafür, daß der Kongreß in seiner Gesamtheit vor der unglaublichen Selbstsicherheit und Arroganz des Präsidenten kapitulieren mußte oder doch wenigstens zu kapitulieren schien. Und zwar eines Präsidenten, der — konfrontiert mit einem drohenden Absetzungsverfahren und der möglichen Entfernung aus seinem hohen Amt — sich so verhielt, als sei nichts Außergewöhnliches passiert. Unter dem Beifall der meisten republikanischen Kongreßmitglieder entwickelte der Präsident in seiner Botschaft zur Lage der Nation eine neue Liste von Prioritäten — die demokratische Mehrheit saß derweil auf ihren Händen. Er betonte, ohne äußeren Frieden könne es im eigenen Land keinen Wohlstand geben. Dann begann er mit einer ausführlichen Aufzählung seiner außenpolitischen Erfolge, wobei er Kissingers Bemühungen in der Nahostkrise unterstrich und eine Politik entwarf, durch die die USA bis zum Jahre 1980 im Hinblick auf ihren Energiebedarf unabhängig werden sollen. Einzelheiten darüber, wie dieses Ziel erreicht werden soll, teilte er allerdings nicht mit. Nixon ließ jedoch deutlich werden, daß die Erdölindustrie erneut Investitionsspritzen zur Entwicklung neuer Energiequellen erhalten werde und daß er es ablehne, die phänomenalen Gewinne der großen Erdölgesellschaften durch steuerliche Mehrbelastung zu verringern. Im vergangenen Jahr sind diese Gewinne bis zu 60 %, in einigen Fällen sogar um 80 % gestiegen. Weiter kündigte der Präsident ein neues Gesetz über das öffentliche Gesundheitswesen als Gegenentwurf zu dem Vorschlag Senator Kennedys an und versicherte dabei, er werde dafür sorgen, daß wenigstens in den USA „nie der Tag kommen wird, an dem die Ärzte für die Regierung und nicht für den Patienten arbeiten". Das war Musik in den Ohren der ultrakonservativen American Medical Association.

Es war recht überraschend, als sich Nixon zu einem „historischen Neubeginn" mit dem Ziel verpflichtete, „die Privatsphäre des Einzelnen zu schützen". Diese Worte kamen aus dem Munde des Mannes, der eigenmächtig und ohne jede rechtliche Befugnis im Weißen Haus seine eigene Sicherungsgruppe installierte, um die vielen Personen auf der „Liste der Feinde des Präsidenten" zu beschatten und zu diskreditieren. Nixons Verpflichtung klang daher genau so „wahr" wie etwa sein Versprechen, weder sein neuer Plan für das öffentliche Gesundheitswesen noch seine vorgesehenen Projekte für den schnellen Durchgangsverkehr in den Großstädten würden dem Steuerzahler zusätzliche Belastungen bringen.

Die gleiche arrogante Haltung legte der Präsident an den Tag, als er versicherte, er werde „der Energiekrise das Rückgrat brechen", „den Preissteigerungen entgegentreten" und dafür sorgen, „daß es keine Rezession geben wird".

Es waren genau 24 Stunden nach der Botschaft des Präsidenten zur Lage der Nation vergangen, als seine eigenen Wirtschaftsberater den rosigen Wirtschaftsprognosen Nixons bereits widersprachen und ernsthaft ein Ansteigen der Arbeits-

losenquote um bis zu 8 % und eine bis um 20 % steigende Inflationsrate als möglich bezeichneten.

Aus Nixons Verhalten war klar zu ersehen, daß er den Entschluß gefaßt hatte, eine neue Offensive zu starten, von dem offensichtlichen Ekel der Öffentlichkeit vor den nicht enden wollenden Korruptionsskandalen und Straftaten in den höchsten Kreisen seiner Administration noch zu profitieren, Watergate in Vergessenheit geraten zu lassen und seine Praxis des Regierens von einem Tag zum anderen fortzusetzen. Nach den inzwischen üblichen rhetorischen Schlußfiguren vom großartigen Fortschritt, den seine Regierung bewirkt habe, und von der Grundsteinlegung „für einen Frieden, der Generationen überdauern wird", dachte man allgemein, der Präsident würde seine Rede beenden. Einige Kongreßabgeordnete gingen schon nach vorn, um den Präsidenten aus dem Saal zu geleiten. Man bugsierte sie jedoch zu ihren Plätzen zurück. Der Präsident hatte seine Rede keineswegs beendet. Und was er noch zu sagen hatte, war, wie sich beiläufig herausstellte, der eigentliche und vielleicht auch der einzige Grund für sein Auftreten in der gemeinsamen Sitzung von Repräsentantenhaus und Senat.

Während seiner Rede hatte Nixon mit keinem Wort die tiefe politische Krise erwähnt, zu der sich das Watergate-Syndrom seit mehr als einem Jahr entwickelt hat. Jetzt aber, so erklärte er, wolle er eine persönliche Stellungnahme zu Watergate abgeben. Viel zu lange schon habe sich die Nation auf dieses „unglückliche Ereignis" konzentriert, und es sei höchste Zeit, sich wieder den wichtigen Themen des Tages zuzuwenden. „Ein Jahr Watergate ist genug." Wer ihm zuhörte, der mußte annehmen, daß alle Anschuldigungen gegen seine Administration und gegen ihn persönlich immer wieder aufgewärmt wurden, daß es nichts Neues gebe und daß sowohl der Untersuchungsausschuß des Senats wie auch der Sonderbevollmächtigte den Fall bereits vor Monaten hätte abschließen können. Jaworski als Nachfolger von Archibald Cox — letzteren hatte Nixon entlassen, als er zu nahe an Material geriet, das das Weiße Haus betraf — habe, so stellte Nixon es dar, alle Informationen erhalten, die er „zur Beendigung seiner Untersuchung", zum „strafrechtlichen Vorgehen gegen die Schuldigen und zur Reinigung der Unschuldigen von jedem Verdacht" benötigte.

Mit dieser Aussage wird die Tatsache wegerklärt, daß der Präsident seine Zusage gebrochen hat, dem Sonderbevollmächtigten Jaworksi freie Hand zu lassen und bei dessen Untersuchung voll zu kooperieren. Jetzt hat Nixon sogar begonnen, die von ihm zugesagte Zusammenarbeit mit dem Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses, der die Möglichkeit eines Absetzungsverfahrens untersucht, einzuschränken. Er erklärte, er werde nur dann mit dem Ausschuß zusammenarbeiten, „wenn es mit meinen Verantwortlichkeiten gegenüber dem Präsidentenamt verträglich ist". Mit dem Blick auf einen Kongreß, dessen überwältigende Mehrheit das Vertrauen in ihn ebenso verloren hat wie das Land in seiner Gesamtheit — nach den letzten Umfragen sind nur 28 % der Bevölkerung der Meinung, Nixon leiste gute Arbeit —, schloß er seine „persönliche Bemerkung" mit den Worten: „Ich habe nicht die geringste Absicht, von dem Posten davonzulaufen, auf den mich das Volk gewählt hat."

Nach dieser unglaublichen Darbietung hätte man annehmen können, daß die Demokraten, die immerhin in beiden Häusern des Kongresses über die Mehrheit verfügen, in die Offensive gegangen wären, eine definitive Klärung zwischen dem Präsidenten und Gerichten verlangt und ihn gezwungen hätten, entweder die von

Jaworski angeforderten Dokumente herauszugeben oder das Schauspiel einer Entlassung des Sonderbevollmächtigten zu wiederholen.

Stattdessen wurde die Öffentlichkeit nach Nixons Botschaft zur Lage der Nation und nachdem seine eigenen Wirtschaftsberater den rosigen Prophezeiungen des Präsidenten platterdings widersprochen hatten, Zeuge eines völligen Zusammenbruchs der Opposition. Den Demokraten bot sich die glänzende Gelegenheit, Nixons politische und wirtschaftliche Vorhersagen auseinanderzunehmen und den arroganten Versuch des Präsidenten anzuprangern, das Ausmaß der Vertrauenskrise gegenüber ihm persönlich und gegenüber seiner Administration zu ignorieren. Gewiß, die Führung der Demokratischen Partei kündigte an, sie werde auf Nixon in einer nationalen Fernsehsendung antworten. Doch die Wahl des Parteisprechers in dieser Angelegenheit zeigte bereits einen völligen Mangel an Kampfbereitschaft: der Führer der Senatsmehrheit, Mike Mansfield, der dem Präsidenten nach dessen Rede sogar mit Handschlag gratuliert hatte, war ganz sicher nicht der Mann, der zum Angriff blasen würde.

Mansfield begann mit einer defensiven Aufzählung dessen, was der Kongreß nach seiner Meinung in zwei Jahren geleistet habe; dies sei „zwar nicht weltbewegend, aber doch ein angestrengtes und ausgewogenes Bemühen seitens der Republikaner und Demokraten in gleicher Weise". Als Hauptziele für 1974 nannte er Wahlrechtsreform, Steuerreform, Krankenversicherung und eine Erhöhung des Mindestlohns. Abgesehen von der Befürwortung eines Plans, künftige Wahlen aus öffentlichen Mitteln finanzieren zu lassen, legte er sich weder zu wirtschaftlichen noch zu politischen Vorschlägen fest. Schon der Ton seiner „Widerlegung" war ganz und gar der eines Sprechers der „loyalen Opposition", nicht aber der eines Aufrufs zum Kampf.

Mansfield verglich den Schaden, den das öffentliche Vertrauen durch Watergate erlitten hat, mit der Reaktion auf die Energiekrise im Bereich der Wirtschaft. Die großen Erdölgesellschaften und ihre Konspiration zur Erzeugung einer künstlichen Energiekrise und damit zur Erzielung außergewöhnlicher Profite wurden von ihm nicht kritisiert. Unter Hinweis auf die Aktion des Kongresses für einen Stopp der Bombardierung Kambodschas und für eine Beschränkung der Kriegsvollmachten des Präsidenten behauptete Mansfield weiter, die „Aushöhlung des Systems von Herausforderung und Ausgleich zwischen gesetzgebender, richterlicher und ausführender Gewalt" sei „gestoppt worden".

Zu Watergate meinte Mansfield dann, Nixons Weigerung, zurückzutreten, habe diese Lösung der Krise unmöglich gemacht, und nun sei der Kongreß für ein Impeachment-Verfahren zuständig, das „sauber und sorgfältig" gehandhabt werden müsse. Er sei der Meinung, daß die ganze Angelegenheit noch während der laufenden Sitzungsperiode des Kongresses einer Lösung zugeführt werden könnte.

Und das war alles ... Für die knieweiche Haltung der demokratischen Führung gibt es viele Gründe. Der Hauptgrund besteht jedoch in der Tatsache, daß die Demokratische Partei einfach keine wirkliche Alternative zum sogenannten Programm der Republikaner vorlegen kann. Beide Parteien werden beherrscht von einflußreichen Teilen des militärisch-industriellen Komplexes. Keine der beiden Parteien kann es wagen, etwas gegen die Privilegien der großen Gesellschaften zu unternehmen, sei es auf dem Erdölsektor, in der Autoindustrie oder irgend einem anderen der multinationalen Industriezweige. Sie können nicht einmal

gegen die Steuerprivilegien der Reichen im allgemeinen vorgehen. Beide Parteien arbeiten innerhalb und zugunsten eines Systems, das aufgehört hat, gut zu funktionieren.

Aus diesem Grunde startete ein Mansfield nicht einmal gegen Nixons Rekord-Rüstungshaushalt einen offenen Angriff und konnte ebensowenig eine Wirtschaftspolitik aufzeigen, die eine echte Alternative darstellen würde. Letztere müßte die Verteilung des Reichtums radikal verändern, wenn sie auch nur den Anfang zur Lösung der Probleme Hunger und Ausbeutung der Armen machen soll.

Es hat den Anschein, als warte die Führung der Demokraten auf den vermuteten demokratischen Erdrutsch bei den Kongreßwahlen dieses Jahres in der Hoffnung, ein derartiger Sieg werde die Partei zu neuem Leben erwecken. Das ist offensichtlich auch der Grund dafür, daß die Demokraten keine Eile haben, eine baldige Abstimmung im Repräsentantenhaus über das Verfahren zur Absetzung des Präsidenten zu forcieren. Niemand weiß mit Sicherheit, ob der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses genug Stimmen mobilisieren und ob das Haus als Ganzes für die Absetzung stimmen würde. Ob der Senat, der ein Urteil über Schuld oder Unschuld des Präsidenten fällen müßte, die erforderliche Stimmenzahl und den Mut aufbrächte, Nixon seines Amtes zu entheben, ist sogar noch zweifelhafter. Aus dem gleichen Grunde dringen die Republikaner auf eine baldige Abstimmung über das Absetzungsverfahren in der Hoffnung, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die erforderlichen Stimmen nicht zu haben sind. Je näher die Veröffentlichung der vom Untersuchungsausschuß des Senats und vom Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses vorgelegten Abschlußberichte am Datum der Vorwahlen liegt, um so besser ist es für die Demokraten.

Auf der Seite der Republikaner ist es bezeichnend, daß in den vergangenen Wochen eine Anzahl republikanischer Kongreßabgeordneter und Senatoren angekündigt hat, sich nicht erneut zur Wahl zu stellen. Was die Administration zum Zeitpunkt dieser Zeilen am stärksten beunruhigt, ist die Tatsache, daß Ehrlichman und andere engste Berater Nixons zusammen mit ihren Anwälten nach Washington gereist sind, anscheinend zum Zwecke des „plea-bargaining" zu den weniger schweren Anklagepunkten: mit den diesbezüglichen Eingeständnissen können die Angeklagten Gefängnisstrafen vermeiden oder reduzieren, wenn sie als Gegenleistung sich als Zeugen der Anklage zur Verfügung stellen. Auf diese Weise wäre der Präsident direkter betroffen, als das bisher der Fall ist.

Nixon selbst hat angekündigt, er werde im Juni nach Moskau reisen, wobei er wohl mit einem erneuten außenpolitischen Erfolg heimzukehren hofft. Es ist jedoch zu bezweifeln, ob dies die öffentliche Aufmerksamkeit von den wirtschaftlichen Problemen, die jeden betreffen, und von den Straftaten der Watergate-Affäre wird ablenken können.

Es bleibt die Frage offen, welchen politischen Effekt die sich verschlechternde Wirtschaftslage in den USA auf die Herbstwahlen haben wird; möglich sind eine ernsthafte Rezession, ein schnelles Ansteigen der Arbeitslosigkeit und ein Andauern der Inflation, die schon jetzt den Lebensstandard einer ständig wachsenden Anzahl von Bürgern absinken läßt. Nixons unrealistische, optimistische Prognose, das Schlimmste der Energiekrise sei überstanden, findet nur wenig Glauben, selbst bei den Wirtschaftsexperten der Regierung.

Etwas macht die Zukunft des Landes noch unsicherer: das zunehmende Mißtrauen der Wähler gegenüber beiden Parteien. Die letzte Harris-Umfrage ergab, daß Nixons Popularität auf 30 %, den bisher tiefsten Stand, abgesunken ist. Sie hat jedoch auch gezeigt, daß das Ansehen des Demokraten-Kongresses noch weiter unten rangiert: es hat einen Stand von 21 % erreicht. TRB, Kolumnist mehrerer Zeitungen, kommentiert diese Bewertungen mit den Worten: „Ziemlich viele Dinge reißen sich hier an allen möglichen Orten aus ihren Verankerungen."

Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht

Herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Georg Fülberth, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Hans Karl Rupp. Redaktion: Dr. Horst Ermel.

In der Auslieferung:

1. **Horst Ermel, Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland**
2. **Georg Fülberth, Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zum Ersten Weltkrieg**
3. **Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik**
5. **Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der BRD**

In Vorbereitung:

4. **Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Außenpolitik**
6. **Anne und Gerhard Weiß, Geschichte der deutschen Spaltung von 1945 bis 1955**
7. **Hans Karl Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945**

Je Heft 48 Seiten Umfang, Preis DM 3,—

Pahl-Rugenstein Verlag

Aktuelle Tendenzen auf dem Gebiet der „politischen Bildung"

Von Karin Priester

„Demokratie bedeutet vielen vieles . . ."
(Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, S. 25).

I

In den letzten Jahren ist nicht nur ein verstärktes Interesse an Fragen der politischen Bildung im engeren Sinne, sondern eine nachhaltige Beschäftigung mit „politischer Sozialisation" allgemein festzustellen.

„Politische Bildung", seit nunmehr gut zwanzig Jahren in der Diskussion, hat in den letzten Jahren weitgehend den Geschichtsunterricht in seiner integrations- und loyalitätsbildenden Funktion abgelöst.

Aus der Vielfalt der Gründe, die angeführt werden müßten, um einen derartigen „Wechsel" angemessen analysieren zu können, seien hier nur zwei angeführt:

1) Im Zuge des Übergangs zur monopolkapitalistischen Produktion verliert die *Personalisierung* historischer Prozesse an Bedeutung. Sowohl die ideologisch-legitimatorische wie auch die reale, nämlich direktive und disziplinierende Leitungsfunktion als sichtbare und vor allem spürbare Verkörperung der „Geschichte machenden Männer" tritt in den Hintergrund und mit ihr die dem bisherigen Geschichtsunterricht zugrunde liegende historistische Geschichtsphilosophie. In dem Maße, wie im Bereich der Arbeitsorganisation eine äußerlich-formale Enthierarchisierung in Verbindung mit neueren Management-Techniken (z. B. human relations Modellen) eine bessere Funktionsfähigkeit zu garantieren scheint, wird die Disziplinierung der Arbeitskraft nicht mehr nur zu einem Problem von Befehl und Gehorsam, sondern vorrangig zu einer Frage der vorverlagerten Ausbildung eines bestimmten Sozialverhaltens der Arbeitskraft.

Die Beherrschung und Anwendung von Regulativen, nicht mehr allein durch äußere „Autoritäten", sondern durch die Betroffenen selbst, die Internalisierung von nicht mehr nur reaktiven, sondern selbsttätigen und kreativen Verhaltensweisen muß im Erziehungsprozeß stärker als früher herbeigeführt werden. Eine Verlagerung der Disziplinierungstechniken in den Bereich der Selbstregulierung scheint, so wäre jedenfalls als Hypothese zu formulieren, weitaus reibungsloser den „sozialen Frieden" — das Hauptproblem der bürgerlichen Gesellschaft seit ihrem Bestehen — zu garantieren.

2) Die im Verlauf dieses Übergangs anwachsende Verfilzung von Entscheidungsprozessen im Bereich von Industrie und staatlicher Verwaltung bedingt, daß die in der liberalen Ideologie bedeutsame Trennung von Staat und Gesellschaft an Bedeutung verliert. Ein nach Maßgabe optimaler sozialtechnologischer Erkenntnisse reibungslos funktionierendes Räderwerk, ein nach strukturellen und funktionalen Gesichtspunkten alle Lebensbereiche umfassendes Einheitsgefüge, kurz: das System als tendenzieller *Gesamtbetrieb* wird Gegnern wie Befürwortern zum Orientierungsdatum (vgl. z. B. die Kontroverse um die „formierte Gesellschaft").

Fast zwangsläufig nimmt damit die Bedeutung sozialwissenschaftlicher Theoreme sowohl auf der Ebene des social engineering, wie vor allem auch als Deutungsmuster und Orientierungsmittel zu. Nicht mehr die Orientierung am Staat als quasi metaphysischem Gebilde von eigener Sittlichkeit, sondern die explizite Einbeziehung der gesellschaftlichen Ebene, der „sozialen Gegebenheiten der menschlichen Existenz" (Lepsius) und ihre Normierung und Regulierung wird zur Notwendigkeit eines vorrangig „sinngebenden" Unterrichts.

So schreibt der Soziologe *M. R. Lepsius* in einem wissenschaftspolitisch wichtigen Zusammenhang: „Die Sozialwissenschaften sind heute zu wichtigsten Produzenten von Konstruktionen der sozialen Wirklichkeit geworden. Gerade dies wird ihnen auch vielfach von außen angesonnen. Dieser Tendenz kommt entgegen, daß sowohl religiös-transzendentale, wie philosophisch-idealistische, als auch historisch-individualistische Begründungen und Erklärungen des individuellen Lebenssinns und der kollektiven Lebensordnungen an Plausibilität und normativer Durchsetzungskraft verlieren. Ein funktionales Weltverständnis und ein Begründungsbedürfnis aus sozialen Gegebenheiten der menschlichen Existenz breitet sich aus" [1]).

Da die Sozialwissenschaften heute in der Lage seien, sowohl die Rolle des Ideologieproduzenten, wie die des Ideologiekritikers zu spielen, komme ihnen in der derzeitigen Phase des „Wandels", der „Innovation", der „Modernisierungswelle" und der „weitgreifenden Institutionenreform" nicht nur die Aufgabe zu, „Sinngebung" und „Deutung" der Gegenwart zu leisten. „Als wünschenswert gilt auch ein sozialwissenschaftliches ‚Frühwarnsystem', das soziale Konflikte schon erkennbar macht, bevor sie sich zu sozialen und menschlichen Notlagen ausbilden oder gewalttätige Austragungsformen annehmen" [2]).

Sozialwissenschaften als Unterrichtsfach, d. h. politische Bildung in ihrer institutionalisierten Form in der Schule hätte demnach die zweifache Aufgabe, ältere normgebende Systeme (gleichgültig ob religiöse oder an älteren subjektivistischen Philosophemen orientierte) in ihrer Bedeutung als „sinngebende" Fächer zu ersetzen und gleichzeitig auf einer pragmatischen Ebene verhaltenssteuernd zu wirken. Der heute vielfach diskutierte Begriff des „sozialen Lernens" bedeutet in den meisten Fällen eben das Einüben integrationsfördernder Verhaltensweisen auf einer vermeintlich vorpolitischen Ebene des zwischenmenschlichen „Miteinander-Umgehens".

Wenn wir uns nun der politischen Bildung zuwenden, so stoßen wir bei der wissenschaftsimmanenten Selbstdarstellung dieses pädagogisch-politischen Teilbereichs zeitlich zuerst auf *Friedrich Oetinger* (das ist Th. Wilhelm), einen Autor, dessen Bedeutung heute meist als „überholt" abgetan wird. Dennoch nahm Oetingers „Partnerschaftslehre", die in der Phase der offenen Restauration der 50er und beginnenden 60er Jahre von Altkonservativen wie etwa Litt und Spranger (in Wiederbelebung der historisch-idealistischen Tradition) als „unpolitisch" verworfen wurde, in ihrer bewußten Abkehr von staatsmetaphysischen und nationalistischen Positionen eine Spielart des *technokratisch-liberalen* Konservatismus vorweg, der heute erst wieder an Aktualität gewinnt.

Als erster definierte Oetinger die Aufgabe der politischen Bildung als herzustellende Parallelität zwischen Industriebetrieb und gesamtgesellschaftlichem Regel-

[1]) R. M. Lepsius, Herausforderung und Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung, in: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Mitteilungen 3/73, Jahresversammlung 1973, S. 36.
[2]) Ebd., S. 38.

system. So wie die „Atmosphäre des Klassenkampfes" [3]) durch „partnerschaftliche Einbeziehung der Belegschaft in das Gesamtunternehmen" verschwunden sei, so müssen analog zur Wirtschaft die „zwischenmenschlichen" Verhaltensweisen der Gesamtgesellschaft „partnerschaftlich" strukturiert werden. „Die Maschinen sind mit äußerster Energie vervollkommnet, die technische Organisation des Betriebs ist bis zum letzten durchrationalisiert. Aber die ‚menschliche Inneneinrichtung' unserer Arbeitswelt steht noch auf dem Stand des vortechnischen Zeitalters. (...) Partnerschaft ist also nichts, was aus der Siedehitze revolutionärer pädagogischer Reformprogramme entsprungen ist, sondern ein durchaus nüchternes Anliegen der Modernisierung des Innenbetriebs unserer politischen Gemeinschaft" [4]).

Ganz auf dem Boden der alten Ontologie, geht Oetinger in Anlehnung an *A. Gehlen* von der Normativität des Faktischen aus. „Eine Trennung zwischen Sein und Sollen findet hier nicht statt" [5]). Die Kenntnis oberster Seinsgesetze, d. h. die weitgehende Ersetzung von Geschichte durch Natur, bedeutet gleichzeitig Sinngebung wie auch Normierung der Praxis („... eine einzige Heilkraft für unsere gestörte politische Lebensordnung" [6])).

Dieser antipositivistische, auf der Basis einer vorgeblich feststehenden Anthropologie und Ontologie argumentierende und daher immer auch normativ vorgehende konservative Ansatz wurde in der Folgezeit zur fast ausschließlich bestimmenden und dominierenden Tendenz in der politischen Bildung. Der spezifische Akzent jedoch, den Oetinger auf die „zwischenmenschlichen" Beziehungen gelegt hat, trat im Zuge der Adenauerschen Restaurationspolitik in den Hintergrund zugunsten einer stärkeren Staatsorientierung. Dabei kann die Bedeutung der politischen Wissenschaft für die politische Bildung gar nicht überbewertet werden. Sowohl die Institutionalisierung dieser Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD als explizite Demokratiewissenschaft [7]), wie auch das Selbstverständnis der ersten Politologengeneration, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fast ausschließlich dem heute als überwunden geltenden „normativen" Lager angehörte, bedingte eine wissenschaftspolitisch wie politisch bedeutsame Weichenstellung. Die Freiburger Schule der Politikwissenschaft (nach dem Tode ihres Mentors Bergstraesser müßte man heute allerdings eher von einer Münchener Schule um H. Maier, H. Laufer etc. sprechen) war in Fortsetzung der von E. Voegelin und L. Strauss gesetzten Maßstäbe eine bewußte Rückkehr zu antiposivistischen, naturrechtlichen und neo-aristotelischen Konzeptionen und vertrat eine Vorstellung von Politikwissenschaft als „praktischer Wissenschaft" vom „guten Leben" zugunsten des „Gemeinwohls". Von ihrem Selbstverständnis her (Politikwissenschaft als sinngebende, die Praxis normierende, synoptische Wissenschaft) waren die Vertreter dieser Richtung geradezu prädestiniert, sich der Aufgabe der politischen Bildung als ihrer ureigensten Domäne zuzuwenden [8]).

---

3) F. Oetinger, Partnerschaft, Die Aufgabe der politischen Erziehung, Stuttgart 1956, S. 102.
4) Ebd., S. 103.
5) Ebd., S. 125.
6) Ebd., S. 125; es ist verschiedentlich auf den engen ideologischen Zusammenhang zwischen Oetingers Partnerschaftslehre und dem Erhardschen Konzept der „formierten Gesellschaft" hingewiesen worden. Vgl. A. Andiel, Politische Bildung und private Macht, Stuttgart 1971, sowie E.-A. Roloff, Politische Didaktik als kritische Sozialwissenschaft, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 10/72, S. 34.
7) Vgl. W. Hennis, Motive des Bürgersinns, in: Politik als praktische Wissenschaft, München 1968, S. 213 (zuerst veröffentlicht in der bis vor kurzem auf dem Gebiet der politischen Bildung führenden Zeitschrift „Gesellschaft — Staat — Erziehung", 2/1957): „Die heutigen Lehrstühle und Institute verdanken ihre Existenz allesamt der Sorge um die politische Bildung der studentischen Jugend, sind kein normales Produkt wissenschaftlichen Fortschritts, fachwissenschaftlicher Spezialisierung, sondern Ergebnis bewußter pädagogisch-politischer Planung."
8) Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß Vertreter dieser Richtung, meist (von wenigen Ausnahmen abgesehen) mit besonderer Affinität zur CDU und neuerdings zum „Bund Freiheit der Wissen-

Dabei entsprachen sowohl die Oetingersche „Partnerschaftskonzeption", aber auch die altkonservativen Positionen Litts und Sprangers ebenso wie die Konzeptionen der Bergstraesser-Schüler der Restaurationspolitik einer fast 20jährigen CDU-Herrschaft und reflektierten zugleich die verschiedenen Positionen — die altliberalen, christlich-ständischen, altkonservativen etc. — innerhalb dieser „Volkspartei".

Wenn in den letzten Jahren, etwa seit Mitte der 60er Jahre, eine Veränderung eingetreten ist, die vorläufig nur andeutungsweise mit dem Stichwort „Konfliktdidaktik" umrissen werden soll, so läßt sich zunächst ausführen: Wir haben es, allgemein gesprochen, mit dem Übergang von älteren philosophischen Theoremen zum Neo-Positivismus zu tun, wobei in der politischen Bildung das ältere Konglomerat aus Oetingerscher Harmonielehre, abendländisch-christlichen Vorstellungen und der normativen, anthropologisch-ontologischen Richtung der Bergstraesser-Schule nur teilweise als überwunden gelten darf.

Parallel dazu verläuft die allmähliche Übernahme „moderner" sozialwissenschaftlicher Theorieansätze, die den Unterricht „verwissenschaftlichen" sollen. Hierbei ist bemerkenswert, daß diese Ansätze, besonders im Falle Dahrendorfs und Fraenkels, von denen noch die Rede sein wird, gemessen an den immanenten Anforderungen neo-positivistischer Wissenschaftslogik, eben keine Theorien, sondern verkappte Moralphilosophien, normative Deutungsmuster sind [9]).

Dieser „Übergang" ist in der Politikwissenschaft wie in der Pädagogik gleichermaßen und mit gleicher Stoßrichtung zu verzeichnen. Gelten die „Normativisten" in der Politikwissenschaft heute als endgültig überholt [10]), so vollzog sich in der Pädagogik eine ganz ähnlich gelagerte „Wende". Sowohl normativ orientierte, wie hermeneutisch-bildungstheoretische Positionen gelten auch hier als wissenschaftlich veraltet, zumindest aber als revisions- und anreicherungsbedürftig durch positivistische Modelle und Ansätze.

Wenn wir die von *Tjaden* in die Debatte geworfene und von *Schmiederer* aufgegriffene Unterscheidung heranziehen wollen [11]), derzufolge politische Bildung in der bürgerlichen Gesellschaft nur die Wahl habe, entweder reine Integrationsideologie zu sein, oder aber eine Dimension politischer Reflexion zu erreichen, so bezeichnet der von uns angedeutete Übergang zweifellos *auch* eine Akzentverlagerung zugunsten „politischer Reflexion". Wobei, und dies wird noch zu zeigen sein, Tjadens einschränkende Bemerkung nach wie vor gültig bleibt, daß nämlich auch politische Reflexion als kritische Dimension unter den gegebenen Verhältnissen stets nur ein Verhalten beinhalten könne, das eine gegebene Gesellschaftsordnung permanent restituiere [12]). Mit anderen Worten: die Alternative zwischen reiner Integration und politischer Reflexion reduziert sich bei näherer Betrachtung auf die *Modalitäten* zur Erreichung eines nach wie vor gegebenen Ziels, nämlich der Bejahung der bestehenden Gesellschaft, allerdings nicht mehr durch blind gehorchende, sondern durch kritische Loyalität.

---

schaft", ihre wissenschaftspolitischen „Erblande" fast ausschließlich in Süddeutschland haben. H. Maier, W. Hennis, D. Sternberger, K. Schön, H.-J. Assel, H. Bußhoff, K. Sontheimer, M. Hättich, F. Messerschmid, H. Schneider, B. Sutor, Ch. v. Krockow (von D. Oberndörfer einmal abgesehen, der sich Mitte der 60er Jahre dem Behaviourismus zuwandte) und natürlich Bergstraesser selbst haben sich wiederholt und nachhaltig zu Fragen der politischen Bildung geäußert. Dies vor allem in den Organen der „Bundeszentrale für politische Bildung" und in der Zeitschrift „Gesellschaft — Staat — Erziehung", bis zu ihrer Fusion mit der Zeitschrift „Gegenwartskunde" vor kurzem wohl die führende Zeitschrift auf dem Gebiet der politischen Bildung.

9) Vgl. K. Messelken, Politikbegriffe der modernen Soziologie, Köln/Opladen 1968.

10) Vgl. K. v. Beyme, Politische Theorien der Gegenwart, München 1972.

11) K. H. Tjaden, Politische Bildung als Affirmation und Kritik, in: „Das Argument", H. 40/1966, S. 361 ff, und R. Schmiederer, Zwischen Affirmation und Reformismus, Politische Bildung in Westdeutschland seit 1945, Frankfurt/M 1973.

12) Tjaden, a. a. O., S. 365.

Wie sehr dieses Umdenken, dieser Übergang, diese Wende etc., die die Diskussion um die politische Bildung seit ca. Mitte der 60er Jahre bestimmt, eine strukturbedingte, nur von politischer Kurzsichtigkeit noch nicht wahrgenommene Notwendigkeit ist, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß dieser Wechsel inzwischen von fast allen Gruppierungen getragen wird, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung.

Dieser Übergang, dessen realer Hintergrund der Wechsel von einer extrem restaurativ-mittelständisch orientierten Phase zu einer Phase der wandlungs- und adaptationsfähigen Selbstregeneration ist, läßt sich in der politischen Bildung als Übergang von „Affirmation" zu „Reformismus" bezeichnen. Es kann im Zusammenhang dieser Ausführungen nur andeutungsweise darauf hingewiesen werden, daß dieses allmähliche Aufbrechen von im Grunde anachronistischen politisch-didaktischen Konzeptionen Entsprechungen im Bereich arbeitsorganisatorischer Veränderungen hat. Auf der Ebene allgemeiner Qualifikationsanforderungen nehmen extrafunktionale Fähigkeiten (problemlösendes, divergierendes Denken, Konfliktfähigkeit, „Offenheit" und Flexibilität bei der Bewertung und Handhabung von Sachverhalten) gegenüber „reinen" berufsspezifischen Qualifikationen an Bedeutung zu und werden gerade auch über die „sozial-integrativen" und für *alle* Schüler verbindlichen Fächer, wie z. B. den sozialwissenschaftlichen Unterricht, vermittelt.

Um so naiven, politisch jedoch äußerst wirksamen Mißverständnissen vorzubeugen, die politische Bildung stünde nunmehr angeblich „links" [13]), muß hinzugefügt werden, daß der Begriff „Reformismus" längst auch bei der Mehrzahl von SPD-nahen Autoren die Poppersche Bedeutung von Stückwerk-Technologie einer sich selbst als „offen" verstehenden Gesellschaft angenommen hat.

Es handelt sich, zusammengefaßt, um die allmähliche Überwindung eines mittelständisch-autoritären Konservatismus durch ein Konglomerat sozialwissenschaftlicher Theoreme, die in ihrem Zusammenspiel die dem heutigen Spätkapitalismus einzig adäquate, weil tragfähige Ideologie darstellen.

Von „Ideologie" zu sprechen, scheint insofern gerechtfertigt, als die theoretische Herkunft einzelner Begriffe in den wenigsten Fällen ausgewiesen und reflektiert wird. Was auf theoretischer Ebene noch als Position *einer* bestimmten soziologischen bzw. philosophischen Richtung auszumachen ist, wird nach einem Prozeß des Absinkens von Theoriefragmenten im unreflektierten Alltagssprachgebrauch bereits als *bewiesen* unterstellt; abweichende Ansichten werden damit zwangsläufig zu dogmatisch-verbohrter Unwissenschaftlichkeit.

Im Gegensatz zu der oft vorgetragenen und neuerdings durch vordergründige politische Kontroversen wie z. B. um die hessischen Rahmenrichtlinien im Fach Gesellschaftslehre bestärkten These, in der politischen Bildung finde eine immer stärkere Polarisierung zwischen „links" und „rechts" statt, möchte ich folgende These zur Diskussion stellen. Ein bekanntes Politologen-Wort paraphrasierend, lautet sie: Wir haben es heute mit dem fast vollzogenen Übergang zur pluralen Fassung einer neuen Einheitsideologie zu tun, deren vier Säulen lauten: Schumpeter, Dahrendorf, Fraenkel und Popper bzw. Albert. Anzumerken wäre, daß dieser Übergang zunächst von liberalen Autoren vorangetrieben wurde und zunächst durchaus auch eine progressive Funktion hatte, inzwischen aber weitgehend auch von konservativen Autoren nachvollzogen wurde. Bezeichnenderweise berufen

[13]) So z. B. der sich selbst offenbar als „links" einstufende A. Holtmann in seinem Beitrag in H. 89 der Schriftenreihe der „Bundeszentrale für politische Bildung", Bonn 1970, S. 10.

sich daher Konservative wie Sutor und Assel, aber auch Liberale wie z. B. Giesecke auf Oetinger als den ersten Pluralisten, dessen positive Seiten es weiterzuentwickeln gelte, nicht aber auf Altkonservative wie z. B. Litt.

Mit der hier zunächst nur andeutungsweise beschriebenen „Wende" ist folgendes gemeint: Die am nachhaltigsten von Schumpeter formulierte „moderne" und „realistische" Demokratietheorie, die in der BRD hauptsächlich von Dahrendorf popularisierte Fassung soziologischer Konflikttheorien, der Fraenkelsche Pluralismusbegriff und auf metatheoretischer Ebene die Wissenschaftslogik des kritischen Rationalismus sind die inzwischen von fast allen Didaktikern [14]) der politischen Bildung akzeptierten und nicht hintergehbaren Markierungspunkte.

Unterhalb dieser Ebene lassen sich mit unterschiedlicher Abstufung und Akzentuierung im wesentlichen zwei Strömungen ausmachen. Da, wie schon Hennis in den frühen 60er Jahren klagte, der „Szientismus" in seiner Reinform das Normproblem aus dem wissenschaftlichen Reflexionshorizont ausklammert, Pädagogik und politische Bildung aber wie kaum eine andere Wissenschaft sich diesem Problem dauernd stellen müssen, tritt der Positivismus hier fast immer in Verbindung mit anderen philosophischen Positionen auf, denn die vorgebliche Neutralität der positivistischen Wissenschaftslogik erleichtert in hohem Maße Allianzen mit anderen philosophischen Strömungen im Hinblick auf außerlogische, dem positivistischen Wissenschaftsbegriff äußerliche Probleme:

a) in Verbindung mit den anthropologisch-ontologischen Annahmen der Voegelin-Bergstraesser-Richtung, die keineswegs überwunden ist, sondern sich allenfalls einen technokratischeren Anstrich gibt. Die Erziehungsziele lauten hier: Einüben von Solidarität, Kooperationsfähigkeit, kommunikativer Kompetenz etc., deren Begründung über das Ziel, nämlich Realisierung der „rechten Ordnung", geliefert wird;

b) in Kombination mit Fragmenten der „kritischen Theorie" der Frankfurter Schule, die, anknüpfend an neo-freudianische und interaktionistische Sozialisationstheorien den Akzent auf die Erziehung zur ich-starken Persönlichkeit legt. Entsprechend dem dahinter stehenden liberalen Selbstverständnis wird hier, individualistisch verkürzt, die Entfaltungsmöglichkeit potentiell autonomer Individuen in repressionsfreien Interaktionszusammenhängen zum Erziehungsproblem schlechthin. Die Ziele sind hier weitgehend die gleichen, allerdings ist die Begründung individualistisch gefaßt.

Innerhalb dieses Spielraums, der — cum grano salis — die Bildungspolitik von CDU- und SPD-regierten Ländern bezeichnen dürfte, entfaltet sich eine plurale Meinungsvielfalt. Jedoch sind die Alternativpositionen letztlich immer nur unterschiedliche Beantwortungen der gemeinsamen Grundfrage, nämlich: *Wie* (d. h. durch stärkere Anbindung und Integration an und in die bestehende Ordnung oder durch stärkere partizipatorische Teilhabe) ist die bestehende Gesellschaft (als dynamisch-wandlungsfähige) optimal und effektiv zu sichern?

---

14) Es ist im Zusammenhang mit der hier vorgetragenen These nicht notwendig, auf die Randerscheinungen neben dem „mainstream" einzugehen. Hierzu würden auf der rechten Seite die reaktionären Verfechter einer „Nationalismusrenaissance" (Hornung, Lemberg, Raasch und SPD-Mitglied Andreae) zu rechnen sein, auf linksliberaler Seite Autoren wie Gottschalch und Schmiederer. Diese etwas schematische Etikettierung müßte ihrerseits relativiert und abgewogen werden. Hinzu kommt, daß die hier angedeuteten Positionen für die unterrichtswirksamen Entscheidungen (Rahmenrichtlinien und Lehrerausbildung in den Studienseminaren) weitgehend irrelevant sind.

II

Die folgenden Ausführungen sollen die von uns vorgetragene These näher belegen. Dies soll geschehen durch eine genauere Analyse der von uns als „Säulen" der politischen Bildung bezeichneten sozialwissenschaftlichen Theoreme im Hinblick auf ihre Übernahme und Verarbeitung durch Vertreter der politischen Bildung.

Zur Demokratietheorie

Kernstück, Ausgangs- und Endpunkt jeder Beschäftigung mit politischer Bildung ist das jeweils zugrundeliegende, wenn auch nicht immer offen ausgesprochene Demokratieverständnis. Erst in zweiter Linie ergibt sich daraus das heute weitgehend im Vordergrund stehende Problem der spezifischen Auslegung und Interpretation des Grundgesetzes. Unumstritten dürfte sein, daß sich heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen [15]), die „realistische" Demokratietheorie Schumpeters und seiner Nachfolger durchgesetzt hat. War in der klassischen, radikaldemokratischen Demokratietheorie, vertreten durch Rousseau, Ziel und Mittel stets eine Einheit, Selbstbestimmung mithin nur auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit denkbar (und war damit potentiell der Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft schon überschritten), so zeichnete sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Wahlrechtsproblematik die Diskrepanz zwischen Liberalismus und Demokratie im Rousseau'schen Sinne ab. J. St. Mill und Tocqueville sind innerhalb des liberalen Lagers nur die markantesten Theoretiker einer prinzipiellen Unvereinbarkeit von Freiheit und Gleichheit, sofern diese Prinzipien nicht nur juristisch gefaßt und im bürgerlich-liberalen Rechtsstaat gesichert sind, sondern in ihrer sozialen Dimension eine über den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft hinausgehende Sprengkraft entfalten.

In dem Maße, wie sich historisch das angelsächsisch-liberale Demokratieverständnis gegenüber den radikaldemokratischen Konzeptionen Rousseaus durchsetzte und durchsetzen mußte, fand eine permanente, bis heute nach wie vor höchst aktuelle Reduzierung des Demokratiebegriffs auf die Methode der Elitenauswahl statt, auf den Schumpeterschen „modus procedendi", — eine Reduzierung, die durch die einseitige Koppelung von Demokratie und Freiheit unter Ausklammerung der Gleichheitsproblematik heute insbesondere von konservativen Autoren wie Schelsky, Laufer, Maier etc. vorangetrieben wird.

Eine weitere Implikation der so verstandenen „Demokratie als Methode" [16]), in der der Konkurrenzkampf um die politische Führung als geregelter Austauschprozeß von Eliten innerhalb einer geschlossenen, allenfalls durch Kooptation zu erweiternden Oligarchie einziges Kriterium für eine vorhandene Demokratie ist, liegt in der faktischen Umkehrung des Demokratieverständnisses. Wenn die Methode zum alleinigen Kriterium für vorhandene oder nicht vorhandene Demokratie wird, so folgt als Konsequenz, daß diejenigen, die sich dieser Methode nicht beugen, gleichwohl aber an einem inhaltlich bestimmten Ziel von Demokratie festhalten, zu potentiellen Anti-Demokraten werden. Als demokratiebedrohend erscheinen nunmehr nicht die Eliten, sondern die zur Macht drängenden „Volksmassen", deren „utopische Anmaßung" nur noch durch eben diese Eliten

15) Vgl. dazu etwa den linkstechnokratischen Ansatz von F. Naschold, Organisation und Demokratie, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz 1969.
16) Vgl. J. A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1972 [3], S. 384, S. 427, S. 451 etc., sowie kritisch dazu P. Bachrach, Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, Frankfurt/M 1970.

als einzige Garanten und Säulen der Demokratie in Schranken gehalten werden kann [17]).

In engem Zusammenhang damit steht der von konservativen wie von liberalen Autoren vorgenommene Wechsel der Zielbestimmung. Da Demokratie lediglich Methode und sich selbst kein Ziel sei, wird ihnen unter der Hand die Rechtsstaatlichkeit zum obersten Ziel, das es gegenüber allen Demokratisierungsbestrebungen zu schützen gelte [18]). Zur Verdeutlichung der Problematik eines solchen restriktiven Wechsels von Ziel und Methode sei lediglich darauf hingewiesen, daß der Rechtsstaat bekanntlich — in rechtspositivistischer Auslegung — im italienischen Faschismus bei Wechsel der Methode (statt Demokratie eben Diktatur) stets gegeben war.

Während nun konservative, CDU-nahe Vertreter der politischen Bildung sich offen zum „Realismus" der Schumpeterschen Demokratietheorie bekennen [19]) und fordern, „daß wir aufhören sollten mit der noch weit verbreiteten kurzschlüssigen Ableitung der demokratischen Ideen aus der Bewegung der Aufklärung" [20]), da „die Durchsetzung einer realistischeren Demokratietheorie ... eine Lebensfrage für unsere freiheitliche Ordnung" ist [21]), läßt sich weder bei liberalen noch bei SPD-nahen Didaktikern auch nur ein Gradunterschied feststellen, allenfalls eine größere Vorsicht in der Argumentation. War es doch gerade der Sozialdemokrat Fraenkel, der schon vor Jahren, als die Mehrheit der CDU-Denker noch Carl Schmittschen Staatsvorstellungen nachhing, zusammen mit seinem Postulat der „pluralistischen Gesellschaft" die Abkehr von der rousseauisch-klassischen Demokratietheorie als der vermeintlichen Urheberin aller totalitären Systeme hin zum angelsächsisch-realistischen Konkurrenzmodell forderte [22]). Und der SPD-Politologe Ellwein, der mit seinem Buch „Politische Verhaltenslehre" die Diskussion um die politische Bildung nachhaltig beeinflußte, formuliert: „Demokrat ist, wer sich überlegt, ob er im Konsens mit dem Gebrauch der Macht ist oder nicht und seine Zustimmung oder Ablehnung mittels der ihm verfügbaren Verhaltens- und Betätigungsmöglichkeiten zum Ausdruck bringt" [23]). Selbst einem insgesamt so theorielosen und vielleicht gerade deshalb so auflagestarken Buch wie der vieldiskutierten „Didaktik der politischen Bildung" des liberalen H. Giesecke, der seit Mitte der 60er Jahre zu den absolut „fortschrittlichen" Autoren gezählt wird, liegt in der ersten Fassung das restriktive Demokratieverständnis von W. Hennis zugrunde [24]) (einst SPD-Mitglied, inzwischen bei CDU und BFdW engagiert).

Wie man es auch dreht und wendet, man kommt zu dem Schluß, daß der Streit zwischen „rechts" und „links" — und das heißt in der Praxis der Streit zwischen CDU- und SPD-regierten Ländern mit ihrer jeweiligen Verfügungsmacht über Unterrichtsrahmenrichtlinien und Lehrmaterialien sowie Einstellung von Lehrern — sich auf die Frage reduziert, wo das systemstabilisierende Partizipationsopti-

17) Besonders deutlich hierzu M. Hättich, in: Th. Pfizer (Hrsg.), Bürger im Staat, Stuttgart 1971, S. 91: „Wir wagen hier die Prognose, von der wir hoffen, daß wir den Nachweis ihrer Richtigkeit nie erhalten: Sollte es in absehbarer Zeit einer der in unserem Lande wirkenden radikalen politischen Gruppen gelingen, eine systembedrohende Massenbasis zu finden, so können sie den Großteil ihrer Anhänger nur aus dem Kreis jener im Grunde apolitischen Spießbürger rekrutieren, die immer dann konsensbildend wirken, wenn sich ‚große Umbrüche', ‚totale Wenden' und ‚neue Zeiten' ankündigen, denen man sich am besten anpaßt, wenn man überleben will". Dazu im übrigen auch Bachrach, a. a. O., S. 46.

18) Vgl. dazu etwa die Kontroverse zwischen den Didaktikern Roloff und Sutor/Raasch in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 10/1972.

19) Vgl. B. Sutor, Didaktik des politischen Unterrichts, Paderborn 1972, S. 112; Sutor ist leitendes Mitglied der Lehrplankommission des Landes Rheinland-Pfalz.

20) Ebd., S. 126.

21) Ebd., S. 111.

22) Vgl. E. Fraenkel, Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung, in: Beiträge zur Theorie und Kritik der pluralistischen Demokratie, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1970 3.

23) Th., Ellwein, Politische Verhaltenslehre, Stuttgart 1964 2, S. 119.

24) H. Giesecke, Didaktik der politischen Bildung, München 1968 3, S. 63.

mum liege. Diese „Kernfrage" neuerer Demokratiediskussionen [25]) impliziert eine allenthalben feststellbare, besonders von systemtheoretisch argumentierenden Autoren hervorgehobene Aspektverlagerung. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Erhaltung des Systems, der das Verhalten von Individuen und Gruppen funktional zugeordnet wird. Dies gilt ebenfalls für den sich bewußt von der Systemtheorie Parsonsscher Prägung absetzenden Dahrendorf, wenn er trotz seines individualistischen Selbstverständnisses den „Wandel" des Systems als oberste Zielbestimmung einführt.

Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang in der Auseinandersetzung um den Begriff der „Demokratisierung", wie sie anläßlich einer Veranstaltung der „Akademie für politische Bildung" in Tutzing geführt wurde. W. Hennis und K. Sontheimer, zwei Politologen, die in der politischen Bildung seit Jahren federführend engagiert sind, bezogen hier exemplarisch die kontroversen Positionen. Während der Altliberale Hennis die inzwischen auch von Arbeitgeberverbänden und CDU lautstark vertretene Absicht vortrug, Demokratie meine einzig und allein einen Typus staatlich-politischer Ordnung, der in anderen Gesellschaftsbereichen einem Verstoß wider die Natur gleichkomme und sich mithin schädlich auf die politische Ordnung auswirken müsse, da diese gerade — im Sinne der aristotelischen Idee der „constitutio mixta" — komplementär durch anders (d. h. undemokratisch) strukturierte Sozialbereiche abgesichert werden müsse, betonte Sontheimer in seinem Plädoyer für intensivere Demokratisierung gerade die Notwendigkeit einer stärkeren Anpassung der Sozialstruktur, des Menschentyps etc. an die politische Struktur, um diese effektiver zu gestalten: „Wir wollen nur eine bessere *Funktionsfähigkeit* (Hervorhebung von K. P.) dieser Teilbereiche, die unter Umständen durch Demokratisierung erreicht werden kann" [26]). Und M. Horkheimer, Altmeister der „Kritischen Theorie", sekundierte beiden, indem er angesichts der Gefahren des „totalitären Staates" vor der absoluten politischen Gleichheit glaubt warnen zu müssen, „denn die Demokratie hat, gerade in dieser Hinsicht, doch sehr ernste Gefahren, und so müßte auch ausgesprochen werden, daß Demokratie nicht das schlechthin Absolute ist" [27]).

Womit wir wieder bei unserer Ausgangsthese wären, daß der Schumpetersche „realistische" Elitenpluralismus inzwischen undiskutierter Hintergrund der didaktisch-politischen Reflexionen zur politischen Bildung ist. Eine durch wissenschaftliche Politikberatung aufgeklärte politische Elite ist sowohl Hennis (der seit längerem die Idee vertritt, man müsse die alte Praxis der „Fürstenspiegel" wieder beleben!), wie den Vertretern der kritischen Theorie eine weitaus sicherere Garantie für den Fortbestand der Demokratie als das Sich-Einlassen auf die Plebs.

Zur Konflikttheorie

In engem Zusammenhang mit der von uns als „Kernfrage" apostrophierten Problematik, wie und mit welchen Mitteln ein Optimum an Systemstabilität erreicht werden könne, steht die soziologisch-politologische Diskussion um Konsens- und Konflikttheorien. Dahrendorf, dessen Verbreitung amerikanischer konflikttheoretischer Ansätze seit Mitte der 60er Jahre nachhaltig die Diskussion um die politische Bildung bestimmt und von dem Senghaas meint, er habe in den hessischen

[25]) Vgl. G. Zimpel (Hrsg.), Der beschäftigte Mensch, Beiträge zur sozialen und politischen Partizipation, München 1970, S. 31.
[26]) „Demokratisierung" — Colloquium über einen umstrittenen Begriff, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 18/1971, dort die Diskussionsbeiträge von Hennis, Sontheimer u. a.; hier S. 16.
[27]) Horkheimer, ebd., S. 18.
[28]) D. Senghaas, in: Was sollen die Schüler lernen?, Kontroverse um die hessischen Rahmenrichtlinien für die Unterrichtsfächer Deutsch und Gesellschaftslehre, hrsg. von G. Köhler und E. Reuter, Frankfurt/M 1973, S. 118.

Rahmenrichtlinien für das Fach Gesellschaftslehre sein wissenschaftliches come back erlebt [28]), macht selbst den Zusammenhang deutlich, der zwischen seiner Position und der Schumpeterschen Demokratietheorie besteht [29]).

Stand die politische Bildung in der BRD von ihren Anfängen bis ca. Mitte der 60er Jahre mit geringfügig unterschiedlicher Akzentuierung ganz unter dem Zeichen integrations-, ordnungs- und konsenstheoretischer Prämissen [30]), so ist die zunächst von sozialdemokratischen und liberalen Autoren vertretene These von der Funktionalität von Konflikten (ihrer „Normalität, Ubiquität und Permanenz" [31])) heute so sehr Allgemeingut aller didaktischen Positionen geworden, daß M. Hättich, ein CDU-naher Vertreter der Freiburger Politologenschule, schreiben kann: „Aber gerade der Gedanke, der Konsens sei das Ideal, und jeder Grad der Abweichung sei ein entsprechender Grad an Defizienz, muß kritisiert werden" [32]). In einer hochgradig formalisierten Auseinandersetzung um die Begriffe „Konflikt" und „Konsens" nimmt sich das Gerangel zwischen diesem und jenem Lager allenfalls wie das Feilschen um Nuancen aus, was manchen Beobachter zu der ironischen Bemerkung veranlaßte, man sehe sich heute fast genötigt, auf die Frage Antwort geben zu müssen, wieviel Konflikte, bitte schön, es denn sein dürften.

Bei näherem Hinsehen erweist sich auch diese Auseinandersetzung, wie sie exemplarisch und einseitig seit ca. 6—7 Jahren in der Beilage der Zeitschrift „Das Parlament", „Aus Politik und Zeitgeschichte", herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, ausgetragen wird, als parteipolitisch wirksames Scheingefecht, denn sowohl die konservativen Didaktiker Assel, Sutor, Schaaf, Roth, Raasch etc., wie auch die liberalen, meist in Hessen tätigen, wie Engelhardt, Hilligen, Fischer, Giesecke etc. und GEW-Sprecher Wuthe vertreten allesamt Positionen auf einer „mittleren" Ebene zwischen Konflikt und Konsens, Stabilität und Wandel.

Die liberalen Pädagogen Giesecke und Mollenhauer waren die ersten, die unter dem Banner der „Emanzipation" erstmalig die ältere Lehrformelsammlung „Ordnung, Partnerschaft, Gemeinwohl, Kooperation etc." durch eine neue mit den Begriffen „Interesse, Herrschaft, Konflikt-Regelsystem" etc. ersetzten [33]). Dieser Wechsel von einer im wesentlichen statischen Gesellschaftskonzeption zu der einer „offenen" gilt im wesentlichen als vollzogen [34]), wobei die Konservativen allenfalls stärker als andere betonen, daß die Leitkategorien „Ordnung" und „Gemeinwohl" nicht allzu sehr in den Hintergrund treten dürfen.

Ausgehend von den Dahrendorfschen Prämissen, gilt dabei folgender Grundkonsens zwischen den Parteien: Demokratie gilt unter rein methodisch-funktionalen Gesichtspunkten als derzeit optimale Institution zur Regelung von Konflikten [35]). Konflikte werden von allen Beteiligten als unvermeidlich, ja als berech-

---

29) Vgl. R. Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 241: „(. . .) die regelmäßige Konkurrenz politischer Teams und die Gunst der Wähler ermöglicht den Austausch der Führungskräfte, mit diesen ist die Veränderung der Entwicklungsrichtung der Gesellschaft verknüpft."

30) Hierzu die historischen Überblicke bei K. Wallraven / E. Dietrich, Politische Pädagogik, München 1970, sowie R. Schmiederer, a. a. O.

31) R. Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit . . ., S. 216; dazu vor allem die „hessischen" Didaktiker Engelhardt, Fischer, Hilligen, Giesecke u. a.

32) M. Hättich, Konflikt und Konsens in unserer Gesellschaft, in: Pfizer, a. a. O., S. 90.

33) K. Mollenhauer, Erziehung und Emanzipation, München 1969, S. 160.

34) Vgl. dazu die diversen „Handbücher" zur politischen Bildung, die mit didaktischen Modellen aus der Praxis für die Praxis insofern aufschlußreich sind, als sie den aktuellen Stand der Lehrerausbildung in den Studienseminaren reflektieren und auf einer Ebene der Vulgarisierung politischer Theorien diesen Wandel besonders deutlich machen; z. B. H.-G. Wehling (Hrsg.), Unterrichtspraktisches Handbuch zur politischen Bildung, München 1973; K. Fackiner (Hrsg.), Handbuch des politischen Unterrichts, Frankfurt/M 1972; K. G. Fischer (Hrsg.), Zur Praxis des politischen Unterrichts, Stuttgart 1971; P. Ackermann (Hrsg.), Politisches Lernen in der Grundschule, München 1973, etc.

35) Vgl. Sutor, a. a. O., S. 88; Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, a. a. O., S. 277.

tigt und sinnvoll anerkannt. Daher muß auf den Versuch, zur *Ursache* von Konflikten vorzudringen, verzichtet werden. Die richtige Einstellung zu Konflikten beschränkt sich auf die Regelung seiner *Formen.* Daher wird auf frühzeitiges „soziales Lernen" als konfliktgerechtes Verhalten durch Erlernen bestimmter formaler Konfliktregelungsmechanismen (Kompromißbereitschaft; Toleranz; undogmatisch-flexibles Eingehen auf den anderen; Vorurteilslosigkeit; Fähigkeit, irreduzible, weil zum Wesen der menschlichen Natur gehörende Spannungen aushalten zu können etc.) bei der derzeitigen pädagogischen Diskussion größter Wert gelegt. Die verbindliche Kanalisierung von Natur aus gegebener und daher prinzipiell nie lösbarer Auseinandersetzungen ist nur auf dem Hintergrund eines von allen akzeptierten „Minimalkonsenses" (auch dies geradezu ein Schlüsselbegriff in der Diskussion um die politische Bildung) im Hinblick auf die einzuhaltenden Spielregeln, nicht jedoch auf die hinter den Konflikten stehenden „Werte" garantiert. Prinzipiell alle Konflikte, auch Klassenkonflikte, gelten somit als funktional und integrationsfördernd, vorausgesetzt, daß es Möglichkeiten für ihre Institutionalisierung gibt.

Dahrendorfs Nähe zu älteren Elitetheoretikern wie Pareto und Mosca ist verschiedentlich betont worden. Sein Begriff des Konflikts als ubiquitärer Konflikt um Herrschaft, bei dem Klassenkonflikte unhistorisch zu immerwährenden Interessenkonflikten werden, die ökonomisch und politisch herrschende Klasse hingegen zur „politischen Klasse", zur Elite in einem immerwährenden Zirkulationsprozeß mit Gegeneliten (vgl. Pareto: die Geschichte ist der Friedhof von Aristokratien), ist in dieser Form ohne wesentliche Abstriche in die politische Bildung eingegangen und mit ihm der Begriff des „Interesses". Nur noch individuell-atomisierte Interessen*unterschiede,* deren Existenz den gesellschaftlichen Wandel bedingt, nicht aber historisch bedingte, im Rahmen bestimmter Gesellschaftsformationen auftretende Interessen*gegensätze* können hier in Erscheinung treten.

Wenn man nach den Gründen fragt, die eine derartige Verbreitung und Popularisierung einer soziologischen Position bedingt haben mögen, so scheinen es — neben den allgemeinen, zu Beginn des Artikels ausgeführten — im wesentlichen folgende zu sein: die der Dahrendorfschen Konflikttheorie zugrunde liegende Annahme eines nicht hinterfragbaren Wertepluralismus und die damit einhergehende pessimistische, an Hobbes orientierte Anthropologie. Da historisch-ökonomische Strukturen und daraus resultierende Klassengegensätze aus dieser Sicht bereits Resultat, nie aber mögliche Ursache unterschiedlicher oder gar gegensätzlicher Wertvorstellungen sind, muß die eigentliche Ursache in anthropologischen Konstanten zu suchen sein. Die Enthistorisierung bzw. Naturalisierung gesellschaftlicher Prozesse ist deutlich [36]).

Hier liegt nun, so scheint es, das stillschweigende Einverständnis mit konservativen Positionen, die im übrigen nur noch vereinzelt [37]) für sich beanspruchen, Werte im Rahmen eines Ordnungsgefüges bestimmen zu können.

[36]) Nur auf den ersten Blick mag es befremdlich erscheinen, neben dem Liberalen Dahrendorf den Faschismus-Begeisterten Gottfried Benn zu zitieren: „Trust der Purpurhändler, Trust der Reedereien, Import-Export, Getreidespekulation, Versicherungskonzerne und Versicherungsbetrug, Fabriken mit Arbeitstaylorismus: der schneidet das Leder, der näht die Röcke, Mietswucher, Wohnungsschiebungen, Kriegslieferanten mit Befreiung der Aktionäre vom Heeresdienst — schaurige Welt, kapitalistische Welt, und immer die Gegenbewegung, mal die Helotenhorden in den kyrenischen Gerbereien, mal die Sklavenkriege in der römischen Zeit, die Armen wollen hoch und die Reichen nicht herunter; schaurige Welt, aber nach 3 Jahrtausenden Vorgang darf man sich wohl dem Gedanken nähern, dies sei alles weder gut noch böse, sondern rein phänomenal", in: G. Benn, Provoziertes Leben, Berlin (West) 1959, S. 29.

[37]) z. B. E. Schaaf, Ordnung und Konflikt als Grundprobleme der politischen Bildung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 1/1970.

Unterschiedliche Positionen in dieser Frage — von den eingangs erwähnten Randgruppierungen einmal abgesehen — sind kaum wahrnehmbar. Sie kommen allenfalls terminologisch zum Ausdruck, wobei die Konservativen in der ihnen eigentümlichen Verwendung des Begriffs „Dialektik" (verstanden als Wechselwirkung des „sowohl" als „auch") von einer notwendigen „Dialektik von Ordnung und „Konflikt" sprechen [38]), die Liberalen hingegen von einer Synthese aus Konsens und Konflikt [39]). Der Begriff der „Emanzipation", dem sich alle Autoren verpflichtet sehen, wird somit tendenziell identisch mit „kritischem Bewußtsein", dem Freiheit in guter individualistisch-liberaler Tradition nie Aufforderung zur Herstellung von Freiheit *in* der Gesellschaft, sondern stets nur Freiheit *von* der Gesellschaft, d. h. Rückzug des Individuums auf sich selbst bedeutet.

Das individualistisch geprägte tiefe Mißtrauen aller hier angesprochenen und insgesamt für die Didaktik der politischen Bildung repräsentativen Richtungen, der konservativen und der sowohl mit positivistischen wie mit hermeneutischen Elementen der Frankfurter Schule durchsetzten liberalen, gegenüber der „Masse", der „Plebs", kommt besonders dort zum Ausdruck, wo es die Grenzen der „Konfliktdidaktik" abzustecken gilt.

Während so eindeutig konservative Autoren wie z. B. *Hornung* sich mit den zunächst wohl als Trojanische Pferde empfundenen Liberalen wie Mollenhauer und Giesecke inzwischen recht gut arrangierten, weil bei ihnen auf dem Hintergrund des „Gemeinwohls" und des „Minimalkonsenses" Konflikte in funktional produktiven Formen die Grenzen institutionalisierter und damit stabilitätsfördernder Konfliktaustragung nicht überschreiten, sieht Hornung die Gefahr vielmehr von einer völlig neuen, überdies sehr kuriosen species herannahen, von den „Antagonisten-Sozialisten" (sic!) [40]).

Hier nun und nicht etwa, wie es die politische Tagespolemik glaubhaft machen will, in den SPD-regierten Ländern, drohe das, was sich in der Sprache des latent organizistisch denkenden konservativen Assel als „Perversionen" [41]) des „Konfliktdenkens" ausnimmt, in der vermeintlich wertneutralen Sprache des positivistisch-liberalen *K. G. Fischer* hingegen als „Hypostasierung einer Konflikt-Ideologie" [42]).

Die im Sprachgebrauch zum Ausdruck kommenden Unterschiede in geschichtsphilosophischen Grundpositionen erweisen sich für die Praxis als irrelevant. In beiden Fällen ist eine gleichartige Vorauswahl zwischen „guten" und „produktiven", nämlich das „Gemeinwohl" fördernden, Konflikten getroffen, in beiden Fällen ebenfalls eine normierte Konfliktlösung vorgeschrieben. In engem Zusammenhang damit steht die Tendenz, als Reaktion auf die Wissenskanones älterer Lehrpläne das Einüben von Verhaltensdispositionen durch „soziales Lernen" zu fördern mit dem Ziel, konfliktgerechtes mitmenschliches Verhalten einzuüben. Dabei sollte es zu denken geben, daß in Veröffentlichungen der GEW fast wörtlich die gleichen Ziele als höchst emanzipatorisch ausgegeben werden, wie sie im CDU-Entwurf „Allgemeine Qualifikationen für das Fach Sozialkunde in Rhein-

38) Vgl. Sutor, a. a. O., S. 87, und die Arbeiten von Assel.
39) Dies z. B. die Grundthese des Buches von G. Wuthe, Harmonie und Konflikt, Zur Struktur und Funktion sozialer Leitbilder, Saarbrücken 1972.
40) Vgl. Hornung, in: Pfizer, a. a. O., S. 60 ff.
41) H.-G. Assel, Kritische Gedanken zu den Denkansätzen der politischen Bildung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 31/1969, S. 17: „Das Konfliktdenken ruft auch Perversionen hervor, die den Bestand einer funktionsfähigen Ordnung ernstlich in Frage stellen. Der Blick fällt auf das Ordnungsproblem, dem in der politischen Bildung der gleiche Rang wie dem Konfliktproblem zukommt."
42) Vgl. K. G. Fischer, Einführung in die politische Bildung, Stuttgart 1971, S. 125 sowie S. 132 f: „Wer ‚Konflikt' beschwört, ohne auf ‚Integration' hin zu denken, sieht im Konflikt einen Zweck, während es sich dabei nur um ein Mittel zum Zweck handelt."

land-Pfalz" definiert sind, nämlich: die Forderung nach Mitmenschlichkeit, Toleranz, sozialem Engagement, Rationalität und Solidarität als Grundlagen jedweder Kooperation, Kommunikation und Konfliktaustragung sowie die Forderung nach ständiger, produktiver Erneuerung der Normen mit der Begründung, „man" müsse sich auf einer „mittleren" Ebene treffen, da ein politischer Konsens nicht zu erwarten sei [43]).

Ferner sollte es zu denken geben, daß die Forderung nach einer politischen Verhaltenslehre nicht nur von dem SPD-Politologen Ellwein, nicht nur von gemäßigt-liberalen Autoren wie K. G. Fischer, sondern gerade auch von Konservativen wie Messerschmid, Mickel, Assel, Sutor etc. eifrig vorgetragen wird.

Zum Pluralismus

Der Neo-Pluralismus, wie er in der von *E. Fraenkel* vorgetragenen Version die Diskussion in der BRD wohl am nachhaltigsten beeinflußt hat, bezeichnet recht klar die Verschmelzung von liberaler Ideologie und Sozialdemokratie. Zwar auf dem Hintergrund der Erfahrung mit dem Faschismus und seinen staatsmetaphysisch-ideologischen Hintergründen entstanden, wurde der Neo-Pluralismus jedoch sehr bald schon zur Alternative gegenüber „totalitären" Systemen schlechthin. In der Frühphase der BRD wurde er noch gegen den christlich-autoritären Monismus der Adenauer-Zeit von Fraenkel und anderen SPD-Autoren wie z. B. Sontheimer als oppositionelle Position verstanden und zur Zeit der Erhardschen „formierten Gesellschaft" insbesondere gegen R. Altmann und andere Befürworter des starken Staates vorgetragen.

Dies hat sich inzwischen geändert. So wie die CDU heute, zumindest offiziell, auf dem Boden des Pluralismus steht [44]), so fordert heute kein „politischer" Pädagoge, der auf sich hält, eine „Erziehung zum Staat", in dem Sinne, wie es noch Theodor Litt in der restaurativen Phase der 50er Jahre tat.

Der Pluralismus als die adäquate Ideologie des Spätkapitalismus, wie Fraenkel selbst formulierte, hat sich als allgemeinverbindliches Leitbild auch in der politischen Bildung durchgesetzt. Der innere Zusammenhang zwischen der „modernen" Demokratietheorie und dem Dahrendorfschen Wertpluralismus liegt auf der Hand und soll hier nicht weiter verfolgt werden. Galt es Mitte der 60er Jahre noch als ausgesprochen progressiv, „Pluralismus" und „Konflikt" als relevante Kategorien der politischen Didaktik in die Debatte zu werfen, so ist dies auch für CDU-nahe Autoren wie Assel und Sutor heute eine Selbstverständlichkeit [45]).

Dieser Neo-Pluralismus, der sich als Theorie des permanenten Wandels durch Reform versteht, als Staatsform des „aufgeklärten Hochkapitalismus" und Staatstheorie des Reformismus mit der Möglichkeit des Ausgleichs der Klassengegensätze [46]), geht vom Begriff eines Gemeinwohls aus, das durch normative Regulative sich aus dem Kräfteparallelogramm der diversen gesellschaftlichen Interessen als Resultat ergibt. Kompromiß, fair play und Spielregeln sind auch hier die konsti-

[43]) Vgl. M. Bönsch, Soziales Lernen in der Gesamtschule, in: „Neue deutsche Schule", Nr. 17, September 1972.
[44]) Vgl. H. L. Baumanns / W. Bergsdorf, CDU im dritten Jahrzehnt, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 40/1971.
[45]) Gerade die neueren CDU-Entwürfe wie z. B. die unter der Leitung von B. Sutor entstandenen rheinland-pfälzischen „Allgemeine(n) Qualifikationen für das Fach Sozialkunde", 1972, und die Arbeiten von Sutor selbst heben sich explizit von reaktionär-nationalistischen Positionen ab und fordern die Auseinandersetzung mit dem „modernen" Pluralismus, „in welchem die politische Integration nur noch partiell und funktional sein kann und darf" (vgl. Sutor, a. a. O., S. 92).
[46]) F. Nuscheler / W. Steffani (Hrsg.), Pluralismus — Konzeptionen und Kontroversen, München 1972, S. 30 f.

tutiven Voraussetzungen eines Modells, das nur funktionieren kann, wenn ein nicht-kontroverses Feld des Minimalkonsenses (im Gegensatz zum kontroversen Sektor der Politik im „eigentlichen Sinne") auf der Ebene von Verhaltensnormen für alle verbindlich gemacht werden kann.

Nachdem nicht nur „kluge Konservative", sondern überdies sogar (!) „katholische Bischöfe" bereits 1969 erkannt hatten, „daß der Pluralismus durchaus eine konservierende Institution zu werden im Begriff ist" [47]) und daß ältere staatsmetaphysische Wendungen nicht mehr unserer „politischen Zeitlage entsprechen" (W. Mickel), lautet heute der ohne erkennbare Unterschiede vorgebrachte Grundtopos der politischen Bildung: „offene, plurale und freiheitliche Gesellschaft" (M. Hättich) [48]), „pluridimensionale Realität" (K. G. Fischer) [49]), „offene, pluriforme Gesellschaft" (Mickel) [50]) bzw. in der bei dem bekannten liberalen Didaktiker H. Giesecke häufig anzutreffenden Form eines faulen Kompromisses „Bedingungen einer pluralistischen und das heißt in Bevorteilte und Benachteiligte gegliederten Gesellschaft" [51]). Diese Aufzählung ließe sich beliebig vermehren.

Es liegt nur in der Konsequenz dieser „Umorientierung", dieses „Umdenkens" etc. weg von einem vorgegebenen bonum commune und einer staatszentrierten Integrationslehre, die didaktisch entweder einherging mit reiner Institutionenkunde oder partnerschaftlicher Verhaltensprägung, daß die Kluft zwischen politischer Theorie und politischer Wirklichkeit heute merklich geschlossener wirkt. Gerade diese Diskrepanz zwischen der Propagierung einer Theorie in Anlehnung an die klassisch-radikaldemokratische Demokratievorstellung und der so anders gearteten Realität wird bei Fraenkel und Dahrendorf und damit der überwiegenden Mehrheit der politischen Didaktiker endgültig aufgehoben. Unter dem Siegel der Modernität und Realitätsnähe findet bei Schumpeter, bei Fraenkel etc. eine Angleichung der Norm an die Realität statt mit dem Ergebnis, daß eine weitere Berufung auf klassisch-radikaldemokratische Theorien als erster Schritt zum „Totalitarismus" gewertet wird. Da eine Erziehung, die die aktive Teilnahme des Bürgers an der Politik als Ideal hinstellt, nicht nur notwendig (wegen einer angeblich anthropologisch vorgegebenen „geringen" politischen Motivation des Durchschnittsbürgers) scheitern müsse, sondern überdies durch Manipulation, Emotionalisierung, Ideologisierung etc. gerade auch die Grundlagen der Demokratie untergrabe, könne eine verantwortungsvolle politische Erziehung nur eine „Erziehung zu rationaler Auswahl zwischen den verschiedenen Führungsgruppen sein" [52]).

Damit ist — und das scheint die didaktische Quintessenz dieser „Modernisierung" und „Verwissenschaftlichung" zumindest auf diesem Gebiet zu sein — eine weitgehende Funktionalisierung, eine Normierung vorfindbarer Realität an die Stelle einer didaktischen, äußerst fruchtbaren Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit getreten (was nicht gleichzusetzen ist mit Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit). Die Reflexion darüber, was Demokratie heißt und heißen könnte, wird abgeschnitten zugunsten einer höchst problematischen Wendung, die, verkürzt und auf den demagogischen Raster eines Schelsky gebracht, in etwa lautet:

47) H. Kohl, Pluralismuskritik in der Bundesrepublik, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 12/1970, S. 38.
48) M. Hättich, Das Wesen der politischen Unterweisung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 4/1969, S. 24.
49) Fischer, Einführung . . ., a. a. O., S. 120.
50) W. Mickel, Curriculumforschung und politische Bildung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 19/1971, S. 28.
51) H. Giesecke, Didaktik der politischen Bildung, neue Ausgabe 1973, S. 137.
52) So der Politologe G. Grosser, Linksradikale Demokratiekritik und politische Bildung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", B 22/1970, S. 15.

Wer mehr Demokratie will, zerstört sie und führt einen auf utopischen Annahmen beruhenden Totalitarismus herbei.

Das Fraenkelsche, letztlich harmonische Modell, in dem eine frühliberale „invisible hand" die Interessenunterschiede (nicht: Klassengegensätze) ausgleichend zum Wohle aller miteinander arrangiert, funktioniert nur auf der Basis eines Minimalkonsenses. Verschwiegen wird dabei allerdings, daß zur Erreichung eines solchen Fundamentalkonsenses Denksperren errichtet werden müssen, die unter Umständen weitaus gravierender, weil subtiler, „offener" und im vorgegebenem Rahmen auch revisionsfähiger sind als frühere Integrationsideologien.

Zur Wissenschaftstheorie

Wenn wir uns nun der letzten Säule „moderner" politischer Bildung zuwenden, ihrer wissenschaftstheoretischen Grundlage, so liegt das Verbindungsglied zwischen den eingangs angeführten drei anderen Themenbereichen bei der „Realitätsnähe" und der „Modernität".

Der hier auftauchende Schlüsselbegriff „Ideologiekritik", der im Zeichen des Pluralismus und der Wandlungsfähigkeit „moderner" und „offener" Gesellschaften als Grundlage den „kritischen Rationalismus" und als Ziel die „kritische Loyalität" (Sutor, Giesecke etc.) des „modernen Staatsbürgers" hat, macht folgendes deutlich: Die Abkehr von normativen Systemen, insbesondere die Abkehr von einem a priori normativ gesetzten Gemeinwohlbegriff als Basis der politischen Pädagogik setzt auf der Ebene metatheoretischer Vorreflexion eine Theorie voraus, die die im Bereich der Einzeltheorien stattfindende Formalisierung (Vorrang der Methode vor dem Inhalt) wissenschaftstheoretisch absichert. Diese Theorie ist der „kritische Rationalismus" bzw. der Neo-Positivismus.

Dieser „Kritizismus", wie er beispielsweise von *H. Albert* vorgetragen wird, versteht sich (übrigens im Gegensatz zu strengen Positivisten wie z. B. in der Pädagogik Felix v. Cube) als eine alle Lebensbereiche umfassende Philosophie der „Aufklärung". Diese Art des Positivismus, die sich selbst als „Lebensweise" mit „ethischen Konsequenzen" (H. Albert) begreift, wird für die Pädagogik zwar interessant, bedarf aber offenbar in kompromißhafter Absicherung nach links (wer ist nämlich heute schon gern Positivist!) der Ergänzung und Versicherung, man sei nicht nur Anhänger des kritischen Rationalismus, sondern *auch* der „kritischen Theorie". Mit anderen Worten: im Bereich der politischen Bildung (aber nicht nur hier) sind es gerade die „modernen" und liberalen Autoren (wie z. B. Giesecke, Hilligen, Fischer etc.), die sich zu *zwei* Positionen bekennen — dem Neo-Positivismus *und* der „kritischen Theorie" der Frankfurter Schule, was den Vorteil hat, daß das Adjektiv „kritisch" gleich in zweifacher Bekräftigung auftaucht. Diese Rückversicherung nach zwei Seiten (übrigens der gleichen liberalen Medaille) wiegt die Verwässerung der Positionen allemal auf.

Der „theoretische Pluralismus" als Kernstück neopositivistischer Wissenschaftsauffassung [53]) und die prinzipielle „Offenheit" für „alternative Lösungsmöglichkeiten" in praktischen Lebensfragen machen diesen Ansatz zur einzig plausiblen Philosophie eines reformfreudigen Liberalismus, sei es in konservativ-technokratischer, liberaler oder sozialdemokratischer Fassung. Zwar entsprechen weder veraltete philosophische Gebäude (wie z. B. historisch-hermeneutische, phänomenologische, existenzial-philosophisch christliche etc.) dem hier vertretenen Inter-

[53]) Vgl. H. Albert, Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1968, S. 49.

esse an einer modernen und zeitgemäßen kapitalistischen Industriegesellschaft, vor allem aber entspricht ihm nicht eine mögliche sozialistische Alternative. Da sich dieser Ansatz gleichwohl als „offen" genug erweist (vielleicht im Gegensatz zu ihren theoretischen Ziehvätern, wohl aber auf der Ebene der Vulgarisierung philosophischer Positionen zwecks pädagogischer Praktikabilität), ein für alle Beteiligten gefälliges Arrangement mit den hermeneutischen Positionen der Frankfurter Schule wie auch mit den konservativen „Normativisten" einzugehen, beinhaltet die von Albert und Popper geforderte Abwehr *aller* Ideologien — seien sie schwarz, braun oder rot — im Namen von „kritischer Rationalität" und Revisionsfähigkeit begrenzt gültiger Wahrheiten in der Praxis — hier übrigens ganz auf dem Boden der Totalitarismustheorien — eine dezidierte antisozialistische Position.

Da jene älteren bürgerlichen Theoreme und Ideologien ohnehin im Schwinden sind und keine Integrationskraft mehr entfalten, da selbst konservativste Autoren (wie z. B. Assel) — sich offenbar an die alte Verwandtschaft von Konservatismus und Positivismus erinnernd [54] — neuerdings sich offen zum Positivismus bekennen und weitgehend ohne „politische Theologie" auskommen, ist die Stoßrichtung eindeutig und auf dem Hintergrund unserer politischen Landschaft gegen links gerichtet. Und dies, obwohl ein Großteil der pädagogischen Vertreter dieser „modernen" Konzeption (wie Mollenhauer, Engelhardt, Roloff, Giesecke etc.) lange Zeit von christlich-abendländisch-konservativen Autoren heftig befehdet wurden und werden.

Die Hauptwaffe einer solchermaßen „undogmatischen" und vorurteilsfreien Lebenskonzeption lautet „Ideologiekritik" und Aufklärung, d. h. Erziehung zu rationalem Problemlösungsverhalten, wobei Rationalität hier gemeint ist als konsensuelles, prinzipiell kompromißbereites Verfahren und Verhalten.

Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde die Forderung nach Ideologiekritik vorwiegend von linker Seite vorgetragen als Forderung nach Aufdeckung von Denkansätzen, die Partikularinteressen für das allgemeine Interesse ausgeben und damit bestehende Herrschaft absichern und legitimieren. Da die so verstandene ideologiekritische Analyse jedoch nicht von einem manipulativen „Priestertrug" ausgeht, sondern von den objektiven materiellen Voraussetzungen, die die Notwendigkeit von falschem, d. h. ideologischem Bewußtsein bedingen, ist sie nie nur Analyse methodisch falscher Denkweise, sondern stets auch Analyse eben dieser bedingenden materiellen Voraussetzungen.

Inzwischen jedoch ist der Begriff „Ideologiekritik" zu einem Schlüsselbegriff im Kampf der konservativen und liberalen Autoren gegen all jene Theorien geworden (in der Praxis jedoch nur gegen eine, nämlich die marxistische), die sich dem Wissenschaftsverständnis des Neo-Positivismus nicht unterwerfen. Wer die hier vorgenommene Reduzierung von Philosophie auf die Methode der Erkenntnisgewinnung nicht akzeptiert, wird schlicht zum Metaphysiker. Wer prinzipiell an einem durch das Kriterium Praxis konstituierten Wahrheitsbegriff festhält und sich daher weigert, die scheinbare Naturhaftigkeit gesellschaftlicher Prozesse mit der gleichen Methode zu analysieren wie reale Naturvorgänge, der verfällt dem Verdikt der Ideologie, nämlich dem Vorwurf unsauberen, unlogischen, Fakten- und Werturteile vermischenden, Widersprüche zulassenden, kurz: dogmatischen Denkens.

[54] Vgl. H. Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971, S. 352.

Wie sehr die Ablösung älterer bürgerlicher Ideologien offenbar der Strukturnotwendigkeit einer Gesellschaft entspricht, die nach 20jähriger mittelständischer Herrschaft geistiger Stagnation und autoritärer Leitbilder den Anschluß an die „Modernität" sucht, wird deutlich, wenn man feststellt, mit welchem Eifer Autoren aller Schattierungen den unaufhaltsam voranschreitenden „theoretischen Pluralismus" begrüßen — die einen, um ihren Anspruch als moderne Führungselite zu rechtfertigen, die anderen, um den Geruch politischer Antiquiertheit abzustreifen und den Anschluß an die Entwicklung nicht zu verpassen.

Nachdem noch bis ca. Mitte der 60er Jahre das von Mollenhauer, Giesecke und einer Reihe anderer, meist hessischer Didaktiker vorgetragene Schlüsselwort-Profil konflikttheoretisch orientierter didaktischer Kategorien einen realen Fortschritt darstellte, sind es heute gerade auch CDU-nahe Autoren, die sich im Namen von kritischer Rationalität, Ideologiekritik, Sachlichkeit, Realitätsnähe, Aufklärung, vorurteilsfreier Urteilsbildung, Abwehr von Dogmatismus etc. unter häufiger Berufung auf Popper, Topitsch und Geiger [55]) zum Anwalt eines theoretischen Pluralismus machen.

Wenn aber, so lautet die Argumentation, in der „offenen" pluralistischen Gesellschaft verbindliche Normsetzungen auf der Ebene von Weltanschauungen nicht nur möglich, sondern auch gar nicht wünschenswert sind, so muß unterhalb dieser Ebene um so stärker ein Konsens über den nicht vorhandenen Konsens hergestellt werden. Hier wird deutlich, was mit „Pluralität" gemeint ist. Die willkürliche Trennung von „Denken" und „Verhalten" bewirkt, daß man zwar eine plurale, privatistisch-individuelle Meinungsvielfalt zuläßt, dort jedoch, wo Denken praktisch wird — im Verhalten — normierend eingreift. Da man, liberal und skeptisch zugleich, nicht sicher ist, daß auf dem Markt des Denkens eine unsichtbare Hand alles zum Besten lenke, behält man sich vor, mögliche praktische Konsequenzen von Theorien, die von ihren eigenen Voraussetzungen nicht folgenlos bleiben wollen, eben doch wieder in die Schranken zu weisen. Die scheinbar progressiv-liberale Komponente, die für sich selbst beansprucht, als Anti-Ideologie optimale Entfaltungsmöglichkeit zu garantieren, erweist sich in Wahrheit als repressiv dort, wo das Verhalten nach Maßgabe eben nur dieser einen Konzeption reguliert und beeinflußt werden soll [55a]).

Wenn aber eine Ideologie explizit als Anti-Ideologie auftritt, wenn überdies „divergierendes Denken", Denken in Alternativen etc. Grundvoraussetzung von gesellschaftlichem Wandel ist, so verlieren *Inhalte* zusehends an Bedeutung zugunsten von *Methoden*. So schreibt der CDU-nahe konservative Politologe Hättich: „Für eine freiheitlich menschenwürdige Gesellschaft ist weniger wichtig, worin die Leute übereinstimmen, als vielmehr, wie sie miteinander umgehen" [56]).

Nicht mehr die gedankliche Durchdringung von gesellschaftlichen Gesamtzusammenhängen und die Kenntnis ihrer historischen Gesetzlichkeit als Voraussetzung von wahrhaft emanzipatorischem Handeln, sondern das regelkonforme *Verhalten*, die Interaktions- und Kommunikationsstrukturen und ihre Beeinflussung treten zusehends in den Vordergrund didaktischer Überlegungen, auch und gerade bei Autoren, die sich selbst dem Leitbild der Emanzipation verpflichtet sehen, dieses Leitbild aber im Rahmen individualistischer „Mündigkeit" begreifen, d. h. als Fähigkeit zur interessen-pluralistischen Spielregelausschöpfung.

55) z. B. H.-G. Assel, Ideologie und Ordnung als Problem politischer Bildung, München 1970, S. 30—40.
55a) Vgl. in diesem Zusammenhang die grundlegenden Ausführungen von M. v. Brentano, Wissenschaftspluralismus als Kampfbegriff, in: „Das Argument", H. 66/1971, S. 476 ff.
56) Hättich, in: Pfizer, a. a. O., S. 98.

Auch hier, so scheint es, schließt sich der Kreis der ineinandergreifenden Veränderungen im Bereich der politischen Bildung. Ebenso wie in der demokratietheoretischen Diskussion die „realistische" Wende darin bestand, unter Verzicht auf explizit demokratische Werte funktionale und technische Aspekte des geregelten Elitenwechsels zu den „eigentlichen" und relevanten Problemen zu machen [57]), so ist auch in der politischen Bildung eine weitgehende Funktionalisierung von Inhalten im Hinblick auf regelkonforme Verhaltenspositionen festzustellen. Mittel und Methoden wie „rationale Konfliktaustragung", „Toleranz" und „Kompromißbereitschaft" werden damit hypostasiert zum eigentlichen Ziel, zum Selbstzweck und zu demokratischen Tugenden schlechthin, hinter denen meist nur noch unausgesprochen das eigentliche Ziel, nämlich die Selbsterhaltung des „Systems" steht.

Zur Verdeutlichung des hier Behaupteten sei folgendes angeführt: Mitte der 60er Jahre erschienen die ersten Untersuchungen zur Wirksamkeit der politischen Bildung. Die Ergebnisse machten deutlich, daß die Ziele, nämlich die Heranbildung des kritisch-loyalen und engagierten, zumindest aber politisch interessierten und „wachen" Staatsbürgers, nicht erreicht worden waren. Diese relativ frühen Signale waren mit einer der Anlässe für die allmähliche Abkehr von der sterilen und — wie die Praxis zeigte — unwirksamen „Institutionenkunde". Wenn aber Apathie und politisches Desinteresse auch für Befürworter stärkster Integration ein nicht akzeptables Ergebnis ist und sein kann [58]), wenn ferner die neuere amerikanische Demokratieforschung, ausgehend von der Wahlforschung, mehrheitlich das Stabilitätsoptimum als in der Mitte zwischen Engagement und Untätigkeit liegend definiert, so ist die Forderung nach Handlungsbereitschaft und kritisch-loyaler Partizipation des Staatsbürgers zwar der Form nach progressiv, gemessen an dem Zustand, den es zu überwinden galt, dem Inhalt nach — und gemessen an der Tatsache, daß heute eine große Zahl von Jugendlichen die geforderte Loyalität in Zweifel zu ziehen bereit ist — durchaus im Einklang mit den optimal angesehenen Partizipationsbedingungen westlicher Demokratien.

Die Frage nach möglichen Alternativen, die sich aus dem bisher Gesagten ergibt, kann, so scheint mir, nicht auf der vordergründigen und maximalistischen Ebene einer „Erziehung zum Klassenkampf" und zum „Klassenbewußtsein" aufgegriffen werden. H. Giesecke, der mit der Irritiertheit des durch die Studentenbewegung verunsicherten Liberalen die Frage auf dieser Ebene aufnimmt, hat gerade hier gegenüber seinen vermeintlichen oder realen linken Gegnern leichtes Spiel. Das Überspringen historischer Entwicklungszusammenhänge durch die zum Teil voluntaristische Option für „proletarische Parteilichkeit" ist nicht dagegen gefeit, das genaue Gegenteil zu bewirken oder aber angesichts des nicht schnell genug sich einstellenden Erfolgs zu resignieren.

Wenn der hier analysierte Prozeß einer seit längerem anhaltenden und auch im Bereich der politischen Bildung sich durchsetzenden Umdefinition von Demokratie realiter ihren *Abbau* bedeutet, so gilt es zunächst, die Diskussion dort aufzunehmen, wo sie von den bürgerlichen Theoretikern zunehmend als „überholt" abgetan wird. Erst die Diskussion über explizit demokratische Werte wie Freiheit *und* Gleichheit als Voraussetzungen von Selbstbestimmung kann im historischen Kontext der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft die realen, nämlich ökono-

57) Vgl. G. Zimpel, Selbstbestimmung oder Akklamation? Stuttgart 1972, S. 126.
58) In der Offenheit der Wortwahl nicht unbedingt typisch, dem Inhalt nach jedoch repräsentativ dürften die Ausführungen Assels (in: Assel, Ideologie, a. a. O., S. 21 f) sein: „Nur wenn es gelingt, die verantwortungslosen ‚Massen' an den Staat heranzuführen, sie zu politischer Einsatzfreudigkeit zu bewegen, wird das demokratische Denken Wurzeln schlagen . . ."

misch und politisch bedingten Grenzen ihrer Realisierbarkeit unter gegebenen Verhältnissen aufzeigen. Im Gegensatz zu manchen sozialliberalen Autoren, die, ausgehend von einer Art Teleologie des Fortschritts, die Geschichte seit 1789 als unaufhaltsamen, wenn auch von Emanzipationskämpfen begleiteten Aufstieg auf der Treppe „der" Demokratie interpretieren (wie z. B. Giesecke), wäre zu zeigen, daß die Grenzen dieses Prozesses auf dem Hintergrund bürgerlicher Klassenherrschaft bereits im 19. Jahrhundert von Tocqueville und anderen bis auf unsere Tage immer wieder genau dort gezogen werden, wo die Frage nach Freiheit und Gleichheit materiell und nicht nur formal gestellt wird.

Es käme also darauf an, in einem historischen Rückgriff zu zeigen, daß der Kampf für die Realisierung demokratischer Werte konsequenterweise eine Option für eine qualitative Veränderung der gesellschaftlichen Grundlagen bedeutet, auf der sie überhaupt erst realisierbar werden. Als erstes wäre daher entgegenzuwirken der Entdemokratisierung, der auch und gerade durch die „modernen" und „realitätsnahen" Demokratie-Modelle Vorschub geleistet wird.

*

Soviel zur grundsätzlichen, relativ abstrakten Problematik. Nun sind aber didaktische Fragen immer auch politische Fragen, deren konkrete Beantwortung von der je spezifischen Kräftekonstellation abhängt.

Die Schule — und hier wiederum vor allem die „ideologischen", „sinngebenden" Fächer — ist in der letzten Zeit Gegenstand zunehmender parteipolitischer Auseinandersetzungen geworden, die unsere These auf den ersten Blick zu widerlegen scheinen. Die zur Diskussion stehenden Probleme, insbesondere Fragen des Berufsverbots und der Rahmenrichtlinienentwürfe, d. h. die Lehrinhalte und die potentiellen Träger ihrer Vermittlung, bezeichnen den aktuellen Horizont der Auseinandersetzung, wobei sich jedoch, angetrieben durch die Polemik der Opposition, stillschweigend wiederum so etwas wie eine große Koalition gegen „die Verfassungsfeinde" durchzusetzen scheint.

Soll jedoch die im Verlauf der bisherigen Erörterungen vorgetragene These — allmähliche Durchsetzung der pluralen Fassung einer neuen Einheitsideologie — nicht zu der vorschnellen und abstrakten Negation *aller* neueren Tendenzen führen, so gilt es zunächst, an die aktuelle, zwischen den etablierten Parteien verlaufende Auseinandersetzung anzuknüpfen, um zu einer genaueren Einschätzung der Situation zu kommen.

Wenn nämlich die Opposition, vertreten durch ihre ideologischen Wortführer Maier, Schelsky etc., heute stärker als bisher die Ebene der Auseinandersetzung bestimmt, wenn sie willkürlich und demagogisch eine Scheidelinie zwischen Sozialstaat *oder* Rechtsstaat und analog dazu zwischen Verfassungsfeinden und Hütern der Verfassung (verstanden als Garanten von Recht, Ordnung und Besitzverhältnissen) ziehen kann, so bedeutet dies weder, daß wir es mit dem von ihr unterstellten und beschworenen Linksruck zu tun haben, noch gar mit einer schon in den Schulen ansetzenden Strategie der Systemüberwindung, wohl aber bedeutet es, daß wir uns auf einen massiven, irrationale Ängste mobilisierenden Rechtsruck einstellen müssen, der, ausgehend von der restriktiven Verfassungsinterpretation der Opposition bis hin zur SPD mit ihrer administrativen Ausschaltetaktik innerparteilicher Opponenten, seine Wirkungen zeitigt.

In diesem demagogisch angeheizten, wenn auch jeglicher realer Grundlage entbehrenden Klima der Revolutionsfurcht, die gerade auch durch bildungspolitische Themen geschürt wird, sind zunächst die Bedingungen konkreten politischen Handelns auszumachen.

Es spricht einiges dafür, daß sich im Bereich der Ausbildungsstätten für fortschrittliche Kräfte eine defensive Phase abzeichnet. Daher kommt es stärker als bisher noch auf eine Einigung aller demokratischen und sozialistischen Kräfte an, denen „Systemüberwindung" nicht nur ein abstrakt vorschwebendes Ziel, sondern eine in der Alltagspraxis täglich zu erkämpfende Perspektive ist. Gerade in einer Phase nachlassender Bildungsreformeuphorie, deren Ursachen hier nicht aufgezeigt werden müssen, ist es nötig, in breiter Öffentlichkeitsarbeit gegen Revisionen, Rücknahmen und kompromißhafte Abschwächungen der relativ fortschrittlichen Komponenten in Rahmenrichtlinienentwürfen anzugehen. Ein liberales Modell ist allemal besser als ein konservatives, und mag die dahinterstehende Anpassungsstrategie noch so deutlich sein.

Fragen der Sozialisation, des Unterrichts und der Lehrinhalte können indessen nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit den Möglichkeiten gegenwärtiger Lehrerausbildung und den Möglichkeiten späterer Berufspraxis stehen und im Sinne der hier angestrebten Demokratisierung als Voraussetzung qualitativer gesellschaftlicher Veränderung beantwortet werden. Mindestens drei ineinandergreifende Faktoren sind zu beachten, wenn diese Zielsetzung nicht im luftleeren Raum stehenbleiben soll: Wer für demokratische Lehrinhalte plädiert, muß gleichzeitig für die Herstellung von Bedingungen eintreten, unter denen sie vermittelt werden können. Der Kampf gegen das Berufsverbot ist insofern direkter Bestandteil der Auseinandersetzung auf curricularer Ebene. Aber auch der Abbau demokratischer Lehr- und Lernbedingungen an den Hochschulen, dessen vorläufiger Schlußstein das Karlsruher Urteil bei gleichbleibend schlechten materiellen Arbeitsbedingungen sein dürfte, ist in einem unmittelbaren Sinne Verhinderungsstrategie gegen die Durchsetzung bestimmter Lehrinhalte und kann bei der Antwort auf die scheinbar rein didaktische Frage „Was lehren?" nicht vernachlässigt werden.

Der dritte Faktor schließlich betrifft die realistische Einschätzung und Nutzung der Möglichkeiten halbwegs fortschrittlicher, wenn auch insgesamt unzureichender didaktischer Konzeptionen.

Wenn z. B. Giesecke, einer der didaktischen Vorläufer der hessischen Rahmenrichtlinien im Fach Gesellschaftslehre, für eine im Mannheimschen Sinne verstandene „Fundamentaldemokratisierung" eintritt, so sollte dieser Anspruch aufgegriffen und durchaus gegenüber seinen konservativen Kritikern verteidigt werden, wohl wissend, daß Gieseckes Grenzen genau dort abgesteckt sind, wo sein Anspruch über die liberale Ideologie hinaus Realität werden müßte.

Die weitgehend formalen und gerade deshalb so fortschrittlich und unverbindlich zugleich wirkenden didaktischen Kategorien wie „Konflikt", „Emanzipation", „Solidarität", „Demokratisierung" etc. sind aufzugreifen und im Rahmen des jeweils konkreten Handlungsspielraums inhaltlich auszufüllen.

Doch hier beginnen heute die Schwierigkeiten. Denn was fehlt, sind nicht so sehr die didaktischen Alternativvorstellungen, die vom Begriff des „strategischen Lernens" im Rahmen einer antikapitalistischen Strategie in den Gesamtschulen über

Negts marxistisch verstandenes „exemplarisches Lernen" bis hin zu didaktischen Entwürfen auf der Basis marxistischer Erkenntnistheorie gehen. Was heute fehlt, ist, so scheint mir, eine einheitliche politische Perspektive derjenigen Kräfte, die den Begriff „Demokratisierung" an einem konkreten Gegner, den ökonomisch Herrschenden und ihren Ideologen, festmachen. Was weiterhin fehlt, ist organisatorischer Rückhalt. Isolierte Lehrer, isolierte Schüler mögen noch so engagiert sein — sie werden unausweichlich mit ihren Vorsätzen scheitern, sei es aufgrund taktischer Fehler, zu hoch gesteckter Ziele, psychischer Belastungen oder einfach aufgrund der schleichenden Anpassungsgefahr. Am meisten aber fehlen die konkreten Bedingungen für die Durchsetzung dieser Ziele im Beruf, bzw. werden sie dort, wo sie existieren, systematisch abgebaut. Sie herzustellen, scheint mir daher heute vorrangiges Ziel zu sein.

Zu Fragen der marxistischen Klassentheorie und zur Analyse der Stellung der Intelligenz im entwickelten Kapitalismus

Von Christoph Kievenheim

Der nachstehende Aufsatz von Christoph Kievenheim nimmt Bezug auf den Diskussionsbeitrag von Niels Beckenbach und Rüdiger Seltz „Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und Technische Intelligenz", den wir in Heft 12/1973, S. 1342 ff, veröffentlichten. D. Red.

I

In Heft 12/1973 dieser Zeitschrift haben sich Niels Beckenbach und Rüdiger Seltz, Mitarbeiter der „Projektgruppe Technische Intelligenz am Institut für Soziologie der FU Berlin", mit den Untersuchungen marxistischer Gesellschaftswissenschaftler zu Problemen der Intelligenz auseinandergesetzt [1]). Anlaß ihrer Überlegungen waren Diskussionen auf der im Mai des vergangenen Jahres in Frankfurt/M. veranstalteten theoretischen Konferenz des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) zu Fragen der Klassenstruktur und des Klassenbewußtseins im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD. Zentraler Gegenstand der Kritik von Beckenbach/Seltz sind die theoretischen Arbeiten des IMSF zur marxistischen Klassentheorie und Sozialstrukturanalyse, besonders

[1]) Niels Beckenbach / Rüdiger Seltz, Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und technische Intelligenz, in: „Blätter", 12/1973, S. 1342 ff.

jene Abschnitte, die sich mit der Stellung der Intelligenz im entwickelten Kapitalismus beschäftigen. Der Verlauf der Diskussion auf der Frankfurter Konferenz war entscheidend durch die umfangreichen theoretischen und sozialstatistischen Vorarbeiten des IMSF zur Entwicklung der Klassen- und Sozialstruktur in der BRD in den Jahren 1950—1970 bestimmt. Einen breiten Raum innerhalb der Diskussionen nahm die Kontroverse mit Mitarbeitern des Westberliner „Projekts Klassenanalyse" bzw. des „Projekts Technische Intelligenz" ein.

Die zunehmende Entfaltung und Wirksamkeit des theoretischen Potentials der mit der realen politischen Arbeiterbewegung in der BRD verbundenen Kräfte — die von der Stärkung dieser Bewegung selbst nicht zu trennen ist — bewirkt heute die Orientierung einer Reihe theoretisch arbeitender Zirkel und Projektgruppen an den Universitäten der BRD und Westberlins auf die intensivere Beschäftigung mit den im Spektrum kommunistischer Parteien vertretenen theoretischen Positionen. Es ist unverkennbar, daß diese Orientierung gepaart ist mit einer beginnenden Erkenntnis über die Bedeutung kommunistischer Parteien als Organisationen des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse [2]).

Ist diese Einsicht auch noch keineswegs immer über ein Verständnis der Konstitutionsbedingungen proletarischer Klassenorganisationen, ihrer Strategie und ihrer konkreten Aufgaben vermittelt, müssen jene Zirkel und Projektgruppen doch von der Unzahl „linker" Sektierergruppen, welche sich nur in der Bekämpfung kommunistischer Positionen zusammenfinden, genauestens unterschieden werden.

Bei der Diskussion des vorliegenden Aufsatzes und anderer Arbeiten der „Projektgruppe Technische Intelligenz" ist es zunächst erforderlich, auf die politischen Implikationen, wie sie von den Autoren in unserem klassentheoretischen Ansatz im allgemeinen und der Bestimmung der Intelligenz im besonderen vermutet werden, einzugehen. Beckenbach/Seltz machen der Diskussionsrichtung des IMSF den Vorwurf, in der Intelligenz *„lediglich* einen Bündnispartner der Arbeiterklasse" [3]) zu sehen (Hervorhebung v. Verf.). Es war auch unser Eindruck auf der Frankfurter Konferenz, daß sich hinter solchen Formulierungen die Befürchtung verbirgt, die klassentheoretische Unterscheidung zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse könne die Einsicht in die Bedeutung einer marxistischen Intelligenzpolitik in der Entfaltung der Strategie des demokratischen und sozialistischen Kampfes verdrängen. Nun ist gerade in jüngster Zeit wiederholt betont worden, daß die Kommunisten der Frage, „auf welcher Seite sie (die Intelligenz — d. Verf.) im Klassenkampf steht, allergrößte Bedeutung" [4]) zumessen. In unserem Referat auf der Frankfurter Konferenz ist herausgearbeitet, daß „die Intelligenz und die lohnabhängigen Mittelschichten zunehmend zum Hauptadressaten der antimonopolistischen Bündnispolitik" [5]) werden. Zugleich wird auf die „Wechselwirkung und Überlagerung" von antimonopolistischer Bündnispolitik und Aktionseinheitspolitik der Arbeiterbewegung verwiesen, die sich aus der Subsumtion relevater Gruppen der Intelligenz unter das Kapitalverhältnis, ihrer Konzentration in den Großbetrieben u. a. ergibt. Darüber hinaus resultiert die Bedeutung der Politik der Arbeiterbewegung gegenüber der Intelligenz aus deren Stellung als Spezialisten und Leitungsagenten

2) Zur Einschätzung der DKP durch das „Projekt Klassenanalyse": Projekt Klassenanalyse, Zur Taktik der proletarischen Partei, Berlin (West) 1972, S. 10.
3) Beckenbach/Seltz, a.a.O., S. 1342.
4) Willi Gerns / Robert Steigerwald, Chile und der Kampf der DKP um antimonopolistische Demokratie und Sozialismus, in: „Marxistische Blätter", 6/1973, S. 18—27, hier: S. 25.
5) Eberhard Dähne / Heinz Jung / Christoph Kievenheim, Zur Klassenstruktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD (Thesen zu den Referaten der IMSF-Tagung am 26. und 27. 5. 1973 in Frankfurt/M zum Thema „Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD").

innerhalb der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse, eine Stellung, die sie für die Arbeiterklasse auch im Prozeß der politischen Machtentfaltung und Machterhaltung zu einem unentbehrlichen Partner werden läßt. In diesem Zusammenhang äußert sich bereits Friedrich Engels über die Technische Intelligenz: „Um die Produktionsmittel in Besitz und Betrieb zu nehmen, brauchen wir Leute, die technisch vorgebildet sind, und zwar in Massen [6])." Mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, mit der Zunahme der Intelligenz in allen Bereichen des Reproduktionsprozesses ist ihr Stellenwert innerhalb sozialistischer Strategie, gegenüber anderen gesellschaftlichen Mittel- und Zwischengruppen — die eine quantitativ und qualitativ rückläufige Entwicklungstendenz zeigen (Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende u. a.) — zweifellos gewachsen. Die quantitative Zunahme intellektueller Arbeit und ihre Vergesellschaftung unter der Ägide der Einzelkapitale und des Staates ist mit der Tendenz der Ausprägung ihres Interessengegensatzes gegenüber dem herrschenden Verhältnis des gegenwärtigen Kapitalismus behaftet, der seinen Ausdruck in demokratischen Massenbewegungen, besonders der Studenten, findet. Daß sich der Interessengegensatz der Intelligenz innerhalb des herrschenden Kapitalverhältnisses entfaltet, bedeutet noch nicht, daß sich dieser Prozeß in den gleichen Erscheinungsformen und auf dem gleichen Niveau wie auf seiten des Hauptantipoden des Kapitals — der Arbeiterklasse — vollzieht. Die Einbeziehung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in die Klassenauseinandersetzungen kann — wie auch Beckenbach und Seltz richtig betonen — „nicht mit Gleichmacherei gleichgesetzt werden" [7]). Unsere analytischen Anstrengungen können sich daher auch nicht darauf beschränken, die gesellschaftliche Interessenpolarisierung im allgemeinen zu untersuchen: Es gilt darüber hinaus, einerseits ihre Hauptkräfte festzumachen, wie es andererseits die widersprüchliche Stellung und die spezifischen Zugänge zu den Klassenauseinandersetzungen bei jenen Gruppen, die sich um diese Hauptkräfte gruppieren, zu begreifen gilt. Auf dieser Ebene der Reflexion kann unsere Analyse auch mit der wichtigen politischen Lehre vermittelt werden, die Bert Brecht unter den „Voraussetzungen für die erfolgreiche Führung einer auf soziale Umgestaltung gerichteten Bewegung" nennt: „Aufgabe alles unehrlichen Behandelns (...) der verbündeten Schichten, dagegen Aufspürung und Verteidigung ihrer wirklichen Interessen [8])."

II

Die kontroversen theoretischen Positionen in der Bestimmung der Stellung der Intelligenz in der Klassen- und Sozialstruktur sind spezifischer Ausdruck unterschiedlicher Bestimmungen der theoretischen Grundlagen marxistischer Klassenanalyse und der Rezeption zentraler Aussagen marxistischer Gesellschaftstheorie überhaupt. Beckenbach/Seltz verweisen auf den klassentheoretischen Gesamtzusammenhang, wenn sie die Frage nach dem Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz immer wieder in den Mittelpunkt ihrer Bemerkungen stellen. In der Buchpublikation der „Projektgruppe Technische Intelligenz" „Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter" — auf die ich mich im folgenden zunächst beziehen werde — versuchen die Autoren die Stellung einer Teilgruppe intellektueller Arbeiter im Rahmen der allgemeinen Bestimmung von Klassenlage und Bewußtseinsformen „produktiver Arbeiter" zu analysieren.

6) Engels an August Bebel 24.—26. 10. 1891, MEW Bd. 38, S. 185—189, hier: S. 189.
7) Beckenbach/Seltz, a.a.O., S. 1356.
8) Bertolt Brecht, Gesammelte Werke 20, Schriften zur Politik und Gesellschaft, Frankfurt/M 1967, S. 117.

1) Ausgangspunkt ihrer Überlegungen sind die „Bestimmungen des Kapitals im allgemeinen" [9]). Für den Versuch einer Explikation gegenwärtiger kapitalistischer Klassenverhältnisse — besonders des Begriffs der Arbeiterklasse — bilden diese Bestimmungen in den Arbeiten des „Projekts Technische Intelligenz" offensichtlich zugleich einen Endpunkt. Die Anatomie kapitalistischer Produktionsverhältnisse wird, sofern überhaupt entfaltet, nicht mehr in ihrer historischen Entwicklung untersucht, deren Triebkräfte in ihrer inneren Widersprüchlichkeit angelegt sind. Erst eine solche strukturelle wie genetische Betrachtung würde es jedoch ermöglichen, den Kern der Veränderungen zu erfassen, die sich in der Entfaltung des Kapitalverhältnisses bis zu seiner gegenwärtigen Entwicklungsphase des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) vollzogen haben. Unberücksichtigt bleibt bei den Autoren sowohl die Kategorie des Monopols — als sich aus den Widersprüchen der Kapitalbewegung herausbildendes gesellschaftliches Verhältnis — als auch die Analyse der Rolle des Staates in Ökonomie und Politik des gegenwärtigen Kapitalismus. Die Ausklammerung der historischen Dimension, wie sie bereits in der Darlegung der ökonomischen Grundlagen der Gesamtverhältnisse kapitalistischer Gesellschaften erfolgt, muß notwendig zu einer eklektischen Behandlung ihres Gegenstandes führen: Wollen die Autoren diese als relevante Gruppe gesellschaftlicher Gesamtarbeit überhaupt beschreiben, müssen sie sich mit einer „bestimmten Entwicklung(sphase) des materiellen Produktionsprozesses" [10]) beschäftigen, ist doch die Herausbildung der Intelligenz selbst ein Produkt des bereits zum monopolistischen Kapitalismus entwickelten Kapitalverhältnisses und keineswegs eine ihm *allgemein* angehörige Erscheinungsform. Steht die Betrachtung der Verwissenschaftlichung der Produktion oder der Vergesellschaftung der Leitungsprozesse jedoch einer ahistorischen Darstellung des Gesamtgefüges kapitalistischer Produktionsverhältnisse gegenüber, können für die Analyse der Stellung und der Interessen der Intelligenz wichtige Zusammenhänge nicht mehr adäquat erfaßt werden. Zum Beispiel behandeln die Autoren Wissenschaft und Ausbildung als allgemeine Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, ohne sich der auf einer bestimmten Stufe der Produktivkraftentwicklung für den Reproduktionsprozeß des Kapitals erst relevant werdenden Aktivität des Staates in der Übernahme von Reproduktionsfeldern des konstanten und variablen Kapitals und der Funktion dieser Staatstätigkeit für die Kapitalverwertung anzunehmen.

Gleiche Vernachlässigung erfährt der Zusammenhang zwischen Verwissenschaftlichung der Produktion und Monopolisierung, die Monopolisierung wissenschaftlicher Produktion u. a. Wir haben an anderer Stelle skizziert, daß diese Entwicklungstendenzen bzw. der in ihnen zum Ausdruck kommende Versuch einer Bewältigung der Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung der Produktion in ihrer kapitalistischen Form für die Ausprägung der Klassenbeziehung der Intelligenz gegenüber Kapital und Arbeiterklasse von zentraler Bedeutung sind. Erst aus der Analyse des Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Entwicklungsphase, um die sich die Theorie des SMK bemühen, kann aber auch abgeleitet werden, daß der Gegensatz zwischen gesellschaftlichen Mittelschichten und Monopolkapital für deren gesellschaftliche Stellung insgesamt bestimmende Qualität erreicht.

---

9) Niels Beckenbach / Hans Joachim Braczyk / Sebastian Herkommer / Thomas Malsch / Rüdiger Seltz / Heiner Stück, Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter, Frankfurt/M 1973, S. 95. Unser Beitrag kann sich nicht als Rezension dieses Buches verstehen. Da die Intelligenz- und Leitungsanalyse der Autoren jedoch nur im Zusammenhang ihres klassentheoretischen Gesamtansatzes zu verstehen und zu kritisieren ist, werden wir im folgenden auf einige Darlegungen in ihrer Buchpublikation zurückgreifen.

10) Ebd, S. 221.

Ohne zumindest eine Rezeption dieser Erklärungen erscheinen die anfangs diskutierten Mißverständnisse über die Implikationen von Bündnispolitik unvermeidlich.

2) Beckenbach u. a. tangieren die letztgenannte Problemstellung aber auch deshalb von der Anlage ihrer Arbeiten her nicht, weil sie in ihren grundlegenden Abhandlungen zur technisch-wissenschaftlichen Intelligenz eine Bestimmung des Gesamtsystems der Klassen- und Sozialstruktur im Kapitalismus ausklammern und sich in der Entfaltung des Gegenstandes auf die Lohnarbeiter im allgemeinen und die wissenschaftlich-technischen Lohnarbeiter im besonderen beschränken. Eine solche Reduktion scheint uns vom Standpunkt des Anspruchs einer marxistischen Analyse jedoch erst dann legitim, wenn das Gesamtsystem der Klassenbeziehungen selbst erfaßt ist, wie es in der Arbeit des IMSF sowohl von deren theoretischen und methodischen Grundlagen, wie auch der konkreten Strukturanalyse her geleistet wurde.

3) Mit einem solch verkürzten Ansatz begeben sich die Autoren selbst der Möglichkeit, die theoretischen Grundlagen des Klassenbegriffs innerhalb der marxistischen Gesellschaftstheorie zu reflektieren. Ihre an den Kategorien der „produktiven", indirekt produktiven und „unproduktiven" Lohnarbeit festgemachte Einteilung der Arbeiterklasse nach drei Abteilungen [11]) muß daher auch mehr willkürlich gesetzt als wirklich abgeleitet erscheinen. Eine Reflexion der theoretischen Grundlagen des Klassenbegriffs hätte die Autoren über Kategorien der politischen Ökonomie des Kapitalismus hinaus auf die Substanz und Rolle der Klassen in der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung hinweisen müssen, ihre Qualität als gesellschaftliche Gruppen, handelnde Gruppen, Subjekte des Geschichtsprozesses, aufgedeckt. In ihrer Qualität als gesellschaftliche Gruppen, als Subjekte des geschichtlichen Prozesses, können die Klassen und ihre Begrifflichkeit nicht von der Realität des Klassenkampfes getrennt werden.

Der französische marxistische Philosoph Louis Althusser — dessen Arbeiten in jüngster Zeit in einigen Zirkeln der intellektuellen Linken in der BRD starke Beachtung finden — hat in seiner Polemik gegen John Lewis darauf hingewiesen, daß es die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere und der sich darin manifestierende Klassenkampf ist, der die Teilung der Klassen begründet. Althusser ist insofern zuzustimmen, als er sich gegen die Vorstellung von Klassen als einander gegenüberliegende Mannschaften, die sich „irgendwann" im Klassenkampf begegnen, wendet. „Für den Reformisten existieren die Klassen vor dem Klassenkampf: etwa wie zwei Rugbymannschaften, jede auf ihrer Seite, vor dem Spiel (. . .). Eines Tages begegnen sich die beiden Klassen und treten sich entgegen, und jetzt erst beginnt der Klassenkampf (. . .). Für die Revolutionäre können die Klassen dagegen nicht vom Klassenkampf getrennt werden (. . .). Man muß vom Klassenkampf ausgehen, um die Existenz und die Natur der Klassen verstehen zu können" [12]).

Das für die Klassenteilung konstitutive Ausbeutungsverhältnis mag zunächst zwar nur die aneignende Klasse als Subjekt der Klassenkämpfe in Erscheinung treten lassen, in seiner historischen Entfaltung bestimmt es aber zugleich die Entwicklungsbedingungen des Klassenkampfes der Masse der Arbeiter. „In dem Kampf (. . .) findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen [13])."

11) Ebd, S. 65.
12) Louis Althusser, Réponse a Lohn Lewis, Paris 1973, S. 28 ff. (Übers. C. K.)
13) Karl Marx, Das Elend der Philosophie, in: Marx/Engels, Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Band I, Frankfurt/M 1970, S. 279—312, hier: S. 310.

Die Entwicklung des Kapitalverhältnisses als Entfaltung der kapitalistischen Ausbeutung, bis zu der ihr in der großen Industrie und der Produktion des relativen Mehrwärts adäquaten Form, ist nicht nur insofern als ein Prozeß der Entfaltung der objektiven Bedingungen der Entwicklung des Klassenkampfes der Arbeiter zu bestimmen, als sich mit ihm, d. h. der reellen Subsumtion der Arbeiter unter das Kapital, der Warencharakter der Arbeitskraft entfaltet, die Übergänge zwischen ausgebeuteter und ausbeutender Klasse (als reale Mobilitätsbewegungen) abgeschnitten werden, sondern auch insofern, als sich mit der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, der Nivellierung der Arbeitstätigkeiten und ihrer beruflichen Besonderungen und daraus folgend der Nivellierung ihrer Reproduktionsbedingungen, der massenhaften Konzentration der Arbeiter in der Großindustrie, zugleich Bedingungen der Assoziation der Lohnarbeiter gegen das Kapital herausbilden.

Marx und Engels haben wiederholt auf den Zusammenhang dieser Prozesse mit der Konstituierung der Arbeiterklasse hingewiesen, welche sich von der Masse derjenigen Lohnarbeiter, die erst formell unter das Kapital subsumiert waren, qualitativ unterscheidet. In der Entwicklung der großen Industrie und der mit ihr verbundenen neuen Produktions- und Aneignungsmethoden sehen sie die Geburtsstunde der Arbeiterklasse als „feste Klasse der Bevölkerung" [14]), mit der objektive Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß sich die Arbeiterklasse als „Klasse für sich selbst" konstituiert. Für diese „Umwälzung in den Köpfen" — schreibt Engels — „brauchen wir ein noch rascheres Tempo in der Umwälzung der Produktionsmethoden, mehr Maschinerie, mehr Arbeiterverdrängung, mehr Bauern- und Kleinbürgerruin, mehr Handgreiflichkeit und Massenhaftigkeit der unvermeidlichen Resultate der modernen großen Industrie" [15]).

Die Bestimmung des Begriffs der Arbeiterklasse von der Entfaltung des Warencharakters der Lohnarbeit her knüpft an die Arbeiten von Marx und Engels an. Für die Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse ist davon auszugehen, daß sich im Verlauf der erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses, der Unterordnung weiterer gesellschaftlicher Tätigkeitsbereiche neue Gruppen von Lohnarbeitern herausgebildet haben, die in der Reproduktion und Konsumtion ihrer Arbeitskraft gesonderten Bedingungen unterliegen, für welche der Begriff des entwickelten Warencharakters der Arbeitskraft noch nicht zutrifft. Auch in der Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus ist die Frage nach der Arbeiterklasse „deshalb nicht die Frage nach der Lohnarbeit schlechthin, sondern nach der kapitalistisch verwerteten Lohnarbeit; danach, wie die Lohnarbeit zum Antipoden des Kapitals wird und werden muß, wie sich in der Arbeiterklasse der Gegenpol verkörpert, sich in ihr deshalb auch am kompromißlosesten und klarsten die Interessen aller Lohnarbeiter und anderer vom Kapital ausgebeuteten Schichten ausdrücken müssen. Diesem allgemeinen Ausdruck der Rolle der Arbeiterklasse entspricht in der konkreten Entwicklung, in der Bindung an Großindustrie und Maschinerie die Herausbildung von Disziplin und Kommunikation, Organisiertheit, Konzentration, völliger Differenziertheit zur Gegenklasse in der Produktion usw. — also mit deskriptiven soziologischen Kategorien erfaßbare Eigenschaften, die sich mit der Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft unter den Bedingungen moderner kapitalistischer Produktion entwickeln" [16]).

14) Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Einleitung, MEW, Bd. 2, S. 251.
15) Engels an Max Oppenheimer, 24. 3. 1891, in: MEW Bd. 38, S. 63—65, hier: s. 64.
16) Heinz Jung, Zu den klassentheoretischen Grundlagen einer sozialstatistischen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD, in: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil I Klassenstruktur und Klassentheorie, Frankfurt/M 1973 S. 11—184, hier: S. 100 f.

Der skizzierte Zusammenhang zwischen dem Begriff der Arbeiterklasse und der Entwicklung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital in der Ausprägung des Warencharakters der Arbeitskraft sowie den Konstitutionsbedingungen für die Entfaltung des Klassenkampfes muß für die Autoren des „Projekts Technische Intelligenz" notwendig verloren gehen, wenn sie die Bestimmung der Arbeiterklasse an die *Form der Lohnarbeit* überhaupt binden und ihre Abteilungen nach den Kategorien der „produktiven", „unproduktiven" und „indirekt produktiven" [17]) Arbeiter zu gliedern versuchen. Zwar lassen sich die Autoren offensichtlich ebenfalls von der Intention leiten, mit dem von ihnen gesetzten Begriff der Arbeiterklasse und deren innerer Differenzierung Vermittlungen zur Entfaltung der subjektiven Bedingungen [18]) der Klassenauseinandersetzungen zu finden, doch kann die Vernachlässigung des allen Gruppen gemeinsamen Ausbeutungsverhältnisses und seiner real historischen Entfaltung im Akkumulationsprozeß des Kapitals notwendigerweise zu keinem konsistenten Erklärungsansatz für die Formierung der Arbeiterklasse führen.

Ihrem Anspruch entsprechend müßten Beckenbach/Seltz nachweisen, daß aus den von ihnen genannten „Formbestimmungen des Kapitals" für die unter diese subsumierten Lohnarbeiter jeweils spezifische Bedingungen der Bewußtseinsentwicklung und der Entfaltung der Assoziationen der Arbeiter zu folgern sind. Widerstände und Möglichkeiten der Herausbildung eines ihrer Lage adäquaten Bewußtseins der Lohnarbeiter werden — ihrem Ansatz zufolge — bestimmt durch die vom Kapitalverhältnis selbst produzierten Mystifikationen der wirklichen Verhältnisse bzw. ihrer Durchbrechung. Auf die Marxsche Darstellung im „Kapital" rekurrierend, versuchen die Autoren, die verschiedenen Ebenen und Bestimmungsgründe dieser Mystifikationen herauszuarbeiten. Nach dem Ansatz der Autoren hätte nun aufgezeigt werden müssen, daß die verschiedenen Abteilungen der Arbeiterklasse spezifischen Verkehrungen des Bewußtseins unterliegen, aus denen sich jeweils besondere Hindernisse für die Durchbrechung jener „Alltagsvorstellungen der wirklichen Produktionsagenten" [19]) ergeben. Marx selbst geht aus von der in der Warenform angelegten Verkehrung der inneren Zusammenhänge der kapitalistischen Produktion und entfaltet diese weiter bis zu ihrer Vollendung in den Gestaltungen des Gesamtprozesses.

„In Kapital-Profit, oder noch besser Kapital-Zins, Boden-Grundrente, Arbeit-Arbeitslohn, in dieser ökonomischen Trinität als dem Zusammenhang der Bestandteile des Wertes und des Reichtums überhaupt mit seinen Quellen ist die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnisse mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit vollendet (. . .)." [20])

Die Autoren unterstreichen selbst „den entscheidenden Stellenwert" des Lohnfetischs, d. h. der „Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst" [21]). Der zumindest theoretisch zu leistende Beweis, daß diese objektiven Verschleierungsformen in

17) Es soll im folgenden nicht diskutiert werden, ob und inwieweit diese Bestimmungen überhaupt richtig entwickelt werden. Von Interesse ist allein ihre Tauglichkeit als Begriffe der Klassenanalyse und damit im Zusammenhang auch die Frage, inwieweit mit ihnen objektive Konstitutionsbedingungen für Organisation und Bewegung der Lohnarbeiter erfaßt werden können.
18) Jene erscheinen bei den Autoren jedoch (im Zusammenhang mit den Kategorien der Produktiven Arbeit) reduziert auf die Kategorie „Bewußtseinsformen". Zur Frage der „subjektiven Bedingungen" der Klassenauseinandersetzungen vgl.: Erich Hahn, Materialistische Dialektik und Klassenbewußtsein, in: „Konsequent", Sonderheft Nr. 1, Berlin (West) 1972, S. 34 ff.
19) Karl Marx, Das Kapital. Dritter Band, MEW Bd. 25, S. 839.
20) Ebd, S. 838.
21) Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, MEW 23, S. 562.

den vom Projekt Technische Intelligenz konstruierten Abteilungen der Arbeiterklasse grundsätzlich different in Erscheinung treten — bzw. sich für ihre Durchbrechung bessere Voraussetzungen ergeben —, dieser Beweis bleibt aus, denn: „Da der weitaus größte Teil technisch-wissenschaftlich qualifizierter Lohnarbeiter produktive Arbeit verausgabt", wird das Mystifikationsproblem nur an den Bestimmungen entwickelt, „die allgemein konstitutiv sind für die Bewußtseinsform produktiver Arbeiter" [22]).

So dürfte sich dann die seit Jahren in linker Klassenanalyse verbreitete Erscheinung der Kategorien der produktiven Arbeit abermals als eine Mystifikation erweisen, der die Produzenten dieser Analyse selbst unterliegen.

Damit soll diesen Unterscheidungen keineswegs analytischer Wert abgesprochen werden: Die Kategorien der produktiven Arbeit bzw. der produktiven Arbeiter verweisen einerseits (als Charakteristikum der Gebrauchswertproduktion) auf die den materiellen Reichtum der Gesellschaft hervorbringenden sozialen Gruppen, während sie (in ihrer spezifisch kapitalistischen Form) die unmittelbaren Agenten der kapitalistischen Mehrwertproduktion, damit den Kern des kapitalistischen Aneignungsverhältnisses, charakterisieren. Durch ihre Verbindung mit der materiellen Produktion, dem entwickeltesten Vergesellschaftungsgrad der Arbeit, der völligen Differenziertheit gegenüber der Gegenklasse, der Schärfe der Ausbeutungsbedingungen etc. rekrutieren sich aus ihnen zugleich die Kerngruppen der Arbeiterklasse. Dieser Tatbestand kann jedoch nicht zentral von der Kategorie der „produktiven Arbeit" her abgeleitet werden. Die Aneignungs- und Ausbeutungsverhältnisse erstrecken sich über diese Gruppen hinaus und erfassen ebenso die „kommerziellen Lohnarbeiter" wie die Beschäftigten in den Dienstleistungs- und Staatstätigkeiten.

Es wird die Bedeutung der Entwicklung der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise, der inneren Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und der Bewegungen der kapitalistischen Akkumulation für die „Überwindung der vom Kapital gesetzten Vereinzelung" der Lohnarbeiter und ihre Assoziation von den Autoren zwar wiederholt angemerkt. Aufgrund der Fixierung an die Kategorie der Lohnarbeit im allgemeinen bzw. ihre verschiedenen ökonomischen Formen sowie der mangelnden Beachtung der Entwicklung des Kapitalverhältnisses kann von ihrem Ausgangspunkt jedoch kein konsistenter Begriff der Arbeiterklasse und ihrer Gliederungen entwickelt werden.

Es soll hier nur am Rande bemerkt werden, daß die in der Publikation der Autoren angelegte Reduktion der Untersuchung der Bewußtseinsformen von Lohnarbeitern auf die Kategorien des Kapitalfetischs und der Frage nach „Identifikation und Gleichgültigkeit gegenüber der konkreten Arbeit" einer ausführlicheren Problematisierung bedürfte, welche die verschiedenen Ebenen der für das Arbeiterbewußtsein konstitutiven Einflußfaktoren zu untersuchen hätte.

III

Der unterschiedliche klassentheoretische Ansatz, der besonders die Entfaltung des Begriffs der Arbeiterklasse betrifft, ist auch bestimmend für die kontroversen Positionen, welche Beckenbach/Seltz in ihrem Artikel über „Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und Technische Intelligenz" zu skizzieren versuchen. Im Mittelpunkt ihrer Betrachtungen steht die Frage nach der sozialen

[22]) Beckenbach/Braczyk u. a., a.a.O., S. 105.

Klassifizierung der Intelligenz und der Leitungskader in ihrem jeweiligen Verhältnis zur Arbeiterklasse. Wir wollen uns im folgenden auf diese Problemkreise konzentrieren, ohne eine umfassende Kritik der diesbezüglichen Ausführungen der Autoren in den Publikationen des „Projekts Technische Intelligenz" zu leisten.

Zunächst ist darauf zu verweisen, daß die Tauglichkeit oder Untauglichkeit des Begriffs der Intelligenz weder aus der Untersuchung der wissenschaftlich-technisch qualifizierten Gruppen noch aus der Entfaltung der Kategorie der Lohnarbeit allein beurteilt werden kann. In der Tradition marxistischer Soziologie und Klassenanalyse ist die Intelligenzfrage vielmehr zu Recht unter Erfassung des Gesamtspektrums geistiger Arbeit bzw. hochqualifizierter geistiger Arbeitskräfte in spezifischen Funktionen des Reproduktionsprozesses erörtert worden. Schon die empirisch konstatierbare Tatsache, daß unter die Gruppe auch solche Personenkategorien fallen, die unter dem arbeitsrechtlichen Kriterium „selbständiger Arbeit" zusammengefaßt werden können, verweist darauf, daß der theoretische Zugang von der Bestimmung der Lohnarbeit allein nicht möglich ist. Vielmehr gilt es, ausgehend von den beiden antagonistischen Polen der bürgerlichen Gesellschaft — Bourgeoisie und Arbeiterklasse —, das Gesamtsystem der gesellschaftlichen Klassenbeziehungen auch bei der Analyse der Intelligenz im Blickpunkt zu behalten. Zwischen den gesellschaftlichen Hauptklassen reproduzieren sich auch in der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus soziale Gruppierungen (Mittel- bzw. Zwischenschichten), die sich sowohl nach ihrer Stellung zu diesen Hauptklassen als auch nach spezifischen sozialen Merkmalen gliedern. Sie sind ihrer Produktionsweise und ihren Eigentumsverhältnissen nach sowohl an die Kleinproduktion bzw. das Kleineigentum gebunden, in denen die eigene Arbeit der Produktionsmittelbesitzer noch eine für die Reproduktion dieser Gruppen bestimmende Rolle spielt (selbständige Mittelschichten), wie auch an die kapitalistische Produktion, wo sich ihre aus der Arbeiterklasse herausgehobene Stellung aus dem noch weniger entwickelten Warencharakter ihrer lohnabhängigen Arbeitskraft ergibt. Letztere hat ihren Ursprung in besonderen Funktionen innerhalb des Reproduktionsprozesses (Leitungsfunktionen etc.) und/oder dem Charakter ihrer Arbeit als qualifizierte geistige Tätigkeit. Qualifizierte geistige Arbeit erscheint dabei nicht nur in den Funktionen der betrieblichen und staatlichen Leitungshierarchie (der Anteil dieser unmittelbaren Leitungsagenten entwickelt sich heute sogar zunehmend rückläufig), sondern auch in einer Reihe sonstiger Funktionen, die gleichfalls Beziehungen der gesellschaftlichen Herrschaft vermitteln (etwa Ausbildungsfunktionen der lebendigen Arbeit).

Die Bindung solcher Gruppen an qualifizierte geistige Arbeit und/oder spezielle Funktionen der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation — wie sie von Heinz Jung und mir (wenn auch mit unterschiedlicher Ableitung des Intelligenzbegriffes bzw. der Charakterisierung der Beziehung von stofflicher und funktionaler Seite, Intelligenz und lohnabhängigen Mittelschichten) hervorgehoben wird — widerlegt die Vermutung von Beckenbach/Seltz, „daß Jung (...) auf betrieblicher Ebene durch die Lohnarbeiter entlang der Teilung von Kopf- und Handarbeit eine Klassenschranke ziehen will" [23]).

Demgegenüber ist von uns — wie übrigens auch vom „Projekt Technische Intelligenz" — zwar auf das Fortbestehen des Gegensatzes zwischen Hand- und Kopfarbeit im Kapitalismus verwiesen worden, zugleich wurde aber auch die

[23]) Beckenbach/Seltz, a.a.O., S. 1344.

Verschiebung der Scheidelinien der Klassendifferenzierung, die mit den Grenzen von geistiger und körperlicher Arbeit nicht mehr identisch sind, herausgearbeitet [24]). Gerade im Bereich der unteren und mittleren Angestellten finden wir heute einen Typ nichtmanueller Arbeit, der durch die Entwicklung des Warencharakters der Arbeitskraft als Teil der Arbeiterklasse bestimmt werden kann. Ist diese Feststellung richtig, besteht auch nicht der behauptete innere Widerspruch zu der Argumentation von Jung: „In der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte sind deshalb Veränderungen der inneren Gliederung und der inneren Struktur der Arbeiterklasse eingeschlossen, die das jeweilige Gesicht der Arbeiterklasse bestimmen." Die spezifischen Funktionen, welche die Angehörigen gesellschaftlicher Zwischengruppen, die sich in einem Lohnarbeitsverhältnis befinden, ausüben, sind nicht zu trennen von den besonderen Reproduktionsbedingungen der in ihr tätigen Arbeitskräfte. Sofern diese Tätigkeiten hochqualifizierte geistige Arbeit erfordern, bedürfen sie im allgemeinen einer besonderen Ausbildung, die in der BRD formal mit Hoch- bzw. Fach(hoch)schulstudium verknüpft ist. Diese höhere Ausbildung geht in den Wert bzw. Preis der Arbeitskraft ein, den das Kapital für qualifizierte Arbeit zu zahlen hat. Wert und Preis der Arbeitskraft fallen aus dem Durchschnitt der Arbeiterklasse heraus und können verschiedene Raten der Ausbeutung induzieren. Die spezifischen Tätigkeiten, welche die Gruppen ausüben, welche für diese Ausbildung notwendig wird, stellen sowohl von ihrer stofflichen wie auch ihrer funktionalen Charakteristik Barrieren für die volle Durchsetzung der kapitalistischen Ökonomie der Arbeit, des Warencharakters der Arbeitskraft dar. Wenn daher von Jung auf die besonderen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft der Intelligenz hingewiesen wird, so stets in dem Sinne, daß damit spezifische Verwertungsbedingungen dieser Arbeitskraft konstituiert werden, und zwar aus dem Zusammenhang von Produktion und Konsumtion der Arbeitskraft. Die Autoren verkennen diesen Zusammenhang, wenn sie unterstellen, daß die Reproduktionsbedingungen und das soziale Rekrutierungsfeld für Jung „wichtiger (sind) als die tatsächlichen Funktionen, die diese qualifizierten Arbeitskräfte im Produktionsprozeß verrichten" [25]).

Auch in anderer Hinsicht erkennen die Autoren nicht den Kern unserer Argumentation bezüglich des entwickelten Warencharakters der Arbeitskraft. So konstruieren sie einen Widerspruch zwischen der von uns konstatierten Zunahme der Lohnarbeit und der inneren Differenzierung dieser Lohnarbeitsgruppen, innerhalb derer sich die Arbeiterklasse heraushebt. „Wenn nämlich einerseits als Ausdruck des entwickelten Kapitalverhältnisses die Zunahme der Lohnarbeit — also des Anteils der Bevölkerung, dessen Arbeitskraft durch ihren Warencharakter gekennzeichnet ist — erkannt wird, so ist völlig uneinsichtig, wieso andererseits unter Hinweis auf den besonderen Inhalt der Arbeit für einen Teil der Lohnarbeiterschaft diese Bestimmung wieder zurückgenommen wird und die Träger solcher Funktionen nicht zur Arbeiterklasse gerechnet werden" [26]).

Es ist aber gerade die erweiterte Reproduktion des Kapitalverhältnisses, welche in verstärktem Maße solche Lohnarbeitergruppen bildet, die besondere Leitungs- und Reproduktionstätigkeiten [27]) ausüben, qualifizierte geistige Arbeit leisten. Ihr sind in ihrer reellen Subsumtion unter das Kapital noch Grenzen gesetzt. Die Nivellierung ihrer Reproduktions- und Verwertungsbedingungen auf das Niveau

[24]) Vgl. Heinz Jung, Zu den klassentheoretischen Grundlagen. S. 192, FS 61.
[25]) Beckenbach/Seltz, a.a.O., S. 1345.
[26]) Ebd., S. 1355.
[27]) Zu den funktionalen Besonderheiten dieser Tätigkeiten: vgl. den im Frühjahr dieses Jahres erscheinenden Teil III der Klassen- und Sozialstrukturstudie des IMSF.

der Arbeiterklasse ist eingeschränkt. Nur wenn man auf der Oberfläche der Erscheinung von Lohnarbeit stehenbleibt und nicht die innere Anatomie von Aneignungs- und Verwertungsbeziehungen einerseits und die Entfaltungsmöglichkeit assoziierter Praxis der Arbeiterklasse andererseits aufdeckt, kann man die Frage nach dem Warencharakter — wie es die Autoren tun — als bloß „quantitatives Problem" begreifen.

Auch die Autoren der Buchpublikation über Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter hatten die besonderen Funktionen der technischen Intelligenz, die damit verbundene spezifische Ausbildung und die gemeinsame Charakteristik ihrer Arbeit als Kopfarbeit konstatiert [28]).

Die theoretischen Konsequenzen scheiden sich jedoch an der Stelle, wo Beckenbach/Seltz solche stoffliche spezifische Besonderheiten der konkreten Arbeit nicht auf ihre Ausprägungen im Verwertungszusammenhang der Kapitale, d. h. den geringer entwickelten Warencharakter der Arbeitskraft und die Funktionen im Aneignungsprozeß beziehen können. Zwar werden von den Autoren durchaus zutreffende Spezifika der Bewußtseinsentwicklung wissenschaftlich-technischer Lohnarbeiter konstatiert, jedoch bleiben diese gegenüber dem Klassenbegriff unvermittelt.

Daß die Dialektik von stofflichen Strukturen des Arbeitsprozesses, konkreter Arbeit und Formbestimmtheit der Produktion von den Autoren nur unzureichend durchdrungen ist, wird auch an der Kritik gegenüber meinem Erklärungsansatz der Intelligenzproblematik deutlich. Auch wenn in meinem Beitrag im ersten Teil unserer Studie der historischen Dimension der Entwicklung geistiger Arbeit gegenüber der systematischen Bestimmung ihrer Klassenlage primäre Beachtung geschenkt wird, war der Kerngedanke, die historisch spezifische Ausprägung des zunächst „stofflich definierten Merkmals" geistiger Arbeit in bestimmten Funktionen der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation bzw. Entwicklungsstufen der Formbestimmtheit zu untersuchen.

Wie bereits ansatzweise skizziert, vermittelt sich dieser Zusammenhang heute einerseits über die durch die Strukturen geistiger Arbeit (besonders in der immateriellen Produktion) gesetzten Schranken für die Entwicklung kapitalistischer Produktionsweise und damit des Warencharakters der Arbeitskraft. Für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß gewinnt er in dem Maße Aktualität, wie die Ausdehnung der Bereiche geistiger Arbeit die kapitalistische Ökonomie ihrer Arbeitsprozesse erheischen. Andererseits manifestiert er sich in der Rekrutierung qualifizierter geistiger Arbeit für ein bestimmtes Spektrum gesellschaftlicher Funktionen, die aus dem Bereich der einfachen, ausführenden Arbeitstätigkeiten herausgehoben sind. Nur wenn man die Beziehung von stofflicher Seite und gesellschaftlicher Formbestimmtheit des Arbeitsprozesses als eine dualistische interpretiert, hätte der mir von den Autoren gemachte Vorwurf einer „Ersetzung" des Intelligenzbegriffs durch Kategorien der gesellschaftlichen Formbestimmtheit seine Berechtigung.

Während es sich hier zweifellos um theoretische Probleme handelt, welche der weiteren wissenschaftlichen Diskussion bedürfen, kann eine Reihe von Kritikpunkten von Beckenbach/Seltz nur auf ein höchst oberflächliches Durchlesen der Beiträge zurückgeführt werden: Wenn in der Beschreibung der historischen Entwicklung einzelner Intelligenzgruppen zwischen „traditioneller" und „neuer" Intelligenz unterschieden wird und letztere durch technische, organisatorische

[28]) Vgl. Beckenbach/Braczyk u. a., a.a.O., S. 229 ff.

und ökonomische Leitungs- und Vermittlungstätigkeiten charakterisiert werden, konstruieren die Autoren (durch die unterstellte Eingrenzung dieser Gruppe auf Leitungstätigkeiten) eine Reihe von Scheinwidersprüchen in der Logik des Beitrages, auf die ich hier nicht weiter eingehen möchte. Wichtiger erscheinen mir die angesprochenen Fragen nach der theoretischen Erfassung der Leitungsfunktionäre.

IV

Marx analysiert in seinen Ausführungen über die Bestimmungen kapitalistischer Leitungsfunktionen deren zwieschlächtigen Inhalt und arbeitet die historische Tendenz ihrer Vergesellschaftung mittels der Delegation dieser Tätigkeiten vom Unternehmereigentümer an eine „besondere Sorte von Lohnarbeitern", die als Ober- bzw. Unteroffiziere des Kapitals fungieren, heraus. Die Zwieschlächtigkeit des Inhalts der kapitalistischen Leitung, d. h. der konkreten Arbeit ihrer Funktionäre, entspringt dem zwieschlächtigen Charakter des von ihnen dirigierten Produktionsprozesses, „welcher einerseits gesellschaftlicher Arbeitsprozeß zur Herstellung eines Produkts, andrerseits Verwertungsprozeß des Kapitals" ist [29]). Unsere Analyse in dieser Frage kann also keineswegs — wie die Autoren zu vermuten scheinen — den Anspruch der Originalität in der marxistischen Klassentheorie behaupten. Originell — wenn auch nicht minder falsch — ist hingegen die Feststellung des Autorenkollektivs: „Da diese doppelte Bestimmtheit für jede Funktion im kapitalistischen Produktionsprozeß gilt, kann sie nicht gut herhalten zu der Unterscheidung zwischen Leitung und anderen Funktionen [30])." Was den Funktionen gemeinsam ist, ist ihre doppelte Bestimmtheit, was sie jedoch trennt, ist das Verhältnis von Aneignern und angeeigneter Arbeit! Selbstverständlich handelt es sich hier um die Zwieschlächtigkeit einer Funktion, die in einem ganz bestimmten Verhältnis zu einem Prozeß steht: Das den Leitungsagenten delegierte Kommando über die lebendige Arbeit und ihre Kombination mit vergegenständlichter Arbeit ist Kommando eines Arbeitsprozesses, dessen Ziel in dieser Gesellschaft Kapitalverwertung ist. Daß Kapitaleigentum und Kapitalfunktion voneinander getrennt sind, ist Ausdruck der historischen Vergesellschaftungstendenz des Kapitalverhältnisses, die es dahin bringt, „daß die Arbeit der Oberleitung, ganz getrennt von Kapitaleigentum, auf der Straße herumläuft" [31]). Die Ausübung solcher Funktionen durch Personengruppen, welche formal Lohneinkommen beziehen, ändert zunächst an diesem Verhältnis gar nichts, einmal ganz abgesehen davon, daß sich gerade auf der oberen und mittleren Leitungsebene verschiedene Einkommensformen, die verschiedenen Quellen entspringen, vermischen. Die Bestimmungen der Leitungsfunktionen und die hierin zum Ausdruck gelangende Klassenbezeichnung gegenüber den Kapitaleigentümern werden auch nicht dadurch tangiert, daß ihre Inhaber Teil des produktiven Gesamtarbeiters sind und „unmittelbar und unzertrennbar verquickt mit den produktiven Funktionen, die alle kombinierte gesellschaftliche Arbeit einzelnen Individuen als besondere Arbeit auferlegt" [32]). Der Begriff des Gesamtarbeiters drückt ein mit der großen Industrie entstandenes arbeitsteiliges Kooperationsgefüge des Arbeitsprozesses aus, er erfaßt keineswegs die unterschiedliche Stellung im Verwertungsprozeß des Kapitals. Er schließt deshalb auch fungierende Kapitalisten und Manager ebenso wie einfache Lohnarbeiter ein. Er ist als Kategorie der Klassenanalyse unbrauchbar.

[29]) Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, MEW 23, S. 351; vgl. auch Kapital. Dritter Band, S. 397 ff.
[30]) Beckenbach/Braczyk, a.a.O., S. 79.
[31]) Karl Marx, Das Kapital. Dritter Band, S. 400.
[32]) Ebd.

Bei der Herausarbeitung des Doppelcharakters der Leitung und der in ihm eingeschlossenen Aneignungsfunktionen sowie der Beachtung der Form der Lohnarbeit, in der diese Funktionen heute ausgeführt werden, übersehen wir nicht das sich daraus ergebende widersprüchliche Verhältnis der Leitungsagenten, welches sich im Maße der inneren Differenzierung und Hierarchisierung der Leitung entfaltet. Nach den unteren Ebenen der Hierarchie hin wird die Aneignungsfunktion zunehmend vermittelt, die Kommandofunktion über lebendige Arbeit wird selbst zur kommandierten Tätigkeit (durch die oberen Manager). Mit der Vergesellschaftung dieser Funktionen, besonders der Differenzierung von Linien- und Stabstätigkeiten, tritt in weiten Bereichen die Spezialistenarbeit als ihre bestimmende Seite hervor.

In den verschiedenen und nach Leitungsebenen differenzierten Einkommensformen und persönlichen Eigentumsbeziehungen (Verquickung mit dem Kapitaleigentum bei den oberen Managern, reguläres Einkommen aus Lohnarbeit und zusätzliche Prämien, Gewinnbeteiligungen, bei den mittleren Managern, Reduktion des Einkommens auf qualifizierte Spezialistenentlohnung in den Stabsstellen etc.) tritt die Entwicklung des Lohnarbeitscharakters der Arbeitskraft hervor. Die Verbreiterung der Hierarchie nach unten und die Vergesellschaftung der Leitungsprozesse unterstreichen diese Entwicklungstendenz, die sich auch in der klassenmäßigen Differenzierung der Leitungsfunktionäre nach Angehörigen der Kapitalistenklasse bzw. der lohnabhängigen Mittelschichten äußert. Die Zugehörigkeit zu den lohnabhängigen Mittelschichten bzw. zur Intelligenz — als besonderer sozialer Gruppe — schließt sich dabei meines Erachtens nicht aus. Beide Kategorien drücken zunächst verschiedene Ebenen der gesellschaftlichen Realität aus, wobei eine bestimmte Form der Intelligenzarbeit die qualifizierten Arbeitskräfte als Teile sozialökonomischer Schichten bestimmt.

Die Ökonomisierungs- und Nivellierungsprozesse innerhalb der Leitung kapitalistischer Großunternehmen, der Abbau von Dispositionsbefugnissen im mittleren und unteren Management, die Anwendung von Arbeits- und Entlohnungsformen, die früher nur im Bereich der „einfachen" Lohnarbeit angewandt wurden, markieren wichtige Veränderungsprozesse, die sich auch in einer stärkeren „Distanz" bestimmter Leitungsgruppen gegenüber dem oberen Management und den Kapitaleigentümern manifestieren [33]). Die Frustration von Karriereerwartungen und der Abbau von Dispositionsmöglichkeiten bewirken jedoch keineswegs ein durchgängiges Bewußtwerden der übergreifenden Gemeinsamkeiten mit anderen Lohnarbeitern durch die Angehörigen dieser Gruppen. Die Tendenz zur Selbstorganisation als „Dritte Kraft" erscheint sowohl als Abgrenzung gegenüber der Seite des Kapitals wie auch der Lohnarbeit. In dieser Selbstorganisation — deren politische Funktion zur Spaltung der Lohnarbeit heute von „Arbeitgeberseite" deutlich erkannt wird — scheint der Versuch der Wiedererlangung traditoneller Privilegien und betrieblichen Einflusses (der Leitungsagenten) eingeschlossen. Der im Prinzip rückwärtsgewandte Charakter dieser Bestrebungen wäre einseitig interpretiert, würde er nur als Folge einer manipulativen Bewußtseinsverfälschung bürgerlicher Ideologen begriffen; er hat seine objektiven Grundlagen vielmehr in der historischen Ambivalenz, welche kapitalistischen Vergesellschaftungsprozessen vom Standpunkt der Intelligenz und der Leitungskader zukommt: Annäherung an die Arbeiterklasse bedeutet hier zugleich auch Verlust von Privilegien.

33) Zur empirischen Analyse von Bewußtseinsentwicklungen von wissenschaftlicher Intelligenz und Leitungskadern in Industriebetrieben vgl. auch die Ergebnisse der Untersuchung von Jenö Kurucz u. a.: Das Selbstverständnis von Naturwissenschaftlern in der Industrie. Ergebnisse einer Befragung promovierter Industriechemiker, hrsg. von Jenö Kurucz, Weinheim/Bergstraße 1972.

V

Der Versuch, „das Rad der Geschichte zurückzudrehen", wird bereits im „Kommunistischen Manifest" als eine für die gesellschaftlichen Mittelschichten charakteristische mögliche Reaktion auf die Vernichtung ihrer bisherigen sozialen Existenz dargestellt [34]). Solche Reaktionsweisen können zeitweise auch dort zutage treten, wo die soziale Lage dieser Mittel- und Zwischenschichten nicht durch Bindung an selbständiges Eigentum, sondern durch noch unterentwickelte Formen der Lohnarbeit und spezifische Herrschaftsfunktionen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß charakterisiert ist. Sie finden ihren aktuellen Ausdruck nicht nur in Gruppen der „berufstätigen Intelligenz". In verschiedenen Entwicklungsphasen der Studentenbewegung waren und sind wir Zeugen des Auftretens politischer Gruppierungen, welche ihren Protest gegen die staatsmonopolistische Organisierung der Hochschule mit nostalgischen Vorstellungen über eine Rückkehr zu idyllischeren Formen intellektueller Existenz verbanden. In der sich heute wieder aktualisierenden Forderung nach „Freiheitsräumen" sozialistischer Intelligenz ist eine gewisse Analogie zu Formen kleinbürgerlichen Sozialismus' vormarx'scher Prägung nicht zu übersehen.

Die potentiell reaktionäre Wendung, welche die soziale Reaktion auf Vergesellschaftungsprozesse bei Gruppen der Intelligenz erhalten kann, charakterisiert das Verhältnis von Intelligenz und Arbeiterklasse über graduelle Abstufungen der sozialen Lage hinaus (wie sie auch in der inneren Differenzierung der Arbeiterklasse auszumachen sind) als Problem der unterschiedlichen historischen Perspektive beider Gruppen sowie der unterschiedlichen politischen Konsequenz in der Führung der Klassenauseinandersetzungen. Auch wenn die Intelligenz mit der Entwicklung der neuen Produktivkräfte im Sinne innovatorischer Leistung eng verbunden ist, so ist es zugleich jene Produktivkraftentwicklung, die ihre spezifische Existenz als privilegierte soziale Gruppe untergräbt. Hier liegen historische Gemeinsamkeiten mit der Rolle der selbständigen Mittelschichten.

Der Charakter ihrer Arbeit als Lohnarbeit (bzw. derjenige der überwiegenden Mehrheit) rückt sie andererseits in eine unmittelbarere Konfrontationslinie mit dem herrschenden monopolistischen Kapital und begründet in dieser Konfrontation zugleich Gemeinsamkeiten mit der Arbeiterklasse. Ihre spezifischen Ausprägungen und Vermittlungen sind dabei allerdings nicht zu übersehen. Eine Politik des sozialen Bündnisses, welche nur auf einer Nivellierung von Interessen auf gemeinsamen Durchschnitt aufbauen würde, müßte sich wesentliche Anknüpfungspunkte fortschrittlicher Mobilisierung der Intelligenz entgehen lassen.

1) Die soziale Stellung der Intelligenz ist wesentlich gebunden an die spezielle Qualifizierung ihrer Arbeitskraft. Der lebenslange Gebrauch dieser Arbeitskraft wird zumindest für einige Gruppen durch die gegenwärtigen Tendenzen staatsmonopolistischer Restriktion der Ausbildung in der BRD in Frage gestellt.

2) Gerade die noch weitgehend formale Subsumtion von geistiger Arbeit unter das Kapital und die Spezifika der Arbeit von Kopfarbeitern ermöglichen ein noch sehr hohes Maß an inhaltlicher Identifikation mit der konkreten Arbeitstätigkeit und der individuellen Entfaltung in ihr. Die Zentralisation von Entscheidungsprozessen in verschiedenen Bereichen der Intelligenzarbeit und die Einengung von Dispositionsräumen können hier als Angriff auf die unmittelbaren Interessen geistiger Arbeit verstanden werden.

---

34) Vgl. Karl Marx / Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Band I, Frankfurt/M 1970, S. 383—451, hier: S. 427.

3) Relevante Teile der Kerngruppen der Intelligenz sind in solchen Sektoren des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses tätig, die aufgrund ihrer Stellung im kapitalistischen Gesamtprozeß der akuten Restriktion durch den Staat bzw. seinen politischen und finanzpolitischen Prioritäten unterliegen (Bildungswesen, Gesundheitswesen u. a.). Diese Restriktionen konkretisieren sich bis zur unmittelbaren Arbeitsplatzsituation der hier beschäftigten Intelligenzgruppen.

Das bündnispolitische Interesse der Arbeiterklasse an der Intelligenz beschränkt sich nicht nur darauf, mit ihr eine gemeinsame Front in ökonomischen Tageskämpfen zu bilden. Es gründet vielmehr in dem Interesse der gesellschaftlichen Mehrheit an den Leistungen und Resultaten intellektueller Vermittlungs- und Produktionstätigkeit, nicht bloß an ihren quantitativen Proportionen, sondern auch und vor allem am Inhalt und der Verwertung von Wissenschaft und Ausbildung. Die Entwicklung demokratischer Alternativen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Ausbildung und anderen Bereichen von Tätigkeiten geistiger Arbeit bildet daher eine wichtige Basis gegenwärtiger Bündnispolitik von Arbeiterklasse und Intelligenz.

Sozialwissenschaftliche Nachschlagewerke

Ein Literaturbericht

Von Reinhard Kühnl

I

Die Nachfrage nach sozialwissenschaftlicher Literatur ist in den letzten Jahren enorm angewachsen. Das zeigt sich an der Zahl und Auflagenhöhe der einschlägigen Schriften — besonders der Taschenbücher — ebenso wie auf dem Zeitschriftenmarkt. Eine Fülle neuer Zeitschriften („Kritische Justiz", „links", „Futurum", „Gewaltfreie Aktion" usw.) kam heraus und fand ihre Leser, ohne die Nachfrage nach den alteingesessenen zu mindern. Im Gegenteil: „Das Argument" und die „Blätter für deutsche und internationale Politik" beispielsweise konnten ihre Auflage rasch und kontinuierlich erhöhen.

Dieses Phänomen kann nur begriffen werden als Symptom der generellen Politisierung insbesondere der jungen Generation, die sich seit 1966/67 vollzogen hat. Ihre Ursachen liegen hauptsächlich darin, daß nach dem Abschluß der langanhaltenden, auf Sonderbedingungen beruhenden [1]) Konjunktur und dem Anwachsen der Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitals die grundlegenden Kon-

1) Vgl. Spätkapitalismus ohne Perspektive, Frankfurt/M 1970, besonders Kapitel I, II und IV.

struktionsfehler der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung für breitere Kreise erkennbar wurden. Man suchte nach den Ursachen des desolaten Zustandes im Gesundheits- und Bildungswesen, auf dem Wohnungsmarkt und in der Vermögensverteilung, des offensichtlichen Widerspruchs zwischen Anspruch und Realität der bürgerlichen Demokratie, des Elends in der Dritten Welt und in den gesellschaftlichen Randzonen der „Wohlstandsgesellschaft" (Gastarbeiter, Obdachlose usw.) und der Barbarei der NATO-Staaten in Vietnam, Angola und anderswo.

Die Verlage, in Erwartung gesteigerter Profite, kamen diesem Verlangen mindestens insoweit nach, als sie ihr Angebot an politischen und sozialwissenschaftlichen Büchern wesentlich erhöhten und dabei auch marxistische Literatur, die bis 1966 praktisch verpönt war, mit einbezogen. Als „kritisch" wurde nun freilich auch manches angepriesen, was im Grunde in die Kategorie apologetischer Literatur gehörte und sich lediglich, um überhaupt im Rennen zu bleiben, mit dem Vokabular der linken Protestbewegung ein wenig aufgeputzt hatte.

Besonders stark war das Interesse für Analysen mit gesellschaftskritischer Tendenz bei den Studenten angewachsen. Die Zahl der Politologie- und Soziologiestudenten war weit überproportional gestiegen, aber auch die Studenten anderer Fächer beschäftigten sich in wachsendem Maße mit sozialwissenschaftlicher Literatur, da sie nur von hier aus den gesellschaftlichen Stellenwert ihres Fachstudiums ermitteln und ihren politischen Kampf um Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft fundieren konnten. Neben dem Studium marxistischer Klassiker und größerer Analysen über Gegenwartsprobleme kommt hier auch solchen Werken eine beachtliche Bedeutung zu, die eine rasche Information über alle wesentlichen Probleme der gegenwärtigen Politik ermöglichen: den politischen Lexika.

II

Nicht zufällig ist erst in den Jahren 1970/71 eine Reihe von Nachschlagewerken erschienen, denn solche Werke erfordern eine mehrjährige Vorbereitungszeit. Kurz vorher waren zwar etliche „Einführungen" in die Politikwissenschaft herausgekommen [2]), doch an Werken mit lexikalischem Charakter lag — abgesehen von dem veralteten und die Periode des Kalten Krieges repräsentierenden „Lexikon der Politik" von Walter Theimer — in der BRD so gut wie gar nichts vor. Daß nun gleich mehrere Verlage ein solches Projekt in Angriff nahmen, zeigt an, daß hier tatsächlich eine Marktlücke vorhanden war. Da jeder politisch Interessierte gelegentlich zu einem politischen Lexikon zu greifen gezwungen ist und sicherlich auch mancher das Bedürfnis hat, ein solches zu besitzen, sollen im folgenden einige dieser Nachschlagewerke vorgestellt und kritisch kommentiert werden:

Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert, hrsg. von Carola Stern/Thilo Vogelsang/Erhard Klöss/Albert Graff, Redaktion Karl Römer, Kiepenheuer und Witsch, Köln 1971, 2 Bde., 878 S., Ln. 138,— DM;

Wörterbuch der Soziologie, 2., neubearbeitete und erweiterte Auflage, hrsg. von Dr. Wilhelm Bernsdorf unter der Mitarbeit von Dr. Horst Knospe und beratender Mitwirkung bekannter Soziologen des In- und Auslandes, Enke-Verlag, Stuttgart 1969, 1317 S., geheftet 54,— DM, Ln. 62,80 DM;

[2]) Vgl. meinen Literaturbericht in: „Blätter", 8/1970.

Lexikon zur Soziologie, hrsg. von Werner Fuchs/Rolf Ulima/Rüdiger Lautmann/ Ottheim Rammstedt/Hanns Wienold, Westdeutscher Verlag, Opladen 1973, 783 S., brosch. 29,— DM, Ln. 45,— DM;

Handlexikon zur Politikwissenschaft, hrsg. von Axel Görlitz, Ehrenwirth-Verlag, München 1970, 482 S., Ln. 38,— DM;

Hanno Drechsler/Wolfgang Hilligen/Franz Neumann, Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, Signal-Verlag, Baden-Baden 1970, 416 S., Ln. 19,80 DM.

Ergänzend ist auf einige Werke hinzuweisen, die nicht in diesen Literaturbericht einbezogen werden konnten: Im Dietz-Verlag erschien eine Reihe von Nachschlagewerken, die für den gegenwärtigen Stand der DDR-Wissenschaft repräsentativ sind. Für den Bereich der Sozialwissenschaften kommen hier vor allem in Betracht:

Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, hrsg. von W. Eichhorn u. a., in der BRD erschienen 1969 im Westdeutschen Verlag, 535 S., Ln. 15,— DM;

Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (DDR) 1967, 771 S., Ln. 10,80 M;

Wörterbuch der Außenpolitik, Berlin (DDR) 1965, 751 S., Leinen, 19,50 M (dieses Werk behandelt auch völkerrechtliche Probleme);

Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus, Berlin (DDR) 1969, 940 S., Ln. 14,80 M.

Ebenfalls im Dietz-Verlag erschien 1969/70 das zweibändige *Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, 1055 und 877 S., Ln. 28,— M.*

Der Münchener Piper-Verlag brachte 1970 ein *Handbuch des deutschen Parlamentarismus heraus (598 S., 36,— DM).*

In diesem von Hans-Helmut Röhring und Kurt Sontheimer herausgegebenen Werk über das „Regierungssystem der Bundesrepublik" kamen hauptsächlich Politologen der jüngeren Generation aus München, Heidelberg, Hamburg und Berlin zu Wort, die überwiegend liberale bis radikaldemokratische Positionen vertreten und sich in ideologiekritischen Fragen gelegentlich der marxistischen Position nähern. Eine genauere Untersuchung dieses Buches habe ich in der „Neuen Politischen Literatur" (1972, H. 1, S. 54 f.) publiziert.

III

Das aufwendigste der vier Werke ist zweifellos das zweibändige „Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert". Das zeigt sich an der Zahl der Autoren — es sind 232 — und der Stichwörter — 2308 —, an der Aufmachung und nicht zuletzt am Preis, der für „Normalverbraucher" einfach unerschwinglich ist; deshalb soll demnächst eine überarbeitete Taschenbuchausgabe bei der dtv erscheinen. Das Kernstück des Werkes bilden relativ ausführliche Sachartikel, die den Anspruch erheben, „die wesentlichen Tendenzen und Probleme, die entscheidenden Ideen, Ideologien und Bewegungen unseres Jahrhunderts zusammenfassend zu behandeln" (Vorwort). Jedem Artikel folgen einige Literaturhinweise. Daneben finden sich kurze biographische Artikel. Zeitlich gesehen konzentriert es sich auf das 20. Jahrhundert, regional gesehen auf den deutschsprachigen Raum in Mitteleuropa; allerdings werden auch außereuropäische Probleme, besonders solche der Dritten Welt, behandelt.

„Wertfreiheit und Objektivität" seien zwar angestrebt worden, aber wegen der Brisanz der Gegenwartsprobleme nicht zu erreichen gewesen. Um dennoch „jeder Art von Einseitigkeit entgegenzuwirken", habe man „ein breites Spektrum der Schulen, des theoretischen Ansatzes und der Beurteilung" angestrebt. Die Herausgeber folgern daraus: „Eine bestimmte ideologische ‚Tendenz' hat dieses Lexikon also nicht"; dafür bürge schon die unterschiedliche Position der Herausgeber. (Albert Graff, der unter den Herausgebern den linken Flügel bildet, gehört der Presseabteilung der IG Metall an.)

In der Tat ist der im Vorwort angekündigte Pluralismus in einem gewissen Maße vorhanden. Das Spektrum reicht von einem reaktionär gefärbten Konservativismus bis zum Marxismus. Das ändert jedoch nichts daran, daß es in diesem Lexikon eine vorherrschende Richtung gibt. Es dominiert die Sichtweise einer liberal getönten, positivistisch eingestellten, stark diplomatie- und ideologiegeschichtlich orientierten, für sozialökonomische Zusammenhänge ziemlich blinden bürgerlichen Geschichts- und Sozialwissenschaft. Wird also einerseits eine zuverlässige Information über bestimmte Faktenbereiche geboten, so findet die Interpretation meist dort ihre Grenze, wo bürgerliche Klasseninteressen auf dem Spiele stehen. Wer sich also über Teilnehmer und Beschlüsse internationaler Konferenzen, über die Formalstruktur politischer Institutionen oder über die Resultate wichtiger Wahlen zuverlässig informieren will, findet hier die nötigen Angaben. Der Zusammenhang zwischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen, zwischen Sozialstruktur und Politik wird aber nicht diskutiert, die Ursache für politische Prozesse allemal im Ideologischen oder Individualpsychologischen gesucht.

So ist es kein Zufall, daß sich Artikel über Auslandschinesen und Haussa finden, die Stichworte Klasse und Klassenkampf aber rundweg fehlen. „Kapitalismus" kommt zwar vor, wird aber lediglich begriffsgeschichtlich untersucht. Zur sozialökonomischen Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft fehlen also alle Grundbegriffe: Klasse und Klassenkampf, Banken, Monopole, Industrie- und Finanzkapital. Wie die Politik des 20. Jahrhunderts ohne Analyse dieser Kräfte begriffen werden kann, ist absolut nicht zu erkennen. Sogar Grundbegriffe aus dem Bereich der politischen Willensbildung, mit denen die bürgerlichen Sozialwissenschaften arbeiten, fehlen hier: Pressure Group, Interessengruppen, Rechtsprechung, Justiz, Politische Justiz.

Entsprechend sind die meisten Artikel im Detail gestaltet: Diejenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen, heißen — wie üblich — „Arbeitnehmer", diejenigen, die sie kaufen, heißen „Arbeitgeber" (Stichwort Arbeitsmarkt). Gesellschaftliche Interessen bleiben außerhalb des Blickfeldes, so daß weder die sozialen Ursachen des Antisemitismus noch die des Analphabetentums in den Ländern der Dritten Welt erkennbar werden. Das Verhältnis zwischen den USA und Lateinamerika ist nicht etwa als Ausbeutung und Imperialismus zu bestimmen, sondern als „Nutzung der lateinamerikanischen Ressourcen" (Stichwort Allianz für den Fortschritt). Die Vietnam-Politik der USA wird als „militärisches Engagement" gekennzeichnet, über die sozialen Verhältnisse Vietnams, die Verbrechen der amerikanischen Armee und die Völkerrechtsbrüche der USA kein Wort verloren; in den Literaturhinweisen fehlen gerade die kritischen Untersuchungen. Im Stichwort Griechenland wird der Anteil der USA an der Errichtung und Erhaltung der Militärdiktatur vollständig unterschlagen. Das Stichwort Entnazifizierung verschweigt das Wesentliche: die Rückkehr der Führungsgruppen, die das faschistische System getragen hatten, in ihre Machtpositionen seit 1947/48, als die USA Westdeutschland zu einer antikommunistischen Bastion auszubauen be-

gannen. Am „Revanchismus" der Rechten in der Weimarer Zeit wie auch heute entdeckt der Verfasser ein beträchtliches Maß an Berechtigung, und über Hermann Josef Abs gibt es anscheinend nur gänzlich Unverfängliches zu berichten. „Klerikalismus" gilt dem Verfasser (Theo Stammen) als „polemischer Begriff ... mit zweifelhaftem Erkenntniswert", „Konservativismus" dagegen wird bestimmt als „geistige Grundhaltung, die den Wert der Kontinuität im dauernden Wandel des politischen und sozialen Lebens betont, für die Erhaltung staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung eintritt und es vorzieht, sich ‚organisch' weiterzubilden statt aufgrund ‚konstruierter' Prinzipien Neues zu schaffen". Statt Martin Greiffenhagen, Kurt Lenk oder Helga Grebing über dieses Problem schreiben zu lassen, die kritische Analysen über den Konservativismus vorgelegt haben [3]), wurde Friedrich Freiherr Hiller v. Gaertringen ausgewählt — offenbar in der Annahme, daß über Konservativismus am besten ein Konservativer schreiben könne. Aber konservative Ideologie und wissenschaftliche Analyse des Konservativismus ist eben durchaus zweierlei.

Freilich gibt es auch kritische Artikel. Immanuel Geiß schrieb eine präzise Kurzanalyse zum Stichwort „Rassenprobleme", Dieter Schneider informiert über Räte als „Instrumente der direkten Demokratie", und Dieter Boris behandelt „Entwicklungsländer" und „Entwicklungshilfe". Aber diese Artikel, zu denen ich auch meine Beiträge über Faschismus und Faschistische Bewegungen rechne, stehen ziemlich isoliert in einem vorwiegend apologetisch bestimmten Werk.

IV

Auch beim „Wörterbuch der Soziologie" handelt es sich um ein wissenschaftliches Werk von hohem Anspruch. 165 Autoren haben hier auf über 1300 Seiten 630 Begriffe behandelt und mit Literaturhinweisen versehen. Auch hier haben marxistische Wissenschaftler (wie Abendroth und Agnoli) mitgearbeitet, doch erstens ist ihre Zahl sehr gering, zweitens haben sie nur wenige Artikel geschrieben, und drittens bleibt ihre Mitarbeit auf solche Stichwörter beschränkt, die eine grundlegende Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und eine Entfaltung marxistischer Kategorien nicht zulassen. (So kam Abendroth nur als Jurist zu Wort, als welcher er das Stichwort Vergeltung zu behandeln hatte.) Dagegen wurden von Hans Albert sieben, von Dahrendorf acht, von René König dreizehn und Renate Mayntz neun Stichwörter behandelt, darunter solche, die als Zentralbegriffe der Sozialwissenschaft fungieren: Empirismus, Wertfreiheit (Albert), Logik der Sozialwissenschaften, Revolution, Rolle, Sozialer Konflikt, Sozialer Status, Sozialer Wandel (Dahrendorf), Familie, Soziale Normen (König), Soziale Schichtung, Soziales System (Mayntz).

Es kann also gesagt werden, daß dieses Werk insgesamt den gegenwärtigen Stand der bürgerlichen Soziologie spiegelt. So z. B. stellt der Berliner Professor Stammer im Stichwort Demokratie die „pluralitäre, rechtsstaatlich-soziale Demokratie in den westlichen Ländern" ihrer „totalitären Bedrohung" abstrakt gegenüber, ohne die aus den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen resultierenden autoritären und faschistischen Tendenzen, die gerade in der fortgeschrittensten „westlichen Demokratie", nämlich in den USA, in der Innen- wie in der Außenpolitik gegenwärtig besonders deutlich zutage treten, überhaupt in Betracht zu ziehen. Auf diese Weise verfehlen Hinweise auf die bürokratischen und oligar-

3) Vgl. z. B. M. Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971; K. Zenk, Volk und Staat. Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1971; H. Grebing, Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt/M 1971.

chischen Tendenzen sozialer Großorganisationen und die Forderung nach Demokratisierung, so wichtig sie sind, den Kern des Problems. Die Überführung der Produktionsmittel in die Verfügungsgewalt der Gesamtgesellschaft ist zwar keine ausreichende, zweifellos aber eine notwendige Bedingung für die Demokratisierung der Gesellschaft.

Vom gleichen Schema geht der Bonner Politologe Bracher in seinem Artikel „Faschismus und Nationalsozialismus" aus: dem „pluralistischen Rechtsstaat" stehen Faschismus und Bolschewismus als „Erscheinungsformen totalitärer Herrschaft" gegenüber. Zwar wird auf die soziale Basis des Faschismus, das von Proletarisierung bedrohte Kleinbürgertum, und auf die terroristischen Methoden des faschistischen Systems hingewiesen, nicht aber auf dessen soziale Funktion: die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Unterdrückung aller Kräfte, die sie hätten gefährden können. Sehr problematisch ist auch die scharfe Trennung zwischen Faschismus, der auf Italien begrenzt wird, und Nationalsozialismus. Wenn auch nicht bezweifelt werden kann, daß die faschistischen Bewegungen und Systeme den je spezifischen Bedingungen ihres Landes angepaßt waren und also bestimmte nationale Besonderheiten aufweisen, so muß doch betont werden, daß sie gerade in ihren wesentlichen Merkmalen sich ziemlich gleichen. Das gilt für ihre soziale Basis wie für ihre soziale Funktion, für ihre Ideologie wie für ihre Herrschaftsmethoden [4]). Gerade um die grundlegenden Gemeinsamkeiten dieser Bewegungen und Systeme zu erkennen, sollte an einem gesellschaftlich auf den Kapitalismus und nicht national auf ein Land (Italien) bezogenen allgemeinen Faschismusbegriff festgehalten werden.

Eine solche Argumentation muß freilich denen unannehmbar erscheinen, die davon überzeugt sind, daß es Kapitalismus gar nicht mehr gibt. Diese — angesichts der gesellschaftlichen Realität ziemlich verwegene — These versucht R. Schilcher auf dreieinhalb Seiten zu beweisen. Nachdem er zunächst bei der Darstellung des Marxschen Begriffes von Kapitalismus zentrale Elemente (z. B. Profit, Arbeitskraft als Ware, Ausbeutung) weggelassen, ihm stattdessen die Verelendungstheorie unterschoben und so das Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit schon im Ansatz verfehlt hat, gelangt er über den Kapitalismusbegriff bei Sombart und Max Weber schließlich zu dem Ergebnis, daß „gegenwärtige ‚westliche' Wirtschaftssysteme entwickelter Länder mit dem historischen Kapitalismus nicht mehr viel gemein" haben. Folgerung: „Es dürfte wohl angebracht sein, den so vielfältig schimmernden Begriff Kapitalismus in wissenschaftlichem Zusammenhang auf gegenwärtige Wirtschaftssysteme nicht mehr anzuwenden." Dahin kann man allerdings nur kommen, wenn man „soziale Mißstände" als das wesentliche des Kapitalismus begreift; wenn man die Sphäre von Verteilung und Konsum zum Maßstab der Beurteilung macht, statt die der Produktion; wenn man die Maßnahmen des Staates „auf dem Gebiete der Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer" als Bemühungen auffaßt, die auf „ein Verhältnis der Partnerschaft" gerichtet sind, die Realität mit diesen „Bemühungen" aber lieber nicht konfrontiert. Schon ein paar statistische Daten über die Vermögensverteilung aus den USA, der BRD, Italien oder Frankreich hätten genügt, diese schöne Theorie ad absurdum zu führen — von dem grundsätzlichen Problem der Lohnarbeit, das auch durch veränderte Vermögensverhältnisse noch nicht gelöst ist, ganz abgesehen.

[4]) Näheres in: R. Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft: Liberalismus — Faschismus, Reinbek b. Hamburg 1971[4], rororo-aktuell.

Daß es sich hier nicht um einen Ausrutscher, sondern um die dominierende Interpretation dieses Lexikons handelt, kann an anderen zentralen Stichwörtern ohne weiteres überprüft werden. Im Stichwort Klassenkampf wird die These von Marx, die gesellschaftliche Wirklichkeit sei bestimmt durch den Kampf zwischen herrschenden und beherrschten Klassen, umgefälscht zu einem bloß subjektiven Postulat zum Zwecke böswilliger Agitation: Wie das Kommunistische Manifest zeige, „forderte Marx die Schaffung und Intensivierung der Gegensätze zwischen den herrschenden Klassen und den beherrschten Klassen". Auch dieser Artikel endet mit der trostreichen Versicherung, mit der modernen Überflußgesellschaft habe „die stärkste hinter den Klassengegensätzen stehende Kraft sich aufgelöst". Denn: „Das Proletariat kann, wenn es will, einen ähnlichen Lebensstandard entfalten wie die Bourgeoisie". Es erscheint an der Zeit, daß man den verelendeten Massen in den USA (und deren lateinamerikanischen Hinterhöfen), in Süditalien und in den Barackenvorstädten westeuropäischer Großstädte diese frohe Kunde endlich mitteilt, auf daß sie beginnen können, Lebensstandard zu „entfalten".

Noch auf manche Ärgernisse wäre hinzuweisen, z. B. auf die Artikel eines gewissen Edward Shils. „Ideologie" bestimmt er als ein „Muster von Ansichten . . ., das dissentual entgegengesetzt von den allgemein geteilten Glaubens- und Normenmodellen liegt", wobei es ihm egal ist, ob es sich um progressive oder reaktionäre Ansichten handelt. Obwohl er als ideologisch also von der herrschenden Norm abweichende Denkformen ansieht, erfährt der erstaunte Leser eine Seite später, daß „die Neigung, sich ideologisch zu orientieren . . ., eine der grundlegenden menschlichen Eigenschaften (ist), sobald die Menschheit eine bestimmte Stufe geistesgeschichtlicher Entwicklung erreicht hat". Von der ausführlichen Diskussion über das Ideologieproblem, die von Marx bis Karl Mannheim, von Lukàcs bis Marcuse, stattgefunden hat, scheint der Verfasser nie ein Wort gehört zu haben. Konsequenterweise verzichtet er auf jeden Literaturhinweis. Im Stichwort Massengesellschaft verkündet der gleiche Autor, „der Hunger des Menschen nach Macht über seine Mitmenschen" gewährleiste, daß Autorität und soziale Schichtung erhalten bleiben. Auch zu diesem Stichwort fehlt jeder Literaturhinweis.

Die Mehrzahl der Beiträge ist freilich von höherem Niveau. Wer sich über den Diskussionsstand der bürgerlichen Soziologie orientieren will, findet in vielen Beiträgen hier eine angemessene Auskunft. Dennoch ist es erstaunlich, daß ein so aufwendig konzipiertes Werk nicht durchgängig einen gewissen Standard halten konnte, sondern in einer ganzen Reihe von Artikeln auf das Niveau von blanken Verfälschungen und dümmlichen Vorurteilen heruntergekommen ist. (Inzwischen ist bei Fischer eine zweibändige Taschenbuchausgabe [jeder Band zu 5,80 DM] erschienen.)

Der Versuch, sich strikt auf Information zu beschränken und jede Wertung und Stellungnahme zu vermeiden, wurde im „Lexikon zur Soziologie" unternommen, das im Westdeutschen Verlag, Opladen, erschienen ist. 86 überwiegend jüngere Autoren haben sich hier die Aufgabe gestellt, „die Möglichkeit zu bieten, Fachbegriffe nachschlagen zu können und kurz erklärt zu finden, die nicht aus sich selbst heraus verständlich sind oder in der Fachliteratur abweichend vom Alltagsverständnis gebraucht werden . . . Inhalt, Länge und Differenziertheit der Erklärungen . . . richten sich demgemäß nur nach der Erklärungsbedürftigkeit der entsprechenden Begriffe". Die Erklärungen sollen „so elementar wie möglich" gehalten werden (S. 8).

35 Jahre Kulturbund

Eine Dokumentation über das Verhalten und Wirken deutscher Künstler und Intellektueller vor und während des Zweiten Weltkrieges in Großbritannien.

Anfang Februar 1939 wurde in London der „Freie deutsche Kulturbund" – „Free German League of Culture in Great Britain" – gegründet, den wir, der DKBD, als unseren Vorläufer ansehen, als den Inspirator unserer Bemühungen um die demokratische Erneuerung der deutschen Kultur.

In diesem Sinne ist der 35. Gedenktag des FDKB auch der Gedenktag des Demokratischen Kulturbundes der Bundesrepublik Deutschland.

Aus diesem Anlaß wird ein Faksimiledruck von Dokumenten erscheinen, die Auskunft geben über die Beweggründe für den Zusammenschluß von deutschen Kulturschaffenden und Intellektuellen im „Freien deutschen Kulturbund", über seine Gründer und den großen Kreis von Repräsentanten des kulturellen Lebens von Großbritannien, die seine getreuen Freunde wurden.

Die Dokumente werden Auskunft geben über die Beziehungen des FDKB zu den britischen Behörden, den Organisationen der Kulturschaffenden und den Gewerkschaften des Gastlandes. Sie werden nicht nur zeugen von der Solidarität der deutschen Antifaschisten und der Widerstandsbewegung anderer europäischer Völker, sondern vor allem von deren Beziehungen zu den Gruppen der Antifaschisten in Deutschland.

Die Dokumentation enthält u. a. eine programmatische Rede von Johann Fladung, die dieser in einer Londoner Synagoge bei einer Kundgebung jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland gehalten hat.

Es wird Antwort gegeben auf die Frage nach den Beziehungen zwischen der Londoner Bevölkerung und dem FDKB während der Bombardierung durch deutsche Flugzeuge und dem Dröhnen der deutschen V-Waffen.

Vor allem wird berichtet über die Tätigkeit des FDKB, seine Veranstaltungen, seine Sektionen, seine „Kleine Bühne", seine „Freie deutsche Hochschule" und wie sich seine Mitglieder auf das „Nachhause", auf ihre Teilnahme am Wieder- und Neuaufbau in Deutschland vorbereiteten.

Wer diese Dokumentation besitzen will, sende DM 3,– auf das Postscheckkonto Hamburg Nr. 246 755-208 Dr. Peter Schütt, mit dem Vermerk links unten auf der Zahlkarte: Für Dokumentation.

Konkret bedeutet dies, daß z. B. unter dem Stichwort „Klasse" die Klassenbegriffe von Ricardo, Marx und Max Weber und dazu noch einige allgemeine Bedeutungen dieses Begriffs kurz und kommentarlos referiert werden. Vermutlich kommt ein solches „Informationslexikon" einem wirklichen Bedürfnis bei studierenden und praktizierenden Soziologen wie bei soziologischen Laien entgegen. Probleme wirft es allerdings in doppelter Hinsicht auf: Erstens schleichen sich in das beabsichtigte bloße Referieren doch Kategorien des Autors ein, die die referierte Position verzerren können (z. B. wird dem Marxschen Klassenbegriff nachgesagt, er bezeichne eine „Bevölkerungsgruppierung, die sich aufgrund der Arbeitsteilung ... herausgebildet hat", S. 334); und zweitens trägt ein solches Lexikon zur kritischen Bewußtseinsbildung nichts bei, weil es nicht argumentiert, sondern bestenfalls lediglich die *Resultate* einer wissenschaftlichen Theorie referiert. Da diese Resultate von ihrem Zustandekommen und ihren Begründungen abgeschnitten werden, bleiben sie für den nicht ohnehin schon informierten Leser unbegreiflich. Das wahrscheinliche Ergebnis ist, daß er aus der angebotenen Vielfalt die Ansichten übernimmt, die seinem vorgefaßten Weltbild sowieso entsprechen.

V

Das „Handlexikon zur Politikwissenschaft" unterscheidet sich sowohl im Umfang wie im Preis wesentlich von den beiden vorigen. Die Autoren arbeiten zu einem erheblichen Teil an der Universität Frankfurt, zu einem geringeren Teil in Tübingen, Köln, München und anderen Universitäten, an Schulen oder in Ministerien. Das Lexikon will „über Voraussetzungen, Verfahrensweisen und Ziele der Politikwissenschaft" informieren, die als interdisziplinäre Sozialwissenschaft begriffen wird. Es sei weniger wichtig, Kenntnisse zu vermitteln, als vielmehr „Kriterien zur selbständigen Urteilsbildung". Bei der Darstellung habe man sich um Allgemeinverständlichkeit bemüht. Jedem der hundert Artikel folgen Literaturhinweise. Auch der Herausgeber dieses Werkes bekennt sich zum „theoretischen Pluralismus", will „alternative theoretische Konzeptionen konkurrieren" lassen, bekennt sich aber zugleich zu einer bestimmten Wissenschaftstheorie, nämlich zum Neopositivismus Poppers. Ob man die „theoretische Basis", die „von liberal- bis radikaldemokratischen Ansätzen" reiche, wirklich als „entsprechend breit geraten" bezeichnen kann, sei dahingestellt. Wenn aber bereits im Vorwort versichert wird: „An demokratischen Institutionen fehlt es nämlich nicht, was fehlt, sind Demokraten", so werden die Grenzen der politischen Perspektive und der analytischen Schärfe — mindestens was den Herausgeber betrifft — doch sehr deutlich sichtbar.

Sie bestätigen sich im ganzen gesehen bei der Lektüre der meisten Beiträge. Die in diesem Buch dominierende Interpretation läßt sich ablesen an so zentralen Stichwörtern wie Gemeinwohl, Gewaltenteilung, Imperialismus, Kapitalismus, Liberalismus, Soziale Klassen, die zwar von verschiedenen Autoren verfaßt sind, in ihren Resultaten aber weitgehend übereinstimmen. Danach ergibt sich das folgende Bild der kapitalistischen Gesellschaft: Ziel der Produktion sei zwar der Gewinn, auch gebe es „eine Tendenz (!) des Ersatzes des Konkurrenzdurch den Monopolkapitalismus und eine Verstärkung der Stellung des Staates". Doch gleichzeitig nähmen auch die Arbeiter „am Produktivitätsfortschritt teil", gebe es „Tendenzen zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung", wenn auch „die Vermögensunterschiede trotz Versuchen zur Verstärkung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer kaum verändert worden" seien. (Schließlich trägt ja — nach der Ansicht der Verfasserin Erdmute Sommer — „das Risiko des

Verlustes ... der Unternehmer selbst ..."; Arbeiter und Angestellte verlieren ja allenfalls ihren Arbeitsplatz und damit ihre Existenzgrundlage). Die moderne Finanzpolitik ermögliche es, „starke Konjunkturrückschläge zu verhindern"; eine „Beeinflussung der Politik durch die interessierte Industrie", besonders die Rüstungsindustrie, sei jedoch „nicht ausgeschlossen". Auch der „Vorwurf des Imperialismus" (nicht etwa dieser selbst!) bleibe bestehen (Stichwort Kapitalismus). Der Imperialismus habe nämlich nichts mit bestimmten Profitinteressen zu tun, sondern sei aus der „aufkommenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert zu erklären" und „aus dem Modernisierungs- und Technisierungsprozeß aller Produktionsbereiche", muß demnach ja wohl als eine gewaltige Errungenschaft menschlichen Fortschritts verstanden werden, zumal auch „humanitäres, religiöses und politisches Sendungsbewußtsein am Werke war" (Stichwort Imperialismus). In den Beiträgen über Liberalismus (der allzu stark auf die deutsche Entwicklung fixiert ist, die keineswegs als repräsentativ gelten kann) und über Gewaltenteilung wird von der sozialen Funktion abgesehen, so daß der Gewaltenteilung „innerhalb des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems" eine große Bedeutung zugesprochen werden kann. Der Begriff des Gemeinwohls wird jedes materiellen Inhalts beraubt und „auf die Art, wie eine politische Entscheidung zustande kommt", reduziert (Stichwort Gemeinwohl). Dies sei in einer pluralistischen Gesellschaft gar nicht anders möglich; eine Klassengesellschaft nämlich gibt es nach dieser Ansicht nicht mehr. „Die Konfliktlinien verlaufen ... weniger zwischen Unternehmern und Arbeitern als zwischen den zu Interessenverbänden formierten Gruppen mit spezifischen Konsuminteressen und den zentralen politischen Verteilungsagenturen". Damit verbunden sei „ein gemeinsames Interesse von Arbeiter und Unternehmer an der Produktivität und der staatlichen Garantie von Lebenschancen". Auch hier wird die These vom Ende der Klassengesellschaft ermöglicht durch den Hinweis auf die „Nivellierung des Lebensstils" und die herrschenden Vorstellungen über die Gesellschaft, also die Betonung der Konsumsphäre und des subjektiven Bewußtseins und die Vernachlässigung der Produktionssphäre (Stichwort Soziale Klassen).

Es ist klar, daß der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus in irgendeiner Weise verschleiert werden muß, um diese Interpretation des Kapitalismus zu retten. Die Stichwörter Faschismus und Nationalsozialismus geben davon Zeugnis. Daß die Stichwörter Kommunismus und Marxismus entsprechend bearbeitet wurden, versteht sich von selbst: Der Marxismus hat sich nach der Meinung des Frankfurter Politologen Shell als „unfähig erwiesen, eine tragfähige theoretische Basis für die sozialistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts zu bilden", und „das erfolgreichste" Experiment mit dem Kommunismus stellt nach der Ansicht des gleichen Autors der israelische Kibbuz dar.

Einige Beiträge heben sich von solchen apologetischen Interpretationen deutlich ab. Vor allem ist hier auf die Artikel von Klaus Peter Wallraven über Entwicklungshilfe, Politische Bildung und Soziale Frage hinzuweisen, die in klarer, präziser Sprache die gesellschaftlichen Interessen beim Namen nennen, die hinter den Ideologien von Liberalismus, Pluralismus und humanitärer Hilfe stehen. Die übrigen progressiven Wissenschaftler der Frankfurter Universität wie Joachim Hirsch, Gert Schäfer, Gisela Kress und Oskar Negt haben sich an diesem Lexikon nicht beteiligt.

VI

Hauptsächlich von Wissenschaftlern der Universität Gießen wurde das Lexikon „Gesellschaft und Staat" verfaßt. Die Zahl der Mitarbeiter ist wesentlich geringer

(nämlich 17), das Gesamtkonzept daher wesentlich einheitlicher als bei den bisher behandelten Werken. Die Herausgeber fühlen sich nicht irgendeinem formalen Pluralismus verpflichtet, der Demokratie schon dort gewährleistet sieht, wo es unterschiedliche Meinungen gibt, sondern fassen — wenn auch in etwas „weicher" Formulierung — den Demokratiebegriff inhaltlich: „Politische Bildung ist nicht wertneutral"; das Lexikon „ergreift Partei; es fordert Kritik heraus, fordert zu Entscheidungen auf, stellt Traditionen, Autoritäten und überkommene Ordnungen in Frage mit dem Ziel, der Entwicklung zu einer Gesellschaft freier und gleicher Menschen zu dienen". Es wolle also zunächst bewirken, daß „die Menschen ihren Standort und ihre Interessen in der hochindustrialisierten Gesellschaft erkennen", daß der „Zusammenhang zwischen Interessen und Politik", die „Herrschaftsverhältnisse in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft durchsichtig werden" (Statt eines Vorworts). Um leichter verständlich zu bleiben, wurde auf die Fachsprache der Politologen und Soziologen weitgehend verzichtet und der Satzbau vereinfacht. Auch in diesem Lexikon folgen jedem Artikel einige Literaturhinweise.

So ist ein Lexikon zustande gekommen, das in Aufmachung und Ausführlichkeit wesentlich bescheidener ist als die übrigen — das kommt auch im Preis angemessen zum Ausdruck —, seiner kritischen Intention nach sich jedoch sehr positiv von diesen abhebt. Beispielsweise heißt es im Stichwort Kapitalismus: „Wer über Kapital verfügt, kann als Unternehmer *fremde* Arbeitskraft verwerten, d. h. gegen Lohn oder Gehalt kaufen, um mit ihrer Hilfe einen Gewinn aus seinem Vermögen zu erzielen: den Mehrwert. Die üblichen Bezeichnungen Arbeitnehmer und Arbeitgeber verkehren diese Tatsache sprachlich in ihr Gegenteil. Kapitalismus stellt ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem dar, in dem die Produktion *gesellschaftlich*, die Aneignung der Gewinne aber *privat* durch Einzelunternehmer oder Kapitalgesellschaften ... erfolgt." Freilich ist auch hier die äußerste Präzision noch nicht erreicht (es geht z. B. nicht nur um die private Aneignung der Gewinne, sondern um die private Aneignung aller gesellschaftlich erzeugter Produkte), aber: die kritische Intention ist erkennbar.

Das läßt sich von beträchtlichen Teilen dieses Lexikons, nicht jedoch von allen sagen. Wenn es beispielsweise unter dem Stichwort „Pragmatisch" heißt: „Der pragmatische Politiker richtet sich weniger nach Theorien, sondern sucht nach Lösungswegen, die die Chance haben, angenommen zu werden", so wird hier das schwierige Theorie-Praxis-Problem allzu mechanistisch gelöst. Einerseits entstehen politische Zielvorstellungen und Theorien aus der Praxis, andererseits ist politische Praxis ohne Zielvorstellungen, also ohne eine Theorie über eine erstrebenswerte Gesellschaftsordnung gar nicht möglich. Daß diejenigen, die sich als Pragmatiker bezeichnen und über jegliches Theoretisieren erhaben fühlen, diesen dialektischen Zusammenhang nicht erkennen (und so meist „pragmatische Politik" im Sinne der bloßen Erhaltung des Bestehenden und dessen „Verbesserung" durch einige Detailkorrekturen betreiben), kann für die politische Wissenschaft kein Grund sein, diese naive Einstellung zu übernehmen.

Auch persönlich habe ich einige Erfahrungen gemacht, die zu denken geben. In einigen der von mir bearbeiteten Stichwörter wurde der Text ohne meine Einwilligung in wesentlichen Punkten verändert. Wurde die soziale Funktion des etablierten Faschismus bestimmt als „ein Herrschaftssystem, das die Vorrechte der Besitzenden schützt", so hieß es nach der „Korrektur": „... das die Vorrechte bestimmter Gruppen, insbesondere der Besitzenden, schützt". Der Begriff „Oberklassen" wurde mehrfach zu „Oberschichten" umgebogen, und aus den „lumpenproletarischen Elementen", die der SA zuströmten, wurden „proletarische", womit der Sinn total verändert und die Aussage einfach falsch wurde.

Mein Protest hatte immerhin zur Folge, daß die Wiederherstellung des Originaltextes für spätere Auflagen zugesichert wurde.

VII

Alle fünf besprochenen Nachschlagewerke bemühen sich um wissenschaftliche Seriosität und weisen einen beachtlichen Informationswert auf. Sie unterscheiden sich aber sowohl in Aufmachung und Preis wie auch im politischen Standort und im kritischen Gehalt. Das „Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert" und das „Wörterbuch der Soziologie" haben primär fachwissenschaftlichen Charakter und liegen im Preis merklich höher als die drei anderen, wenden sich also an einen relativ kleinen Kreis. (Inzwischen ist allerdings das „Lexikon der Soziologie" als dreibändiges Taschenbuch im Fischer-Verlag erschienen.) Das „Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert" beschreibt die Adressaten als „Journalisten, Lehrer, Politiker, Politologen und Dolmetscher" sowie ganz allgemein „politisch Interessierte"; ihnen soll vor allem Information geboten werden.

Die beiden anderen dagegen betonen, daß es ihnen — neben der Information — vor allem um politische Aufklärung und kritische Bewußtseinsbildung geht, die den beiden freilich, wie gezeigt wurde, in sehr unterschiedlichem Maße gelungen ist. Beim „Handlexikon zur Politikwissenschaft" ist deutlich zu erkennen, daß da lediglich im Vorwort ein paar modisch-progressiv klingende Floskeln formuliert wurden, daß die Sachartikel aber von kritischem Geist ziemlich unberührt blieben. Das Lexikon „Gesellschaft und Staat" begreift sich als „Hilfsmittel ... für den Politischen Unterricht in den Schulen, für die Arbeit in der Erwachsenenbildung und für das Studium der Politikwissenschaft (Sozialkunde, Politische Bildung) von Lehrern", will aber „auch für Schüler verständlich" sein.

Vergleicht man sie in bezug auf ihren Beitrag zu kritischer Analyse und Bewußtseinsbildung, so ist dem Lexikon „Gesellschaft und Staat" — trotz seiner Mängel und Inkonsequenzen und trotz seiner Kürze — der Vorzug vor allen anderen zu geben. Daß es den deutschen Jugendbuchpreis erhalten hat, ist also nicht ganz unverdient. Die übrigen repräsentieren den gegenwärtigen Standort der bürgerlichen Geschichts- und Sozialwissenschaft, wobei das „Wörterbuch der Soziologie" stark von angelsächsischen Autoren und Positionen beeinflußt ist, während sich das „Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert" den Autoren nach auf die BRD und der Problemstellung nach auf Mittel- und Westeuropa konzentriert. Gegenüber dem „Handlexikon zur Politikwissenschaft" sei noch einmal auf das hier nicht rezensierte „Handbuch des deutschen Parlamentarismus" hingewiesen, das in Aufmachung, Umfang und Preis ähnlich, an kritischem Gehalt jedoch weit höher zu bewerten ist.

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

Die neuesten Titel:

11 Gärtner/Goldberg, Wachstumsdiskussion und Umweltkrise

12 Altaiski, Anmerkungen zum X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas und zur Politik Mao Tse-tungs

13 Castro, Kampf und Tod Salvador Allendes

Jeder Band DM 3,–

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

GENRES UND GEBRAUCHSWERT

3: Ist Alfred ein Ventil?

Es gibt für das Ausstrahlen einer Familienserie im Fernsehen, in deren Mittelpunkt eine Figur wie Alfred Tetzlaff steht, nur die eine Rechtfertigung: Alfred sei ein Ventil für des Publikums aufgestauten Unmut, seine ins Absurde übertriebene CDU-Propaganda sei eine Möglichkeit für den Zuschauer, gefahrlos „Dampf abzulassen". Diese Theorie vom Massenmedium als Ventil zur Abreaktion von Massenängsten, Massenvorurteilen und gefährlichen emotionalen Bedürfnissen ist auch die einzige Erklärung für die außergewöhnliche Beliebtheit dieser Sendung („Ein Herz und eine Seele": 27 Millionen Zuschauer bei der 2. Folge), die man ohne Grauen zur Kenntnis nehmen kann. Ist diese Theorie aber richtig? Werden Alfreds Nörgeleien wirklich als lächerlich empfunden? Kommt sein verbaler Faschismus wirklich nur noch als Absurdität an?

Faschismus? Das Fernsehen gab in diesen Wochen denen, die die NS-Zeit nicht erlebt haben, Gelegenheit, Vergleiche zu ziehen. Im hessischen 3. Programm wurden am 29. Januar und 5. Februar 1974 zwei NS-Propagandafilme aus dem Jahr 1933 gesendet. Der erste, „Blut und Boden", war für die Bauernagitation bestimmt gewesen. In ihm wurde die Krise der Landwirtschaft einer „liberalistischen Wirtschaftspolitik" angelastet, die es der verschwörerischen Konkurrenz des Auslandes erlaube, den deutschen Bauern zugrunde zu richten. Der andere Film, „Kaufmann, nicht Händler", der den kleinbürgerlichen Mittelstand ansprechen sollte, wird deutlicher: die internationale jüdische Verschwörung überschwemmt, im Zeichentrick sichtbar gemacht, wie ein aus dem Osten kommender Ameisenschwarm alle Bereiche des gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens, um sie auszusaugen und zu unterwandern.

Alfred hat diese Gedanken in der Rosenmontagssendung (25. Februar, ARD, 20.15 Uhr) wie folgt aktualisiert: „Ich schau da nicht zu, wie Deutschland untergeht"; wir „als Arier" gehen in fremde Länder nur, „um sie zu erobern" oder, um dort „alles aufzubauen". Aber „die doch nicht, die denken doch genau umgekehrt, diese Levantiner. Die versuchen jetzt, unsere Arbeitsmoral zu zersetzen, zetteln Streiks an, machen unsere Maschinen kaputt, überfallen Banken." Und weil sie „von Natur aus arbeitsscheu sind", „sind sie dann auch in die EWG eingetreten, weil sie darauf spekuliert haben, daß wir sie ernähren, so wie wir die Franzosen und Engländer miternähren." Und wenn dann noch „die roten Mongolenhorden hier eines Tages einmarschieren werden", dann ist es aus mit Deutschland, und deshalb darf man da „nicht zuschauen".

Also: sind wir schon soweit, daß wir darüber lachen können? Kann der Faschismus überhaupt lächerlich sein? Ist Alfreds Geschwätz nur lächerlich, kann es den blutigen Ernst der „Bild"-Zeitung durch Lächerlichmachen entlarven, ist es also richtig, verharmlosend von „Geschwätz" zu reden?

Eine Antwort auf solche Fragen können wir ohne Meinungsumfragen schon aus dem gesellschaftlichen Kontext entnehmen, für dessen Spannungen die Identifikation mit Alfred angeblich ein Ventil sein soll. Alfred stellt die absurde Behauptung auf, die Bundesregierung habe den ÖTV-Streik „angezettelt". Alfreds Handlungsanweisung: „Wozu halten wir uns eigentlich die Bundeswehr, na? Da braucht man nur ein paar MGs aufzubauen, und zack! sind die Jungs wieder am Fließband!" — ist sie lächerlich, absurd, wo doch in derselben Zeitung zu lesen ist: „Fünf Millionen Mark für mehr Schlagkraft. Bielefeld: Polizei verstärken", und 3 Tage später: „Geld für Bundesgrenzschutz", damit er „seinen besonderen Aufgaben als Bundespolizei" gerecht werden kann?

Die deutschen Faschisten von 1933 wußten, daß man eine undemokratische und inhumane Praxis durch eine eingewöhnende Propaganda vorbereiten muß. Es soll nicht behauptet werden, daß solches mit Alfred geschieht. Aber ist man so sicher, daß die Herrschenden — nicht immer die Regierenden — den Gebrauchswert nicht erkennen, den dieses Genre als ideologischer Test für sie hat?

Günter Giesenfeld

Volker Lühr, Chile: Legalität, Legitimität und Bürgerkrieg. Zur Durchsetzbarkeit sozialistischer Reformpolitik in einer parlamentarischen Demokratie, Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1973 (Sammlung Luchterhand, Bd. 130), 223 S., 8,80 DM.

Ökonomie

Otto Kreye (Hrsg.), Multinationale Konzerne. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen System, C. Hanser Verlag, München 1974 (Reihe Hanser, Bd. 139), 294 S., 12,80 DM.

Ernst Piehl, Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung. Ein Beitrag zur Analyse und zur Strategie der Arbeiterbewegung im international organisierten Kapitalismus insbesondere in Westeuropa, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M 1974 (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung, Bd. 2), 343 S., ca. 12,— D-Mark.

Rolf Jungnickel / Klaus Matthies, Multinationale Unternehmen und Gewerkschaften, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1973 (Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung), 84 S., 9,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aktionsprogramm für wirtschaftliche Zusammenarbeit, beschlossen auf der Konferenz der blockfreien Länder vom 4. bis 9. September 1973 in Algier

(Wortlaut)

Im Lichte der internationalen Energie- und Rohstoffversorgungsdebatte, die die wachsende Rolle einer Reihe von Entwicklungsländern widerspiegelt, verdient das auf der Konferenz der blockfreien Länder vom 4. bis 9. September 1973 beschlossene „Aktionsprogramm für wirtschaftliche Zusammenarbeit" aktuelles Interesse. Nachstehend der Wortlaut des „Aktionsprogramms". D. Red.

Aktionsprogramm für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Staats- oder Regierungschefs sprachen erneut ihre Überzeugung aus, daß die Verantwortung für die Gewährleistung einer raschen Entwicklung ihrer Länder vor allem auf sie fällt. Sie erklären, daß sie bereit seien, für die Erlangung der Entwicklungsziele vollauf zur Verfügung zu stehen, individuell und kollektiv. Zu diesem Zweck kamen sie überein, ständige und koordinierte Anstrengungen auf nationaler Ebene zu machen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, des Elends von Massen, der Ungleichheit in der Einkommensverteilung und der wirtschaftlichen Abhängigkeit von entwickelten Ländern sowie zur Mobilisierung aller nationalen Reichtümer für die Erzielung einer integrierten und gleichmäßigen Entwicklung in allen Sektoren der Wirtschaft.

Sie haben beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern zu erweitern und die nachstehend aufgeführten Ziele genau zu verfolgen:

I) Zwecks Förderung des Handels zwischen den Entwicklungsländern soll jedes von ihnen danach streben, die Importrate aus anderen Entwicklungsländern zu verdoppeln.

II) Kein Entwicklungsland soll für die Einfuhr aus entwickelten Ländern günstigere Bedingungen bewilligen als jene, die der Einfuhr aus Entwicklungsländern gewährt werden.

III) Im Rahmen multilateraler Handelsbesprechungen des GATT sollen die Entwicklungsländer eine Reihe gegenseitiger Verhandlungen einleiten zur Förderung des Handels zwischen den Entwicklungsländern.

IV) Um den zwischenregionalen Handel zu erleichtern, sollte die Möglichkeit des Abschlusses von Clearing- bzw. Zahlungsabkommen, die die Entwicklungsländer erfassen würden, aufmerksam geprüft werden.

V) Die Entwicklungsländer sollten sich bemühen, maximal die Mittel zu nutzen, die für „ungebundene" Hilfe zur Realisierung ihrer eigenen Entwicklung gewährt werden.

VI) Zwischen den Zentralbanken der Entwicklungsländer sind zur Stärkung ihrer währungspolitischen und finanziellen Zusammenarbeit sowie zur Prüfung von Möglichkeiten, zu diesem Zweck eine gemeinsame Finanzsituation zu schaffen, eine enge Zusammenarbeit herzustellen und Beratungen zu organisieren.

VII) Die Möglichkeiten für die Ausarbeitung institutioneller Abkommen sollten genutzt werden, die es ermöglichen, daß Kreditüberschüsse, über die die Entwicklungsländer zum Finanzieren von spezifisch für die Ausfuhr bestimmten Projekten verfügen, ausgenutzt werden. Die entwickelten Länder und die internationalen Finanzinstitutionen sollten solche Vereinbarungen unterstützen.

VIII) Die Realisierung jener Projekte der Entwicklungsländer, die ausländische technische Fachkundigkeit erfordern, sollte in größtmöglichem Maße unterstützt werden, indem das technische Wissen, das in den Entwicklungsländern vorhanden ist, zu verteilen und auszutauschen ist.

IX) Zu gewährleisten ist zwischen den verschiedenen bestehenden internationalen Organisationen, einbezogen jene, die zu den Vereinten Organisationen gehören, eine wirksame Zusammenarbeit auf subregionaler, regionaler und zwischenregionaler Ebene, um künftig ihre Beziehungen in allen Bereichen intensivieren zu können.

X) Hergestellt sollte eine währungspolitische Zusammenarbeit werden durch Gründung oder Adaption von Organen für die Zusammenarbeit auf regionaler oder subregionaler Ebene.

XI) Die Entwicklungsländer sollen sich gegenseitig Kredite auf Präferenzbasis gewähren.

XII) Die Entwicklungsländer sollen den Zusammenschluß der Produzenten von für die Weltwirtschaft wichtigsten Produkten einführen und festigen, um der Verschlechterung der Austauschbedingungen Einhalt zu gebieten, die ungesunde Konkurrenz abzuschaffen, die schädlichen Aktivitäten der internationalen Konzerne zu verhindern und die Verhandlungspositionen dieser Länder zu verstärken.

XIII) Die Entwicklungsländer sollen im Bereich von Massenmedien Vereinbarungen treffen, um gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des gegenseitigen Austausches von Ideen ergreifen zu können, die von folgenden Prinzipien inspiriert sind:

a) Reorganisierung der bestehenden Kommunikationsnetze, die ein Erbe der kolonialen Vergangenheit sind und ein freies, direktes und rasches gegenseitiges Kommunizieren verhindern.

b) Ergreifung von Initiativen für gemeinsame Maßnahmen zur Überprüfung der gegenwärtigen multilateralen Abkommen, um eine Revision der Tarife für Zeitungsberichte vorzunehmen und die Einführung rascherer sowie billigerer Kommunikationen zu erleichtern. Ergreifung dringender Maßnahmen zur Beschleunigung des Prozesses der kollektiven Übernahme von Nachrichtensatelliten und zur Ausarbeitung von Verhaltensregeln für die Nutzung solcher Satelliten.

c) Ergreifung dringender Maßnahmen zur Beschleunigung des Prozesses der kollektiven Unterhaltung von Nachrichtensatelliten und Schaffung eines Verhaltenskodexes zur Regelung des Gebrauchs solcher Satelliten.

d) Anzuregen sind bessere Kontakte zwischen Informationseinrichtungen, Universitäten, Bibliotheken, Planungs- und Forschungsorganen und anderen Institutionen, um den Entwicklungsländern den Austausch von Erfahrungen und technischem Wissen sowie die gegenseitige Übermittlung ihrer Ideen zu ermöglichen.

e) Der UNO-Generalsekretär ist sofort zu ersuchen, daß an der Universität, die die Vereinten Nationen zu gründen beabsichtigen, ein besonderer Lehrstuhl für die Blockfreiheit betreffende Studien eingeführt wird, um so Forschungen über die historische Entwicklung der Blockfreiheit sowie über die gegenwärtige und künftige Rolle, die sie in der sich in vollem Gärungsprozeß befindlichen Weltordnung spielen kann, zu erleichtern.

Auf regionaler und zwischenregionaler Ebene sind Institute für wissenschaftliche und technische Tätigkeit zu gründen zur Prüfung der Projekte von nationalem, regionalem und zwischenregionalem Interesse in den Entwicklungsländern sowie zur Erleichterung

der Ausbildung wissenschaftlicher und technischer Kader, vor allem durch die Zuteilung einfacher und Fortbildungsstipendien.

XIV) Die blockfreien Länder sollen Informationen von den gegenseitigen Errungenschaften auf allen Gebieten austauschen und diese über Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen und andere Informationsmittel ihrer Länder verbreiten.

Sie sollen Pläne für den Austausch von Erfahrungen auf diesem Gebiet formulieren, unter anderem durch das Organisieren gegenseitiger Besuche von Expertendelegationen für Informationen sowie durch den Austausch von Fotoprogrammen, Kulturdelegationen und Festspielen.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN ENTWICKELTEN UND DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Die Staats- und Regierungschefs bestätigen feierlich ihre Entschlossenheit, sowohl in ihren Ländern als auch auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen weiterhin an der Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und der Verbesserung des Lebensstandards ihrer Völker zu arbeiten.

Sie appellieren an die internationale Gemeinschaft, dem Entwicklungsziel den ihm gebührenden Platz im Mechanismus der Vereinten Nationen zurückzugeben und ein neues System internationaler Wirtschaftsbeziehungen aufzustellen, das auf der Gleichberechtigung und dem gemeinsamen Interesse aller Länder beruht. Die entwickelten und die Entwicklungsländer sollen an der Lösung gegenseitiger Probleme zusammenarbeiten und vor allem folgende Ziele verfolgen:

1) Die Entwicklungsländer sollen die Abschaffung der Zurückhaltung einiger entwickelter Länder im Moment der Annahme der internationalen Entwicklungsstrategie sowie die Konkretisierung der Verpflichtungen verlangen, die diese Länder übernommen haben.

2) Bemühungen sind zu machen um die Erforschung neuer Gebiete der Verständigung und die Erweiterung der bestehenden, im Rahmen des zeitlich beschränkten Programms, damit die immer größeren Bedürfnisse der Entwicklungsländer befriedigt werden können.

3) Entwickelte Länder, die bisher den allgemeinen Präferenzplan nicht angewandt haben, sollten das sofort tun. Außerdem soll der Präferenzplan erweitert werden bzw. auch landwirtschaftliche und andere Produkte erfassen, die für die Märkte der entwickelten Länder von Bedeutung sind, während die Präferenzmarge selbst erhöht werden soll, um die Handelsmöglichkeiten zu steigern, die den Entwicklungsländern geboten werden. Die Tendenz zur Stärkung und Vermehrung der nichtzollmäßigen Schranken, der Schutzmaßnahmen und sonstiger restriktiver Praxis soll liquidiert werden, damit die Entwicklungsländer alle Vorteile des allgemeinen Präferenzsystems nutzen können.

4) Die Liberalisierung des Handels und die allmähliche Beseitigung der Zollschranken zwischen den entwickelten Ländern sollen von entsprechenden Maßnahmen begleitet sein, um die Vorteile zu wahren, die die Entwicklungsländer im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems genießen.

5) In Anbetracht der Bedeutung der multilateralen Handelsbesprechungen und Auswirkungen, die diese unweigerlich auf den Welthandel haben werden, sollten die Entwicklungsländer sich in der Vorbereitungs- und Verhandlungsphase für die Anerkennung der Prinzipien der Nichtreziprozität, der Nichtdiskriminierung und des Präferenzverfahrens in den Beziehungen zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern einsetzen. In Anbetracht dessen, daß die Resultate der multilateralen Handelsbesprechungen keine Wirkung haben werden, bevor diese Verhandlungen beendet sind, ist es von größter Bedeutung, daß in dieser Periode die Aktionen im Hinblick auf den Handel der Entwicklungsländer und ihrer Ziele wie jene, die durch die internationale Entwicklungsstrategie bestimmt werden, nicht einfrieren.

6) Zur Stärkung des Ausfuhrpotentials der Entwicklungsländer, besonders zur Durchführung notwendiger Strukturveränderungen in den Wirtschaften der entwickelten Länder, zu Veränderungen, die zu einer rationelleren Arbeitsteilung auf internationaler Ebene führen, sind entsprechende Anstrengungen zu machen.

INTERNATIONALE WÄHRUNGS- UND FINANZSYSTEME

1) Die Entwicklungsländer sollen in vollem Maße und gleichberechtigt an der Ausarbeitung und Herstellung eines gerechten und dauerhaften internationalen Währungssystems teilnehmen.

2) Mit dem neuen internationalen Währungssystem ist den Interessen der ganzen internationalen Gemeinschaft Rechnung zu tragen. Es soll sich an das neue Abkommen anlehnen, mit dem den tiefen Veränderungen Rechnung getragen wird, die sich nach der Unterzeichnung des Abkommens von Bretton Woods vollzogen haben.
Das Prinzip des Präferenzverfahrens zugunsten der Entwicklungsländer soll auf neue Währungslösungen angewandt werden.

3) Das neue Währungssystem soll eine wirksame Beteiligung der Entwicklungsländer am Prozeß der Entscheidung gewährleisten — durch die Annahme eines Systems der Abstimmung über die Beiträge —, eine stabile, aber elastische Austauschrate sichern, damit die für den Anstieg des Handels der Entwicklungsländer notwendigen Rahmen geschaffen werden. Es ist notwendig, auf geeignete und methodische Art und Weise eine Liquidität zu schaffen, um globale Bedürfnisse des Handels durch zusätzliche Zuteilungen von Sonderziehungsrechten (SZR) befriedigen zu können. Ferner wäre es notwendig, eine Verbindung zwischen den SZR und der Entwicklungsfinanzierung im Interesse der Entwicklungsländer herzustellen.

4) Die internationalen Finanzorgane sollten ihre Rolle bei der Entwicklungsfinanzierung wirksamer spielen, ohne irgendwelche politische Diskriminierung im Hinblick auf bestimmte Länder. Außerdem sollten die durch Abrüstung freigewordenen Mittel eine bedeutende Quelle zur Förderung des Fortschritts der Entwicklungsländer bilden.

5) Die entwickelten Länder sollen ein Programm mit Durchführungsfristen annehmen, um die Ziele im Zusammenhang mit der Entsendung von Finanzmitteln der Entwicklungsländer zu realisieren. Der Anteil der öffentlichen Hilfe am Nettotransfer der Finanzmittel für die Entwicklungsländer sollte vergrößert werden.

6) Eine entsprechende internationale Aktion sollte unternommen werden, um die ungünstigen Wirkungen, die die unter sehr schweren Bedingungen aufgenommenen Auslandsschulden auf die jetzige und künftige Entwicklung der Länder haben können, zu neutralisieren. Die Weltbank sollte im Rahmen allgemeiner politischer Maßnahmen, indem sie der wirtschaftlichen Situation der Schuldnerländer und dem Ursprung der Auslandsschulden Rechnung trägt, überall, wo es möglich ist, bei der Lösung von Problemen, die durch die Last der Auslandsschulden hervorgerufen wurden, wirksam intervenieren.

7) Es sollten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um die schwere Bürde, die die Abzahlung der Auslandsschulden darstellt, zu erleichtern, unter anderem durch Annahme von Methoden des Fristenaufschubs. Die internationalen Finanzorgane sollen ihre Anleihenpolitik immer mehr so ausrichten, daß sie den neuen Bedürfnissen der Entwicklungsländer entspricht.

8) Die Banken für regionale und subregionale Entwicklung sollen mehr Mittel erhalten, um ihre Operationen intensivieren und eine sehr enge gegenseitige Zusammenarbeit herstellen zu können.

AUSTAUSCH VON KNOW HOW

1) Die Anwendung der für den Austausch von technischen Erkenntnissen im Rahmen der internationalen Entwicklungsstrategie vorgesehenen Maßnahmen soll sich in den bestmöglichen Fristen abwickeln, während die Entwicklungsländer in Verbindung damit in internationalen Instanzen einen gemeinsamen Standpunkt einzunehmen haben.

2) Der monopolistischen Praxis auf multinationaler Ebene, die durch die Teilung der Märkte und Festlegung der Preise gepflogen wird, soll Einhalt geboten werden. Zu reduzieren sind außerdem die Kosten für die Entsendung von Fachleuten in die Entwicklungsländer.

3) Ferner wäre eine neue internationale Gesetzgebung über die Entsendung von Fachleuten auf Präferenzbasis in die Entwicklungsländer zu formulieren. Ein internationaler Verhaltenskodex sollte angenommen und sofort angewandt werden.

4) Dringend sollten sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene Maßnahmen ergriffen werden, um den Abzug von Fachleuten aus den Entwicklungsländern in entwickelte Länder zu stoppen.

GRUNDLEGENDE PRODUKTE

Ein sehr geringer Fortschritt wurde bisher bei der Formulierung internationaler Verträge über grundlegende Produkte verwirklicht. Die zuständigen internationalen Organe sollen dieser Angelegenheit Priorität einräumen. Das Problem grundlegender Produkte — wie Tee, dessen Preis ständig sinkt — ist auf ernsteste Weise im Rahmen globaler Abkommen zu lösen.

DER SEEVERKEHR

1) Die Entwicklungsländer sollen Mittel erhalten, die ihnen eine umfangreichere Beteiligung an den Operationen der Transport- und Versicherungskosten im Bereich des Seeverkehrs sichern, um den Umfang und die Rentabilität ihres Handels und den Stand ihrer Zahlungsbilanz unausgesetzt vergrößern zu können.

2) Wesentlich ist, daß die Regierungen interessierter Entwicklungsländer sich an zwischen den Seekonferenzen und Transporteuren stattfindenden Beratungen beteiligen, besonders in Fragen, die die Festlegung der Raten von Zusatzgebühren und die Häufigkeit der Transporte sowie die Qualität der Dienstleistungen betreffen, welche die Kosten für die Durchführung des Außenhandels direkt beeinflussen.

3) Es wäre notwendig, einen Verhaltenskodex für Seekonferenzen zu formulieren und dringend anzuwenden, der obligatorisch wäre und den die künftige Konferenz der Bevollmächtigten anwenden sollte, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen organisiert wird, damit sie in vollem Maße den Bedürfnissen und besonderen Problemen der Entwicklungsländer Rechnung tragen kann.

DIE UMWELT DES MENSCHEN

Es soll nicht zugelassen werden, daß zusätzliche Ausgaben in Verbindung mit den Programmen, die sich auf den Umweltschutz beziehen, die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer hemmen.

Jede Hilfe, die die entwickelten Länder den Entwicklungsländern im Bereich des Umweltschutzes bieten, soll über jene hinaus gewährt werden, die bereits für Entwicklungshilfe gegeben wird, während die Sorge der entwickelten Länder um den Umweltschutz keinen ungünstigen Einfluß auf den Zufluß der Entwicklungshilfe und auf den Handel der Entwicklungsländer haben dürfte.

ZUSAMMENARBEIT MIT SOZIALISTISCHEN LÄNDERN

1) Die sozialistischen Länder müssen vorsehen, daß sie in ihren Entwicklungsplänen den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Ausfuhr der blockfreien Länder Rechnung tragen, um dadurch die Einfuhr eines immer größeren Prozentsatzes an Fertig- oder Halbwaren auf Basis des Präferenzverfahrens zu erleichtern.

2) Die sozialistischen Länder sollen günstigere Bedingungen gewähren für die Stärkung von Handel, Wirtschaftsbeziehungen und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit mit den blockfreien Ländern.

Vorzusehen wären besondere Maßnahmen im Bereich der Entsendung von Fachleuten und der Fachausbildung nationaler Kader der Entwicklungsländer.

Die blockfreien Länder werden ihre Aktivität im Bereich der Informationen in Verbindung mit den Möglichkeiten der Entwicklung des Handelsaustausches und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern verstärken, indem sie gemischte Komitees gründen, Delegationen austauschen, Messen und Ausstellungen organisieren und die Zusammenarbeit zwischen den Handels- und Industriekammern und anderen zuständigen Institutionen entwickeln.

Die blockfreien Länder sind entschlossen, die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern anzuregen, vor allem durch die Unterzeichnung von Regierungskonventionen, durch Zusammenstellung für den Austausch notwendiger gemischter Delegationen und durch Stärkung der Beziehungen zwischen den interessierten Organisationen und Institutionen.

Die Staats- oder Regierungschefs erörterten die Arbeit, die die Koordinatoren im Einklang mit dem in Georgetown festgelegten Aktionsprogramm in folgenden Bereichen geleistet haben:

1) Handel, Industrie und Verkehr.
2) Währungs- und Finanzzusammenarbeit.
3) Technologie, technische Fachkundigkeit, technische Hilfe.
4) Internationale Zusammenarbeit für wirtschaftliche Entwicklung.

Sie gaben Instruktionen, das Mandat der Koordinatoren bis zur nächsten Gipfelkonferenz zu verlängern.

Die Staats- oder Regierungschefs akzeptieren mit Zufriedenheit die konkrete Arbeit, die die Koordinatoren im Bereich von Handel, Industrie und Verkehr besorgt haben, und formulieren folgende Empfehlungen:

a) Annahme eines praktischen Aktionsprogramms, ausgearbeitet aufgrund der bisher veröffentlichten Studien.

b) Fortsetzung des Studiums zur endgültigen Formulierung eines Vorschlags für zwischenregionale Zusammenarbeit.

c) Suche nach aktiver Beteiligung entsprechender Organisationen am System der Vereinten Nationen zwecks Unterstützung im Bereich von Finanzen und Technik.

Sie erzielten prinzipielles Einvernehmen über den Vorschlag für die Gründung eines Entwicklungs- und Solidaritätsfonds, um die Überschüsse ihrer Mittel zwecks Finanzierung dringender Projekte sowie Leistung langfristiger Hilfe an die Mitgliedsländer der Bewegung vereinigen zu können; sie beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu ernennen für die Ausarbeitung eines Projekts in möglichst kurzer Frist und dessen Unterbreitung auf der nächsten Ministerkonferenz blockfreier Länder oder nötigenfalls auf der Sondertagung der Finanz- oder Wirtschaftsminister, die früher abgehalten werden soll.

Die Staats- und Regierungschefs nahmen folgende Beschlüsse an, zu denen das Expertenkomitee der blockfreien Länder, das im Einklang mit dem Aktionsprogramm von Georgetown über die Richtlinien im Bereich ausländischer Privatinvestitionen ernannt wurde, gelangt ist:

I) Alle ausländischen Einlagen müssen einer vorherigen Genehmigung unterliegen und dem System einer zentralisierten Regierungskontrolle unterzogen werden.

II) Es ist zu gewährleisten, daß Auslandsinvestitionen die Anstrengungen ergänzen, die auf innerer Ebene gemacht werden, und daß sie mit den Plänen der nationalen Entwicklung im Einklang stehen, sich einer entsprechenden Technologie bedienen, zur Weiterentwicklung der Technologie beitragen, eine Quelle der Erwerbstätigkeit bilden, eine klare Einsparung an ausländischen Devisen darstellen, eine Verwaltung nach sich ziehen, die von der Muttergesellschaft unabhängig ist, u. a.

III) Alle Einlagen des Gewinns ausländischer Gesellschaften müssen als neue Investitionen betrachtet werden und die Genehmigung der Nutznießerstaaten besitzen.

IV) Es ist zu verbieten, daß die bestehenden nationalen Güter von ausländischen Investträgern gekauft werden, außer in ganz besonderen und gerechtfertigten Fällen.

V) Auszuarbeiten sind präzise Anweisungen für alle Fragen, die die Gewinnauszahlung betreffen.

VI) Auszuschließen ist, entsprechend den in jedem Land gültigen Vorschriften, jede Möglichkeit von Privateinlagen in Wirtschaftssektoren, die als strategisch betrachtet werden, wie Bergbau, Industrie grundlegender Produkte, öffentliche Dienste, Kommunikationsmittel, Bankwesen, Versicherung und Handel.

Außerdem wurden folgende Empfehlungen von Expertengruppen zwecks Regelung und Kontrolle der Operationen und Aktivitäten internationaler Gesellschaften genehmigt:

I) Annahme gemeinsamer Normen für multinationale und transnationale Unternehmen.

II) Erweiterung und Unterstützung einer unbeschränkten Anwendung des Prinzips, demzufolge jeder Staat, der die Nationalisierung durchführt, um seine Naturschätze zurückzuerlangen, in Wirklichkeit sein souveränes Recht realisiert.

III) Diese gemeinsame Aktion ist im Rahmen der allgemeinen Strategie zusammenzufassen, die quantitative und qualitative Veränderungen in das System der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen bringen soll, das die unterentwickelten Länder in den Zustand der Abhängigkeit von den entwickelten kapitalistischen Ländern versetzt.

IV) Aufrechterhaltung enger Beziehungen mit der aus 20 Mitgliedern zusammengesetzten Studiengruppe, die von den Vereinten Nationen zwecks Erörterung dieser Frage gegründet wurde, und Ermöglichung, daß alle wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Varianten sowie jene, die die internationalen Beziehungen angehen, auf entsprechende Weise studiert werden, um gewährleisten zu können, daß alle Ergebnisse der Arbeit dieser Gruppe den Zielen entsprechen, die gelegentlich ihrer Gründung gesteckt worden sind.

V) Die Staatschefs haben beschlossen, ein Informationszentrum über transnationale Gesellschaften zu gründen, welches das Ziel verfolgt, einen freien Austausch von Erfahrungen und Informationen zwischen den blockfreien Ländern zu garantieren und die wirksame Nutzung des in einer großen Zahl blockfreier Länder erlangten Wissens zu erleichtern.

Dieses Zentrum wird für die fachliche Befähigung der Kader und die Sicherung von Dienstleistungen und Forschungstätigkeit verantwortlich sein.

Sie beschlossen, eine Sachverständigengruppe zu ernennen, mit der Aufgabe, einen besonderen Vorschlagsentwurf über diese Frage in einer Frist von nicht länger als drei Monaten vorzubereiten.

In Anbetracht der großen Ernährungskrise, die viele Gebiete und Bevölkerungsteile der Welt betroffen hat, verlangen die Staats- oder Regierungschefs die dringende Einberufung einer gemeinsamen Expertenkonferenz der FAO und der UNCTAD auf Ministerebene zwecks Annahme eines Programms der internationalen Zusammenarbeit, damit der immer größere Mangel an Nahrungsmitteln und anderen grundlegenden Produkten behoben und die Preisstabilität erhalten wird.

Sie erachten es ferner als wünschenswert, daß eine Konferenz der Entwicklungsländer über grundlegende Produkte abgehalten wird zwecks Annahme einer wirksamen Strategie für die Umstrukturierung des Welthandels und die Verbesserung ihrer Verhandlungspositionen.

Die Staats- oder Regierungschefs empfehlen, daß die blockfreien Länder die Rolle eines Katalysators in der 77-Länder-Gruppe spielen, um Wirksamkeit und Solidarität der Entwicklungsländer steigern zu können.

Sie entschlossen sich, den UNO-Generalsekretär zu ersuchen, eine Sondertagung der Generalversammlung auf hoher politischer Ebene einzuberufen, die ausschließlich Entwicklungsproblemen gewidmet wäre, einbezogen die Reaktivierung der Strukturen für die Verwirklichung der Ziele der internationalen Entwicklungsstrategie, die für 1975, d. h. gegen das Ende der ersten Hälfte des Jahrzehnts vorgesehen ist.

Damit in Verbindung wurde der Vorsitzende der Konferenz damit beauftragt, den UNO-Generalsekretär über diesen Entschluß zu informieren, während gleichzeitig die Einberufung eines Treffens der 77-Länder-Gruppe auf Ministerebene, und zwar am Vorabend der erwähnten Erörterung, empfohlen wird.

Von der Junta verfolgte, verhaftete oder ermordete Ärzte und andere Angehörige des chilenischen Gesundheitswesens

Dem soeben im Pahl-Rugenstein Verlag erschienenen Band „Chile — Ein Schwarzbuch" entnehmen wir die nachstehende Namensliste. D. Red.

Dr. Alfonso Quintana	Leitender Zahnarzt des Gebietes Arica	verhaftet
Dr. Hernán León	Arzt im Krankenhaus Noé Arica	verhaftet
Murcia Mellado	Sozialhelfer, Krankenhaus Noé Arica	verhaftet
Angéla Olate	Sozialhelfer, Krankenhaus Noé Arica	verhaftet

Dr. Hernán Rivera	Arzt, Kreiskrankenhaus Antofagasta	verhaftet
Dr. Jaime Reyes	Chefarzt des Hospitals Calama	erschossen
Orlando Gallardo	Sanitätsausbilder eines Gebietes in Antofagasta	furchtbar gefoltert und erschossen
Dr. Jorge Cerda	Direktor des Gesundheitsgebietes Pedro de Valdivia	erschossen
Dr. Ana Alday	Chefzahnarzt, Krankenhaus Freirina	erschossen
Dr. Eduardo Ilabaca	Direktor des II. Gebietes, Gesundheitsgebiet La Serena	eingekerkert
Dr. Jorge Ananias	Chefarzt des Kinderkonsultationspunktes im Krankenhaus von Coquimbo	eingekerkert
Dr. Mario Contreras	Professor der Ärzteschule Valparaiso, hervorragender Neurochirurg	eingekerkert und furchtbar gefoltert
Silvia Morris	Krankenschwester, Gesundheitswesen Valparaiso	gefoltert im Schulschiff „Esmeralda"
Dr. Enrique Paris	Ehemaliges Ratsmitglied des Medizinerkollegiums und der Universität von Chile, Professor der Ärzteschule	furchtbar gefoltert und im Stadion Chile ermordet
Dr. Jaque	Arzt, Unfallbereitschaft, Krankenhaus Barros Luco	erschossen
Dr. Mariano Requena	2. Generaldirektor des Gesundheitswesens, Universitätsprofessor, Funktionär des lateinamerikanischen Zentrums für Bevölkerungspolitik	furchtbar gefoltert, anschließend im Nationalstadion eingekerkert
Dr. Arturo Jirón	Ehemaliger Gesundheitsminister, Universitätsprofessor	eingekerkert auf der Insel Dawson
Dr. Jorge Morales	Chefarzt in der staatlichen Gesundheitsverwaltung	eingekerkert
Dr. Patricio Arroyo	Leiter Internationale Verbindungen im Gesundheitsministerium	eingekerkert
Dr. Danilo Bartulin	Chefarzt im Präsidentenpalast	furchtbar gefoltert, gepeitscht
Dr. Omar Carrillo		Selbstmord bei der Verhaftung durch die Junta
Dr. Florenzio Baeza	Chefarzt und Direktor des Krankenhauses Barros Luco	eingekerkert, gefoltert
Dr. Claudio Weber	Professor an der Ärzteschule	gefoltert im Regiment Tacna Santiago
Dr. Manuel Ipinza	Direktor des Rates für Kindergärten	eingekerkert im Nationalstadion; jetziger Aufenthalt unbekannt
Dr. Jorge Avila	Arzt, Krankenhaus für Psychiatrie	erschossen
Dr. Hernán Torres	Arzt, Krankenhaus für Psychiatrie	eingekerkert
Dr. Moisés Brodsky	Professor der Ärzteschule	eingekerkert, furchtbar gefoltert
Dr. Pedro Solis	Zahnarzt	eingekerkert und gepeitscht
Dr. Carlos Saa	Zahnarzt	erschossen
Dr. Hugo Rebolledo	Ehemaliges Ratsmitglied im Medizinerkollegium und Chef des Krankenhauses Mineral de Swell (Rancagua)	eingekerkert
Dr. Raffael Darricarrore	Ehemaliger Direktor der Ärzteschule der Universität von Concepcion, Chef des Bereiches Gesundheitswesen der Universität Concepcion	eingekerkert und gefoltert; anschließend in seinem Haus unter Arrest und Militärbewachung
Dr. Rolando Merino	Arzt, Direktor des Kreiskrankenhauses von Concepcion	Insel Quiriquina (Marinestützpunkt)

Dr. Jorge Pena Dolgado	Professor für Geburtshilfe an der Universität von Concepcion, Chefarzt des IX. Gebietes des Gesundheitswesens	eingekerkert u. gefoltert
Dr. Nazih Pualman	Professor für Zahnmedizin, Soziale Vorbeugung, Universität von Concepcion, Inspektor für Zahnmedizin des IX. Gebietes des Gesundheitswesens	Insel Quiriquina
Dr. Luna	Chefarzt des Krankenhauses La Union (Provinz Valdivia)	eingekerkert u. gefoltert
Dr. Edgardo Enriquez F.	Ehemaliger Rektor der Universität von Concepcion, ehemaliger Minister für Bildung, Professor für Anatomie in Concepcion	Insel Dawson
Dr. Miguel Angel Solar	Chefarzt des Krankenhauses Nueva Imperial (Provinz Cautín)	eingekerkert
Dr. Absalon Wegner	Leiter des III. Gesundheitsgebietes	ermordet
Dr. Ernesto Burgos	Intendant der Provinz Tarapacá	verhaftet
Dr. Alejandro Romero Guzmán	Arzt des Krankenhauses von Los Andes	verhaftet, Gefängnis von Santiago
Dr. Arturo Hillerns	Direktor des Krankenhauses von Puerto Saavedra	verhaftet oder ermordet
Dr. Hernán Henriquez	Direktor des X. Gesundheitsgebietes	nach Folterungen ermordet in Temuco durch die Luftwaffe
Dr. Mario Bahamondes	Direktor des Krankenhauses von La Serena	verhaftet, Aufenthalt unbekannt
Murcia Mellado	Sozialarbeiterin im Krankenhaus von Arica	verhaftet
Dr. Natacha Carrión	Ärztin des Krankenhauses von Cunco, verheiratet mit Dr. Eduardo González (ermordet), im 8. Monat schwanger	verhaftet
Dr. Eduardo González	Arzt des Krankenhauses von Cunco	ermordet
Dr. Luis Barra	Direktor des Krankenhauses von Caragüe	verhaftet, Aufenthalt unbekannt
Ema Osorio	Leiterin der Geburtsabteilung des Krankenhauses von Punta Arenas	verhaftet
Dr. Carlos Hinrichs	Arzt des Krankenhauses von Coronel (8 Kinder)	verhaftet und gefoltert, Aufenthalt unbekannt
Dr. Leonardo Carrasco	Arzt von Coronel	verhaftet
Riffo	Gewerkschaftsführer des Gesundheitswesens in Temuco	erschossen
Dr. Wenceslao Rioseco	Zahnarzt von Concepción	verhaftet in Concepción
Dr. Günther Selman	Kinderarzt des Krankenhauses von Talcahuano	verhaftet, Insel Quiriquina
Dr. Rafael Villagrán		verhaftet
Brenio Cuevas	Sanitätsausbilder des Krankenhauses von Tocopilla	erschossen
Dr. Alfredo Jadresic	Dekan der Medizinischen Fakultät der Universidad de Chile	verhaftet, Chacabuco
Dr. Oscar Ulloa	Neurochirurg, Leiter des neurochirurgischen Dienstes des Krankenhauses Barros Luco in Santiago	verhaftet, Chacabuco
Gloria Galáz	Geburtshelferin im Krankenhaus von Pedro de Valdivia	8 Jahre Gefängnis

Dr. Patricio Guijón	Persönlicher Arzt des Präsidenten Allende	verhaftet und gezwungen, vor dem Fernsehen zu sprechen
Dr. Sergio Fuentes	Direktor des Krankenhauses von Nacimiento	verhaftet, Los Angeles (Chile)
Dr. Pedro González	Arzt in Los Angeles (Chile)	verhaftet in Los Angeles (Chile)
Dr. Samuel Kong	Direktor des Krankenhauses von Los Angeles (Chile)	Aufenthalt unbekannt
Dr. Jaime Vinet	Arzt des Krankenhauses von Traiguén	verhaftet
Dr. Hernán Balladares	Arzt des Instituts für Neurochirurgie und Direktor des Krankenhauses Salvador in Santiago, weltbekannter Neurochirurg	verhaftet, Aufenthalt unbekannt
Dr. Eduardo Paredes	Arzt des Krankenhauses San Borja, Santiago	erschossen
Dr. Jorge Klein (Franz.)	Psychiater und Sozialpsychologe	erschossen
Dr. Marin Vivado	Chefarzt des Krankenhauses J. J. Aguirre, Ratsmitglied der Universidad de Chile	verhaftet, Gefängnis von Santiago
Josefina Villalobos	Ernährungsspezialistin, Concepción	verhaftet, KZ Quiriquina
Dr. Enr. Jenkin Peralta	Professor für Traumatologie an der Universidad de Chile	erschossen in Chacabuco
Dr. Hugo Tógnola	Arzt des Krankenhauses von Tocopilla	erschossen
Dr. Vicente Cepeda	Arzt des Krankenhauses von Chuquicamata	erschossen
Dr. Gustavo Molina	Direktor des V. Gesundheitsgebietes (Provinz Santiago)	eingekerkert
Dr. Steinberg sen. und Dr. Steinberg jun.	Ärzte	Vater unter Hausarrest, Sohn im KZ Pisagua
Dr. Quirico Moreno	Arzt von Iquique	eingekerkert in der Kaserne von Iquique
Dr. Mario Zamorano und Frau	Arzt des Krankenhauses von Vina del Mar	eingekerkert im Schiff „Esmeralda", aus Gesundheitsgründen freigelassen, dafür wurde seine Frau verhaftet
Marcela Avila	Krankenschwester des Krankenhauses Concepción	verhaftet
Dr. José Velasco	Direktor des Krankenhauses Salvador — Valparaiso	eingekerkert, Schiff „Lebu"
Dr. Guillermo Fischer	Kardiologe des Krankenhauses von Valparaiso	eingekerkert, Schiff „Lebu"
Dr. Jorge Ramirez	Frauenarzt des Krankenhauses Deformes von Valparaiso	eingekerkert und gefoltert im KZ von Pisagua
Alejandro Flores	Krankenpfleger in der Psychiatrie des Krankenhauses Temuco	erschossen
Dr. Abelardo de la Rosa	Kinderchirurg des Krankenhauses Deformes von Valparaiso	eingekerkert und gefoltert im KZ Pisagua
Dr. Brunny Abarzúa	Spezialistin für Lungenkrankheiten des Krankenhauses Deformes	eingekerkert, Aufenthalt unbekannt
Dr. Manuel Maldonado	Direktor des Krankenhauses Vina del Mar	Aufenthalt unbekannt
Dr. Luis Marti	Chefarzt für Psychiatrie des Krankenhauses von Vina del Mar	eingekerkert, Aufenthalt unbekannt

Dokumente zur Initiative für einen Weltabrüstungstag am 17. Juni von 1975 an

Beginnend mit dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Genfer Giftgas-Verbotsprotokolls vom 17. Juni 1925, der traditionsreichsten Teilabrüstungsmaßnahme, im kommenden Jahr soll auf internationale Initiativen hin alljährlich am 17. Juni ein Weltabrüstungstag veranstaltet werden (vgl. den Bericht von Klaus Ehrler in diesem Heft). Das Genfer Protokoll hat folgenden Wortlaut:

Protokoll

In der Erwägung, daß die Verwendung von erstickenden, giftigen oder gleichartigen Gasen sowie allen ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffen oder Verfahrensarten im Kriege mit Recht in der allgemeinen Meinung der zivilisierten Welt verurteilt worden ist,

In der Erwägung, daß das Verbot dieser Verwendung in den Verträgen ausgesprochen worden ist, an denen die meisten Mächte der Welt beteiligt sind,

In der Absicht, eine allgemeine Anerkennung dieses Verbots, das in gleicher Weise eine Auflage für das Gewissen wie für das Handeln der Völker bildet, als eines Bestandteils des internationalen Rechts zu erreichen,

Erklären die unterzeichneten Bevollmächtigten im Namen ihrer Regierungen: Die Hohen Vertragschließenden Parteien erkennen, soweit sie nicht schon Verträge geschlossen haben, die diese Verwendung untersagen, dieses Verbot an. Sie sind damit einverstanden, daß dieses Verbot auch auf die bakteriologischen Kriegsmittel ausgedehnt wird, und kommen überein, sich untereinander an die Bestimmungen dieser Erklärung gebunden zu betrachten.

Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden sich nach besten Kräften bemühen, die anderen Staaten zum Beitritt zu dem vorliegenden Protokoll zu veranlassen. Dieser Beitritt wird der Regierung der Französischen Republik und sodann durch diese allen Signatar- und beitretenden Mächten angezeigt werden. Er erlangt mit dem Tage Wirksamkeit, an dem er durch die Regierung der Französischen Republik angezeigt wird.

Das vorliegende Protokoll, dessen französischer und englischer Text maßgebend sind, soll sobald wie möglich ratifiziert werden. Es trägt das Datum des heutigen Tages.

Die Ratifikationsurkunden des vorliegenden Protokolls werden der Regierung der Französischen Republik übermittelt; diese teilt die Hinterlegung jeder der Signatar- oder beitretenden Mächte mit.

Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden bleiben in den Archiven der Regierung der Französischen Republik hinterlegt.

Das vorliegende Protokoll tritt für jede Signatarmacht mit dem Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft; von diesem Zeitpunkt an ist diese Macht gegenüber den anderen Mächten, die bereits Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, gebunden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das vorliegende Protokoll unterzeichnet. Geschehen zu Genf, in einer einzigen Ausfertigung, am siebzehnten Juni Neunzehnhundertfünfundzwanzig.

Für Deutschland: H. von Eckardt

Für die Vereinigten Staaten von Amerika: Theodore E. Burton, Hugh S. Gibson

(Es folgen die Unterschriften der Vertreter von 36 weiteren Staaten.)

*

Der Weltkongreß der Friedenskräfte, der vom 25. bis 31. Oktober 1973 in Moskau tagte, hat sich die Initiative für einen Weltabrüstungstag am 17. Juni zu eigen gemacht. In den Kurzberichten seiner Arbeitskommissionen heißt es über die Empfehlungen der Kommission Abrüstung:

Im Dokument der Kommission wird betont, daß der Kampf für Abrüstung eine der wichtigsten Kampfrichtungen zur Verhütung eines Atomweltkriegs ist.

Das Dokument konstatiert eine Reihe wichtiger Ereignisse, die auf einen weiteren Erfolg der Abrüstungsschritte hoffen lassen.

Der Prozeß der Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlichen gesellschaftlichen Systems, die zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Abkommen, besonders hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen und der Verhütung eines Kernkriegs, schaffen eine günstige Atmosphäre zur Erzielung ernsthafter Erfolge auf dem Weg zu Abrüstung und wahrem Frieden.

Ungeachtet der positiven Schritte wird das Wettrüsten, das dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt schadet, nicht eingestellt, sondern noch verstärkt, was eine materielle Vorbereitung auf einen Weltkrieg darstellt.

Die Kommission hält es für sehr wichtig, die heute vor sich gehende Wende vom kalten Krieg zur Entspannung für neue Abrüstungsschritte zu nutzen.

... Die Kommission empfiehlt, den laufenden von der UNO zum Jahrzehnt der Abrüstung erklärten Zeitraum dazu zu nutzen, den Aktionen der Länder und der Öffentlichkeit zur Verwirklichung neuer konkreter Mittel für die Beendigung des Wettrüstens einen neuen Anstoß zu geben und eine allgemeine Abrüstung, speziell eine Nuklearabrüstung, zu erreichen.

Das Dokument enthält Empfehlungen für die Schaffung einer Atmosphäre, die es gestatten würde, auf dem Weg zu einer allgemeinen und völligen Abrüstung voranzukommen, sowie auch für Maßnahmen mit dem Ziel, zum Abschluß und zur Anwendung internationaler Abrüstungsabkommen beizutragen.

Weiter unterstreicht das Dokument die Notwendigkeit, die Probleme der Abrüstung deutlich zu machen und die Entwicklungsländer für sie zu interessieren, da Erfolg auf dem Weg zur Abrüstung die Lösung der meisten, vor diesen Ländern stehenden Fragen in vielem erleichtern würde.

Die Tätigkeit der Kommission, heißt es in dem Dokument, bestätigte die Möglichkeit, koordinierte Standpunkte zu einem breiten Fragenkreis der Abrüstung und der Zusammenarbeit der Friedenskräfte zu erarbeiten.

In Anerkennung und Achtung der Selbständigkeit und Autonomie der am Kampf für Abrüstung beteiligten Kräfte, hält es die Kommission für möglich und nötig, das gegenseitige Verständnis, die Zusammenarbeit und die gemeinsamen Aktionen verschiedenster Strömungen der öffentlichen Meinung zu fördern. Als konkreter Ausdruck einer solchen Annäherung und des Zusammenwirkens könnte die aktive Beteiligung der Friedenskräfte an der gemeinsamen Durchführung einer alljährlichen Internationalen Woche zur Unterstützung der Abrüstung dienen. Beginnend mit dem 17. Juni 1975 soll ein alljährlicher Welttag der Abrüstung stattfinden.

*

Prof. Dr. Gerhard Bassarak, Internationaler Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), gab der Zeitung „Neue Zeit" (Berlin/DDR) vom 1. Januar 1974 folgende Informationen über die Initiative für einen Weltabrüstungstag:

Die CFK ist Mitglied des Weltfriedensrates, sie ist Trägerorganisation des Weltkongresses, sie gehört im Status C der UNESCO an. So wird sie an Veranstaltungen dieser Organisationen teilnehmen und mitwirken, etwa an der Präsidiumssitzung des WFR im Februar in Sofia, an einer Fortsetzungssitzung des Lenkungskomitees des Weltkongresses oder an der Weltpopulationskonferenz im August in Bukarest. Sie wird sich aber auch aktiv in die Vorbereitungen des UNO-Frauenjahres einschalten. Selbstverständlich wird sich die CFK bei Aktionen und Aktivitäten dieser Organisationen engagieren, die auf den Frieden im Nahen Osten, die Durchsetzung des Pariser Abkommens in Indochina oder die Wiederherstellung der Demokratie in Chile zielen ...

Seit vielen Jahren schon ruft die CFK die ganze Christenheit auf, an einem Sonntag am Anfang August der Tage zu gedenken, an denen zum ersten und bisher einzigen Mal in der Geschichte der Menschheit große Städte mit ihren Bewohnern durch den Abwurf von Atombomben vernichtet wurden. Dieser Tag zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki wird 1974 am 4. August begangen werden. Eine jüngere Initiative fordert

die Gemeinden auf, so wie sie Sonntag für Sonntag im allgemeinen Kirchengebet ihre nationalen Obrigkeiten in die Fürbitte einschließen, einen UNO-Gebetstag durchzuführen. Vorgeschlagen wird der 27. Oktober, der Sonntag, der dem Gründungstage der UNO (24. Oktober 1945) am nächsten liegt.

Eine dritte ähnliche Anregung schließlich ist vom Regionalausschuß der CFK in Westberlin ausgegangen. Sie hat inzwischen die Zustimmung des Weltkongresses der Friedenskräfte erhalten und ist auch bei der UNO auf Interesse gestoßen: Am 17. Juni 1925 wurde in Genf die Konvention über das Verbot der Anwendung von Giftgasen unterzeichnet. Dieses ist die erste Abrüstungsmaßnahme, die bisher allgemein beachtet worden ist. Deshalb sollte von 1975 an ein Weltabrüstungstag am 17. Juni begangen werden. Die CFK ruft die Kirchen und Christen dazu bereits im Jahre 1974 auf. . . .

*

In Briefen vom 21. September und vom 3. Dezember 1973 an Klaus Ehrler, Sekretär der Internationalen Kommission der CFK, stellte das Generalsekretariat der UNO die Übereinstimmung der Initiative mit den Prinzipien und Beschlüssen der Vereinten Nationen zur Abrüstung fest.

Vereinte Nationen

Exekutivbüro des Generalsekretärs
New York, 21. September 1973

Sehr geehrter Herr Ehrler,

im Auftrag des Generalsekretärs danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 30. Juni, in welchem Sie den Generalsekretär über den von der Christlichen Friedenskonferenz und anderen Organisationen initiierten Vorschlag informierten, den 17. Juni von 1975 an als Weltabrüstungstag zu begehen.

Diese Anregung steht unzweifelhaft im Einklang mit dem Geist der Resolution 2602 E (XXIV) der Vollversammlung vom 16. Dezember 1969, welche das 1970 begonnene Jahrzehnt zur Abrüstungs-Dekade erklärte. Aus diesem Grunde ist die allgemeine und gleichzeitige Veranstaltung eines Weltabrüstungstages ein Thema, das von der Vollversammlung im Zusammenhang ihrer Abrüstungsdebatte und in Übereinstimmung mit bestehenden Verfahren erörtert werden könnte.

Der Generalsekretär wäre Ihnen dankbar, wenn Sie ihn über alle weiteren Entwicklungen in dieser Sache informieren wollten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Anton Prohaska
(Persönlicher Referent des Generalsekretärs)

Das politische Buch des Jahres

Chile – Ein Schwarzbuch

„Dieses Buch sagt die Wahrheit über Chile. Für mich ist es zugleich ein Zeichen großartiger solidarischer Sympathie für das chilenische Volk."

[illegible] Antiimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) [illegible] Pahl-Rugenstein Verlag [illegible]

Bestellung

An das
Antiimperialistische
Solidaritätskomitee für
Afrika, Asien und Lateinamerika

6 Frankfurt/Main
Eichwaldstraße 32

Ich bestelle zur kostenfreien
Lieferung ______ Exemplar(e)
Chile – Ein Schwarzbuch
zum Preis von DM 12,80 je Exemplar

Anschrift: ______________________

Vereinte Nationen
New York, 3. Dezember 1973

Sehr geehrter Herr Ehrler,

im Namen des Generalsekretärs danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 6. November, in welchem Sie den Generalsekretär über weitere Entwicklungen hinsichtlich des von der Christlichen Friedenskonferenz und anderen Organisationen initiierten Vorschlags, den 17. Juni als „Weltabrüstungstag" zu begehen, informierten und fragten, welche weiteren Schritte gegenwärtig in dieser Sache unternommen werden könnten.

Bezüglich Ihrer Frage, ob die Angelegenheit in die laufende Debatte der Vollversammlung der Vereinten Nationen Eingang finden könnte, möchte ich Ihnen mitteilen, daß dies wahrscheinlich nicht mehr möglich sein wird, da die diesjährige Debatte über Abrüstungsfragen vermutlich in wenigen Tagen beendet sein wird. In jedem Fall kann die Frage nicht vom Generalsekretär, sondern sie muß von einem Mitgliedsstaat in die Debatte eingebracht werden.

Mit besten Grüßen
gez. Rolf Björnerstedt
(Direktor der Abteilung für Abrüstungsfragen)

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 37 41 01. Redaktion: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 37 31 04. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 28,—/56,—; öSch. 175,—/350,—; hfl. 25,—/50,—; bfr. 360,—/720,—; franz. fr. (NF) 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lire 5500,—/11000,—; dkr. 55,—/110,—; nkr. 50,—/100,—; skr. 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

OEHLKE, Paul, geb. 1943 in Landsberg, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik, seit 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg und Hannover; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *EHRLER, Klaus, M.A.,* geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BREUER, Dr. Wilhelm,* geb. 1944 in Eschweiler, Sozialwissenschaftler in Köln und Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÜTHER, Bernd,* geb. 1950 in Itzehoe, Doktorand der Soziologie; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *PRIEWE, Jan,* geb. 1949 in Itzehoe, Diplom-Volkswirt, lebt in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, Studium in Marburg, München und Berlin, war anschließend als Journalist tätig, mußte 1933 emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *PRIESTER, Karin,* geb. 1941 in Gleiwitz, Studium der Romanistik und Geschichte, z. Z. Akademische Oberrätin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Münster; Buchveröffentlichung: Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen (Köln 1972); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KIEVENHEIM, Christoph, M.A.,* geb. 1946 in Stuttgart, Studium der Soziologie und Politikwissenschaft; Autor bzw. Mitautor zahlreicher Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD sowie der Analyse der Klassen- und Sozialstruktur. *** *KRAUSE-VILMAR, Dietfrid,* geb. 1939 in Marburg, Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte und Erziehungswissenschaft in Frankfurt/M und Marburg, derzeit wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Studiengangseinheit Erziehungswissenschaft in Marburg.

Berichtigung

Infolge eines technischen Versehens wurde die Überschrift des Aufsatzes von E. Berliner in Heft 2/1974 falsch wiedergegeben; richtig muß sie lauten: „Das monopolkapitalistische Problem der Massenbasis, die ‚Deutschen Führerbriefe' und Alfred Sohn-Rethel." — Im gleichen Aufsatz muß auf S. 162 die 5. Zeile von oben richtig lauten: „politische Repräsentation . . . Wenn es dem Nationalsozialismus gelänge, diese" (Führung zu übernehmen, usw.). D. Red.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte des Monitor-Verlages (DVZ) bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

.. Diedenhofen L5
.eldern 1
euhausweg 22

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Friedrich Neunhöffer
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl †
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullman
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

OEHLKE, Paul, geb. 1943 in Landsberg, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik, seit 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg und Hannover; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *EHRLER, Klaus, M.A.,* geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BREUER, Dr. Wilhelm,* geb. 1944 in Eschweiler, Sozialwissenschaftler in Köln und Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÜTHER, Bernd,* geb. 1950 in Itzehoe, Doktorand der Soziologie; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *PRIEWE, Jan,* geb. 1949 in Itzehoe, Diplom-Volkswirt, lebt in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, Studium in Marburg, München und Berlin, war anschließend als Journalist tätig, mußte 1933 emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *PRIESTER, Karin,* geb. 1941 in Gleiwitz, Studium der Romanistik und Geschichte, z. Z. Akademische Oberrätin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Münster; Buchveröffentlichung: Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen (Köln 1972); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KIEVENHEIM, Christoph, M.A.,* geb. 1946 in Stuttgart, Studium der Soziologie und Politikwissenschaft; Autor bzw. Mitautor zahlreicher Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD sowie der Analyse der Klassen- und Sozialstruktur. *** *KRAUSE-VILMAR, Dietfrid,* geb. 1939 in Marburg, Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte und Erziehungswissenschaft in Frankfurt/M und Marburg, derzeit wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Studiengangseinheit Erziehungswissenschaft in Marburg.

Berichtigung

Infolge eines technischen Versehens wurde die Überschrift des Aufsatzes von E. Berliner in Heft 2/1974 falsch wiedergegeben; richtig muß sie lauten: „Das monopolkapitalistische Problem der Massenbasis, die ‚Deutschen Führerbriefe' und Alfred Sohn-Rethel." — Im gleichen Aufsatz muß auf S. 162 die 5. Zeile von oben richtig lauten: „politische Repräsentation . . . Wenn es dem Nationalsozialismus gelänge, diese" (Führung zu übernehmen, usw.). D. Red.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte des Monitor-Verlages (DVZ) bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.